

4/2018

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



## Lebensadern unserer Erde Flüsse – begradigt, gestaut, zerstört.

Seite 4

**Verdammt gefährdet: Der Kampf um Europas letzte Wildflüsse**

Seite 10

**Flüsse und Konflikte – Zur strategischen Bedeutung von Wasserläufen**

Seite 14

**Salzig und braun: Wie die Kohle unserem Wasser schadet**

Seite 22

**Ökologische Grenzen und Fehlinvestitionen in der Binnenschifffahrt**

## SCHWERPUNKT

<b>Lebensadern der Erde</b>	2
Flüsse sind Biotop und Psychotop gleichermaßen <i>Sonja Bettel</i>	
<b>Verdammt gefährdet</b>	4
Der Kampf um Europas letzte Wildflüsse <i>Christian Stielow</i>	
<b>Die dunkle Seite der Wasserkraft</b>	6
Staudämme zerstören die Lebensgrundlage tausender Menschen <i>Dr. Thilo F. Papacek</i>	
<b>Kampf um Kenias Ressourcen</b>	8
Flüsse als Zündfunke und Lebensader <i>Tim Bunke</i>	
<b>Flüsse und Konflikte</b>	10
Zur strategischen Bedeutung von Wasserläufen <i>Tobias von Lossow</i>	
<b>Die purpurnen Flüsse</b>	12
Welche Rolle spielt die Textilindustrie bei der Verschmutzung von Flüssen? <i>Alexandra Caterbow</i>	
<b>Salzig und braun</b>	14
Wie die Kohle unserem Wasser schadet <i>Greta Pallaver</i>	
<b>Flüsse sind auf dieser Welt einfach unersetzlich</b>	16
Warum beschleunigen wir den Artentod mit Staudämmen und Kraftwerksbau? <i>Tobias Schäfer</i>	
<b>Unsere Flüsse und Seen sind in Gefahr</b>	18
Finger weg von der Wasserrahmenrichtlinie! <i>Beatrice Claus</i>	
<b>Blaues Band Deutschland</b>	20
Auf dem Weg zu einem Biotopverbund? <i>Laura von Vittorelli</i>	
<b>Binnenschifffahrt ja, aber wo und wie?</b>	22
Über ökologische Grenzen und ökonomische Fehlinvestitionen <i>Sebastian Schönauer</i>	
<b>Schwerpunkt – Publikationen</b>	24

## AKTUELLES

<b>COP24 in Kattowitz</b>	25
Klimapolitische Spurensuche im Herz des polnischen Kohlerevierts <i>Elisabeth Staudt</i>	
<b>Einmal Meeresrettung, bitte!</b>	26
Verhandlungsbeginn für ein neues Abkommen zum Artenschutz auf der Hohen See <i>Marie-Luise Abshagen</i>	
<b>Nichts gelernt aus TTIP</b>	28
Über die anstehenden Handelsabkommen der EU mit Japan, Singapur und Vietnam <i>Anne Bundschuh</i>	
<b>Umweltschutz ist auch Heimatschutz?</b>	30
Was rechtsextreme Ideologien mit Natur- und Umweltschutz zu tun haben <i>Yannick Passeick</i>	
<b>Geben die Staaten die Biodiversitätsziele für 2020 auf?</b>	32
Die Biodiversitätskonvention in der Wüste <i>Christian Schwarzer</i>	
<b>THEMEN AUS DEM FORUM</b>	
<b>Bauen mit Holz oder Stein?</b>	35
Welcher Werkstoff das Klima besser schont <i>László Maráz</i>	
<b>Am Scheideweg: Reform, Reförmchen oder ein Aus</b>	36
Retten die „Freunde des Systems“ die Welthandelsorganisation? <i>Jürgen Knirsch</i>	
<b>Steht die Kommerzialisierung des Wassers bevor?</b>	38
Tendenzen und Entwicklungen in Politik und Zivilgesellschaft <i>Dr. Durmus Ünlü</i>	
<b>Europäische Agrarpolitik nach 2020</b>	40
Klima- und Umweltschutz: Alles freiwillig? <i>Mireille Remesch</i>	
<b>Schöne Neue Welt – ein Blick ins Jahr 2048</b>	42
Eine Konferenz als Zeitreise <i>Jürgen Maier</i>	
<b>Der Agrarindustrie den Geldhahn abdrehen!</b>	44
Wir haben es satt! demonstriert im Januar für klimagerechte Landwirtschaft und eine zukunftsfähige EU-Agrarreform <i>Christian Rollmann</i>	

Neueste Publikationen Forum Umwelt & Entwicklung 45



### Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2019.

#### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 910, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Marijana Todorovic und Josephine Koch **MITARBEIT:** Lena Frowerk **KORREKTORAT:** Julia Rintz **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Lode Lagrange / Unsplash **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 25. November 2018



## *Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

Flüsse sind die Lebensadern unserer Erde, das ökologische Rückgrat unserer Landschaften. Sie schaffen seit Jahrtausenden lebenswerte Umfelder sowohl für Tiere und Pflanzen, als auch für uns Menschen. Gleichzeitig stehen sie ganz oben auf der Liste der Ökosysteme mit dem größten Artenverlust. Zudem werden Menschen auf der ganzen Welt aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben, um Platz für Wasserkraftwerke zu schaffen, oder sie werden krank von den Industrieabwässern, die die Flüsse und damit das Trinkwasser

verunreinigen. Es geht im wahrsten Sinne des Wortes flussabwärts:

Auf dem Balkan, dem „Blauen Herz Europas“, wo die letzten wilden Flüsse unseres Kontinents die Landschaften prägen, sind über 3.000 neue Wasserkraftprojekte in Planung, mit katastrophalen Folgen für die Natur. Anderorts werden Mega-Staudämme entgegen anhaltender Proteste der Zivilgesellschaft errichtet, teils begleitet von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen seitens der Regierungen.

In Gebieten, in denen Wasserknappheit herrscht, entstehen auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen Konflikte um die Nutzung von Flüssen. Im Norden Kenias ist ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen mit einer Kamel-Karawane entlang des Ewaso-Nyrio-Flusses gewandert, um auf die Bedrohungen des Flusses aufmerksam zu machen.

Als strategische „Waffe“ in Konflikten werden Flüsse missbraucht, um die Wasserversorgung der Gegner zu verknappen, Überschwemmungen auszulösen oder (Trink-)Wasser zu verunreinigen.

Giftige Chemikalien landen aber auch beispielsweise durch die Textil- und Lederindustrie in den Gewässern, wo sie besonders Frauen, Kinder und die ärmsten Bevölkerungsschichten treffen. Auch hierzulande, z. B. in der Lausitz, verschmutzt der Abbau von Braunkohle unser Trinkwasser und zerstört den Lebensraum von Tieren und Pflanzen.

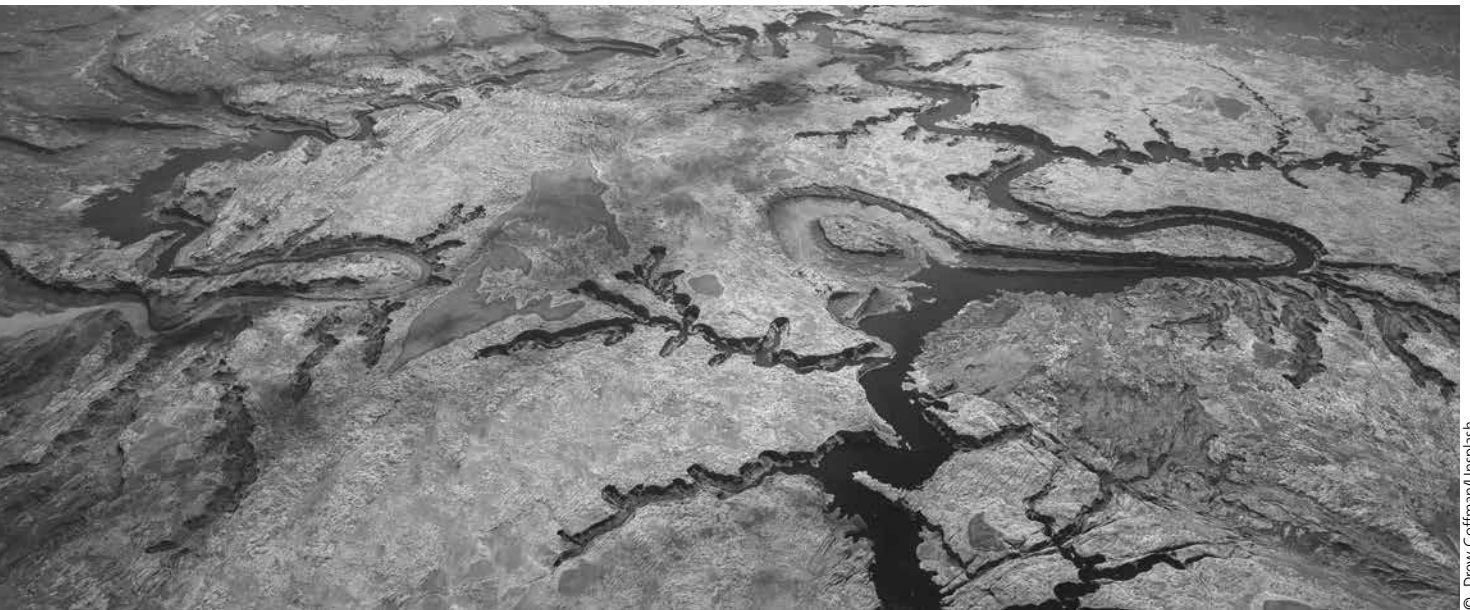
Politische Programme wie die Wasserrahmenrichtlinie in der Europäischen Union oder das Blaue Band in Deutschland sollen dazu dienen, unsere Flüsse vor schädlichen Einträgen, Begradigungen, Stauungen, Wasserkraft und zu hoch frequentiertem Schiffverkehr zu schützen und Fließgewässer und Auen zu renaturieren, um wieder einen natürlichen Biotopverbund mitsamt der wertvollen Ökosystemfunktionen zurückzugewinnen. Doch bei der Umsetzung hakt es gewaltig.

Dass Flusslandschaften komplexe Ökosysteme sind, die vielfältige, für eine intakte Umwelt und die Lebensräume von Menschen essenzielle Funktionen erfüllen, ist leider noch nicht ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit durchgedrungen.

Mit dieser Ausgabe möchten wir den Flüssen nicht nur den Respekt und die Aufmerksamkeit schenken, die ihnen gebührt, sondern auch dem Abwärtstrend etwas entgegensetzen, indem wir Möglichkeiten aufzeigen, um diese Schätze der Natur und ihren Artenreichtum zu schützen.

Ich wünsche eine sprudelnde Lektüre

Marijana Todorovic



© Drew Coffman/Unsplash

Flüsse sind Lebensadern, deshalb haben sich an großen Flüssen auch die ersten Hochkulturen der Menschheitsgeschichte entwickelt.

# LEBENSADERN DER ERDE

## Flüsse sind Biotop und Psychotop gleichermaßen

**Wasser ist die Grundlage des Lebens. Flüsse sind die Adern, die das Wasser zu allen Zellen bringen. Es wundert also nicht, dass die ersten Hochkulturen an bedeutenden Flüssen der Erde entstanden sind, aber ebenso wenig, dass Flüsse zum Dreh- und Angelpunkt vieler Konflikte werden.**

**F**LÜSSE SIND Lebensadern, sagte der Schweizer Forstingenieur und Ökologe Mario Broggi im Sommer 2017 im Interview für die Sendung ‚Wilde Wasser‘ von Radio Ö1. Im Sommer 2018 sollte sich das auf schmerzliche Weise bestätigen, als in weiten Teilen Europas extreme Trockenheit herrschte, der Rhein deshalb so wenig Wasser führte, dass Schiffe nicht mehr passieren konnten, und aus manchen Bächen Fische gerettet werden mussten.

Flüsse sind Lebensadern, weil es ohne Wasser kein Leben gibt. Sie sind ein wichtiger Teil des Wasserkreislaufs auf der Erde. Wasser dient Mensch und Tier zum Trinken, in und am Wasser eines Flusses gedeiht reichhaltiges Leben.

„Flüsse sind aber nicht nur Biotop, also Lebensraum für Tiere und Pflanzen“, sagt Mario Broggi, „sie sind auch Psychotop für das Wohlbefinden des Menschen und seine Lebensqualität“. Broggi sieht dabei aber nicht die großteils regulierten Flüsse Europas vor seinem geistigen Auge, sondern

Flüsse, die frei fließen dürfen, die Mäander bilden, Schotterbänke aufhäufen und wieder abtragen, Auwälder fluten, Nebenarme bilden und so vielfältig und dynamisch sind, wie die Moldau in Bedřich Smetanas gleichnamiger sinfonischer Dichtung.

Weil Menschen in Europa solche Flüsse kaum noch erleben können, außer am Tagliamento in Friaul, an der Vjosa in Albanien und an anderen naturbelassenen Flüssen am Balkan, haben sie einen Quell für Erholung und Inspiration verloren, bedauert der Ökologe. Ein geradliniger Kanal mit betonierten Seitenwänden wirkt eintönig und abweisend, ein sprudelnder Gebirgsbach oder der Tagliamento mit seinen mächtigen Schotterbänken sind nicht nur ökologisch wertvoll, sondern auch schön. Den Unterschied zwischen einem regulierten Fluss und einem natürlichen kann man auch hören und den Klang zur Analyse seines ökologischen Zustands nutzen, wie der Ökohydrologe Diego Tonolla 2011 mit seiner Doktorarbeit festgestellt hat.<sup>1</sup>

Kein Wunder also, dass viele MusikerInnen sich von Flüssen inspirieren ließen. In den Dörfern entlang der Vjosa in Albanien, die als Europas letzter Wildfluss gilt, ist der iso-polyphone Gesang, der von der UNESCO zum immateriellen Kulturerbe erklärt wurde, jeweils an die Fließgeschwindigkeit des Flusses angepasst und hat oft die Schönheit der Landschaft zum Inhalt.

Wenn die Vjosa – wie geplant – für Wasserkraftwerke gestaut würde und damit ihre Dynamik und Schönheit verloren ginge, würden die Bäuerinnen und Bauern von Kuta, Pocem und anderen Dörfern nicht nur das Wasser für ihre Tiere und Felder verlieren, sondern auch die Grundlage ihrer Kultur.

### Quelle der Hochkulturen

Flüsse sind Lebensadern, deshalb haben sich an großen Flüssen auch die ersten Hochkulturen der Menschheitsgeschichte entwickelt.

In Mesopotamien, dem Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris, ließen sich ab dem 12. Jahrtausend v. Chr. Menschen nieder. Sie begannen, den fruchtbaren Boden zu bebauen und Vorräte anzulegen. Die Sumerer im Süden Mesopotamiens errichte-

ten im 4. Jahrtausend die erste Stadt und gelten als das erste Volk, das den Übergang zur Hochkultur vollzog. Sie schufen Regeln für die Bewässerung der Felder und die Verwaltung der Vorräte und erfanden dafür die Schrift. Da sie wenig Rohstoffe hatten, begannen sie, Handel zu treiben.

Am Nil entstand ab 4000 v. Chr. das ägyptische Reich, am Indus 2800 v. Chr. die Harappa-Kultur und am Gelben Fluss die chinesischen Reiche (ab etwa 1900 v. Chr.).

### **Vielfacher Nutzen und Gefahr**

Flüsse waren für die Entstehung von Hochkulturen nicht zwingend notwendig, doch die Besiedlung einer Flusslandschaft hatte viele Vorteile: Die Verfügbarkeit von Wasser zum Trinken und Waschen, für die Landwirtschaft und Tierzucht und die Herstellung verschiedenster Güter. Flüsse lieferten Fische, Muscheln, Krebse und Vögel als Nahrung, Auwälder boten Wildpflanzen, Wildtiere und Holz. Holz, das bei Hochwasser mitgerissen wurde, war ebenfalls wertvoll. Am Alpenrhein beispielsweise sind aus dem 19. Jahrhundert spezielle Werkzeuge überliefert, mit denen man Treibholz aus dem Wasser fischen konnte, und Regeln, welches Holz man behalten und welches man dem oder der BesitzerIn, dem es flussaufwärts vom Hochwasser entwendet worden war, zurückgeben musste. Für das Fischen mit Netzen und Reusen gab es bereits im Mittelalter Regeln, wer wo wie viel fangen durfte und welcher Zins dafür zu bezahlen war. Nachdem die ersten Kraftwerke am Rhein gebaut waren, war es jedoch vorbei mit dem Segen, weil die Fische nicht mehr wandern konnten. Viele Fischarten, die einst die Mägen der Rhein-Anwohner füllten, gibt es heute gar nicht mehr.

Das fließende Wasser wurde und wird auch als Antriebskraft genutzt: Für Schiffsmühlen zum Mahlen von Getreide, zum Antrieb von Maschinen, zur Erzeugung von Strom und für den Transport von Waren und Menschen, wie auch zum Kühlen und Waschen und zur Entsorgung von Abwässern und Müll.

Flüsse boten und bieten aber auch Gefahren: Durch Hochwässer und Überschwemmungen, durch Geschiebe von Felsen, Schotter und Sand, durch das Erodieren der Ufer, durch giftige Abwässer, oder durch Krankheiten, die von Mücken und Würmern übertragen werden, die am und im Wasser leben.

Nicht zuletzt haben Flüsse vielfach auch spirituelle oder religiöse Bedeutung. Die berühmteste ist wohl jene des Ganges, dem zweitgrößten Fluss von Indien und Bangladesch. Den meisten indischen Religionen ist die Ganga heilig, das Bad im Ganges soll von Sünden reinigen und Vergebung bringen. Viele Hindus möchten sogar am Ganges sterben und als Asche mit dem Fluss eins werden.

### **Konflikte unausweichlich**

Bei so vielen Interessen und großem Nutzungsdruck ist es kein Wunder, dass es rund um Flüsse immer wieder zu Konflikten kommt. Das können lokale Konflikte sein, wie die Frage, welche AnrainerInnen wann und wieviel Wasser zur Bewässerung der eigenen Felder ableiten oder wer wo fischen darf. Es können Konflikte mit der Natur sein, wie: Sollen Kormorane oder Fischotter abgeschossen werden dürfen, weil sie angeblich den FischerInnen die Fische wegfressen? Dürfen Biber getötet werden, weil sie Bäume fällen und mit ihren Dämmen Wasser aufstauen?

Konflikte um die Nutzung von Flüssen entstehen aber auch zwischen Regionen oder Staaten: Im Nahen Osten, einer der regenärmsten Regionen der Welt, wird der politische und religiöse Konflikt zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten noch dadurch verschärft, dass Israel für seine exportträchtige Landwirtschaft rund 90 Prozent des Wassers des Jordan ableitet und Syrien, Jordanien und die Palästinensergebiete sich mit dem Rest begnügen müssen.

Ägypten betrachtet sich als Haupteigner des Nilwassers und möchte zur landwirtschaftlichen Nutzung der Wüste im Südwesten des Landes, dem Toshka-Projekt, noch mehr Wasser entnehmen. Doch der (neben dem Amazonas) längste Fluss der Erde hat 6 weitere Anrainerstaaten, die Wasser benötigen. Wenn es der 1999 eingerichteten ‚Nile Basin Initiative‘ (Nilbeckeninitiative) nicht gelingt, eine Einigung zu finden, könnte das die Konflikte in einer ohnehin unruhigen Region verhärten.

Ähnliches gilt für Euphrat und Tigris, wo bereits vielfältige Konflikte herrschen und die Türkei, Syrien und der Irak noch kein gemeinsames Konzept zur Wassernutzung gefunden haben. Dabei geht es nicht nur um Trinkwasser und Wasser für die Landwirtschaft, sondern auch um 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke

zur Stromerzeugung, die die Türkei bauen möchte.

ForscherInnen der Michigan State University schreiben im Wissenschaftsjournal ‚Proceedings of the National Academy of Sciences‘, dass große Wasserkraftprojekte häufig zur Zerstörung von Dörfern und zur Zwangsumsiedlung der BewohnerInnen bei mangelnder Entschädigung geführt haben und weiterhin führen.<sup>2</sup> Am Amazonas wie auch am Balkan kämpfen Menschen deshalb gegen geplante Wasserkraftprojekte – und damit gegen rücksichtslose InvestorInnen und korrupte PolitikerInnen.

Dass man Flüsse auch gemeinsam nutzen kann, ohne sich gegenseitig den Krieg zu erklären, zeigt die 1950 gegründete Internationale Kommission zum Schutz des Rheins. Nach dem Unfall in der Chemiefabrik Sandoz bei Basel 1986, in dessen Folge auf hunderten Kilometern alle Lebewesen im Rhein starben, wurde klar, dass ein grenzüberschreitender Fluss nur dann zum Wohle aller genutzt werden kann, wenn alle Anliegerstaaten zusammenarbeiten.

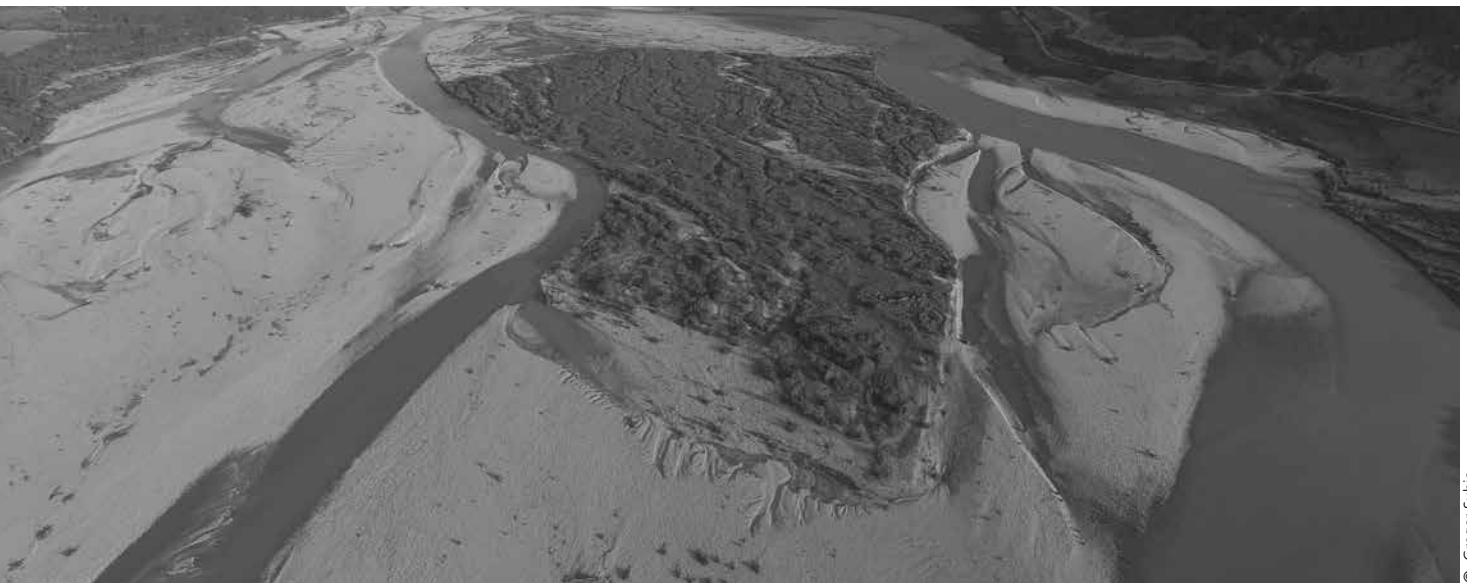
Flüsse sind Lebensadern, und ein Staudamm, so pflegt Ulrich Eichelmann von der Nichtregierungsorganisation Riverwatch zu sagen, sei wie ein Blutgerinnsel im menschlichen Körper, der zum Herzinfarkt führt. Flüsse als Lebensgrundlage, aber auch als Quelle der Inspiration und Erholung zu erhalten oder wiederherzustellen, sei deshalb die große Aufgabe unserer Tage.



Sonja Bettel

Die Autorin ist Wissenschaftsjournalistin für Radio Ö1 und andere Medien und betreibt das Online-Magazin Flussreporter.

- 1 Diego Tonolla (2011): Acoustic and Thermal Characterization of River Landscapes. Diss. FU Berlin. [http://www.eqcharta.ch/index\\_htm\\_files/Tonolla\\_Dissertation2011\\_FU.pdf](http://www.eqcharta.ch/index_htm_files/Tonolla_Dissertation2011_FU.pdf).
- 2 Emilio F. Moran/Maria Claudia Lopez/Nathan Moore/Norbert Müller/David W. Hyndman (20.11.2018): Sustainable hydropower in the 21st century. PNAS, 115 (47) 11891-11898, <http://www.pnas.org/content/115/47/11891>.



© Gregor Subic

Die Vjosa in Albanien, die „Königin der Flüsse“, ist als einer der letzten großen Wildflüsse Europas nun auch von Staudämmen bedroht.

# VERDAMMT GEFÄHRDET

## Der Kampf um Europas letzte Wildflüsse

**Europas Blaues Herz schlägt auf dem Balkan: Nirgendwo sonst in Europa gibt es eine vergleichbare Vielfalt unberührter Flusslandschaften. Doch diese Vielfalt ist bedroht. An die 3.000 Wasserkraftwerke sind zwischen Slowenien und Griechenland derzeit geplant – würden sie alle realisiert, wären die Folgen für die Natur katastrophal. Die Menschen vor Ort beginnen, sich gegen die wahnwitzigen Pläne zu wehren.**

**W**ENN SIE sich eine Traumlandschaft vorstellen, wie würde diese aussehen? Vielleicht so: hohe Berge mit schneebedeckten Gipfeln, geheimnisvolle Wälder mit dichtem Unterholz, saftige Wiesen, über die im Herbst der Nebel wabert und klare, smaragdgrün leuchtende Flüsse, die ungebremst durch schroffe Schluchten und liebliche Täler fließen? Solch eine Bilderbuchlandschaft gibt es wirklich, in Europa! In zahlreichen Staaten der Balkanhalbinsel hat sich durch jahrzehntelange Abschottung und aufgrund fehlender politischer Stabilität nach der Wendezeit eine in weiten Teilen intakte Natur erhalten können. Insbesondere die Flusslandschaften sind von faszinierender Ursprünglichkeit.

### Bedrohte Schönheit

Rund 80 Prozent der Balkanflüsse sind in einem guten oder sogar sehr guten Zustand. Zum Vergleich: In Deutschland gelten nur noch weniger als 10 Prozent der Flüsse als naturnah, 60

Prozent sind dagegen stark reguliert. Wer hierzulande meint, einen unberührten Fluss vor sich zu haben, war noch nicht auf dem Balkan. Das Blaue Herz Europas ist eine kaum bekannte Perle in der europäischen Naturschatzkiste und noch weitestgehend unerforschtes Terrain. Erste systematische Untersuchungen ganzer Flusseinzugsgebiete zeigen: Die Wildflüsse des Balkans zählen zu den Hotspots biologischer Vielfalt in Europa.

Dies scheint die PolitikerInnen der Balkanstaaten jedoch nicht zu interessieren; sie vergeben – oftmals an ausländische InvestorInnen – bereitwillig Konzessionen für den Bau von Wasserkraftwerken. Nach aktuellem Stand sind annähernd 3.000 Wasserkraftprojekte im Südosten Europas geplant. Sollten alle diese Pläne umgesetzt werden, würde Europas blaues Herz aufhören zu schlagen.

### Kleine Kraftwerke, große Zerstörung

Ein Großteil des „Staudamm-Tsunami“ besteht aus sogenannten

Kleinwasserkraftwerken. Sie leiten das Flusswasser über in den Fels gesprengte Pipelines ab, um an anderer Stelle Strom zu erzeugen. Unterhalb der Ableitung verbleibt dann höchstens ein Rinnsal im Flussbett, in dem Fische und andere Lebewesen kaum eine Chance zum Überleben haben. In den Sommermonaten trocknen die betroffenen Flussläufe dann meist vollständig aus – eine ökologische Katastrophe. Aufgrund ihrer geringen Größe ist oftmals keine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Bau der Kleinwasserkraftwerke vorgeschrieben. Selbst vor Schutzgebieten machen die Bauarbeiten keinen Halt, mit all den negativen Begleiterscheinungen der für den Bau benötigten Infrastruktur (Straßen, Stromleitungen, Pipelines etc.).

Das Absurde daran: Die Energiebilanz von Kleinwasserkraftwerken ist mehr als ernüchternd. Auf der Seite des Umweltbundesamtes heißt es: „Typisch für den Kraftwerksbestand in Deutschland [...] ist die große Anzahl an Kleinwasserkraftanlagen. Sie dominieren zwar den Anlagenbestand, die wenigen großen Anlagen erzeugen jedoch weit über 80 Prozent des Stroms [...] in Deutschland.“<sup>1</sup> Der Anteil von Strom aus Kleinwasserkraftwerken am gesamtdeutschen

Energiemix beträgt gerade einmal 0,07 Prozent. Ähnlich stellt sich die Situation auf dem Balkan dar.

### Verheerende Folgen auch für die Menschen

„Was nützt der erzeugte Strom, wenn die Menschen kein Brot mehr zu essen haben?“, fragt sich Xhevahir Shkurti. Der ältere Herr aus einem kleinen Dorf in Albanien ist wütend; wütend auf das Kraftwerk, durch das seine Getreidemühle nicht mehr mit Wasser versorgt wird und wütend auf die Regierung in Tirana, die den Bau genehmigt hat. Es ist noch nicht lange her, da mahlten Xhevahir Shkurti und sein Sohn Preparim das Getreide von 15 Gemeinden. Die Mühle wurde durch das Wasser des Flusses Rapuni angetrieben – eine nachhaltige Nutzung von Wasserkraft, wie sie seit Jahrhunderten betrieben wird. Dann kam das Kraftwerk. Seitdem steht die Mühle still. Die Staumauer hat dafür gesorgt, dass das Flussbett unterhalb der Anlage vollkommen ausgetrocknet ist.

Verantwortlich für den Bau ist unter anderem die iC-Group, laut eigenem Selbstbild „die Expertengruppe für komplexe Ingenieur-Projekte und technisch-interdisziplinäre Gesamtlösungen“. Ihren Sitz hat die Firma in Wien. Fast alle Ingenieurbüros, Baufirmen und GeldgeberInnen, die mit Wasserkraft auf dem Balkan Geld verdienen wollen, kommen aus dem Ausland. Insbesondere Entwicklungsbanken – im Falle des Rapuni-Kraftwerks die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) – aber auch Geschäftsbanken vor allem aus Österreich und Italien machen gute Geschäfte mit der Errichtung von Staudämmen auf der Balkanhalbinsel. „Bei den Banken herrscht eine Art Goldgräberstimmung“, sagt Theresa Schiller von der international tätigen Naturschutzstiftung EuroNatur. Sie koordiniert die gemeinsam mit der NGO Riverwatch und zahlreichen lokalen Organisationen durchgeführte Kampagne „Save the Blue Heart of Europe“ zum Schutz der Balkanflüsse. „Viele der von den ausländischen Geldinstituten finanzierten Kraftwerke würden in ihren Heimatländern aus Umweltschutzgründen keine Bewilligung erhalten“, so Schiller weiter.

### Der Kampf nimmt Fahrt auf

Die Finanzierung durch internationale Banken zu stoppen, ist einer der Hebel, an dem die Kampagne ansetzt.

„No Money – No Dams“ (Kein Geld – Keine Staudämme) lautet der Name einer Petition des amerikanischen Outdoor-Unternehmens Patagonia gegen die Finanzierung von Staudammprojekten in Südosteuropa. Bis zum Frühsommer hatten schon mehr als 120.000 Menschen ihren Namen unter die Petition gesetzt. Die ausgedruckte Unterschriftenliste übergaben VertreterInnen der Blue Heart-Kampagne sowie von Patagonia im Juni an hochrangige MitarbeiterInnen der EBWE in London. Diese signalisierten, sich aus der finanziellen Unterstützung für Wasserkraftprojekte zurückzuziehen – zumindest in geschützten Gebieten.<sup>2</sup>

Die Geldflüsse auszutrocknen, ist eine Möglichkeit, die Staudammflut auf dem Balkan zu verhindern. Doch auch die lokale Bevölkerung muss ihren Unwillen gegen die Zerstörung ihrer Heimat bekunden. Der von Patagonia in Auftrag gegebene Dokumentarfilm „Blue Heart“ erzählt mit eindrucksvollen Bildern und bewegenden Geschichten von Europas letzten wilden Flusslandschaften und ihrer Bedrohung durch den Ausbau der Wasserkraft. Im Sommer 2018 tourte der Film quer über den Balkan und konnte dank eines solarbetriebenen, mobilen Kinos auch in abgelegenen Dörfern gezeigt werden. Also genau dort, wo die betroffenen BürgerInnen leben und durch die naturzerstörerischen Projekte ihre Lebensgrundlage verlieren. Der Film zeigt Menschen, die sich mutig den Interessen der Staudammlobby entgegenstellen und den ZuschauerInnen somit inspirierende Vorbilder sind. Ein Beispiel: Die tapferen Frauen von Kruščica. Seit dem Sommer 2017 besetzen sie eine Brücke über den gleichnamigen Fluss, der die BewohnerInnen des bosnischen Dorfes mit frischem Trinkwasser versorgt. Sie widersetzten sich bereits 2 Räumungsaktionen des Investors; bei der ersten Aktion waren die Frauen brutaler Polizeigewalt ausgeliefert. Mittlerweile hat ein bosnisches Gericht die Baugenehmigung aufgehoben – die tapferen Frauen von Kruščica haben einen Etappensieg erreicht.

### Hoffnungszeichen für die Balkanflüsse

Die Entscheidung des Kantonsgerichts im Fall Kruščica ist nicht das erste Gerichtsurteil im Sinne der FlusswächterInnen auf dem Balkan. Im Mai 2017 stoppte das albanische Verwaltungsgericht ein großes Staudammprojekt an der Vjosa, dem

größten erhaltenen, sprich noch unverbauten Wildfluss auf dem Balkan. Der ‚Fall Vjosa‘ war das erste Gerichtsverfahren zu einem Umweltprojekt in Albanien überhaupt, auch ein Zeichen dafür, dass die Zivilgesellschaft der Region im Wandel begriffen ist.

„Es steht außer Frage, dass die BewohnerInnen der Balkanstaaten ein Anrecht auf die Verbesserung ihrer Lebensumstände haben. Aber es gibt Lösungsansätze zur Energieerzeugung, die nicht die letzten Wildflüsse unseres Kontinents zerstören. Bei 300 Sonnentagen im Jahr wäre Solarenergie eine sinnvolle Alternative zur Wasserkraft in Albanien“, erläutert Ulrich Eichelmann, Geschäftsführer von Riverwatch.

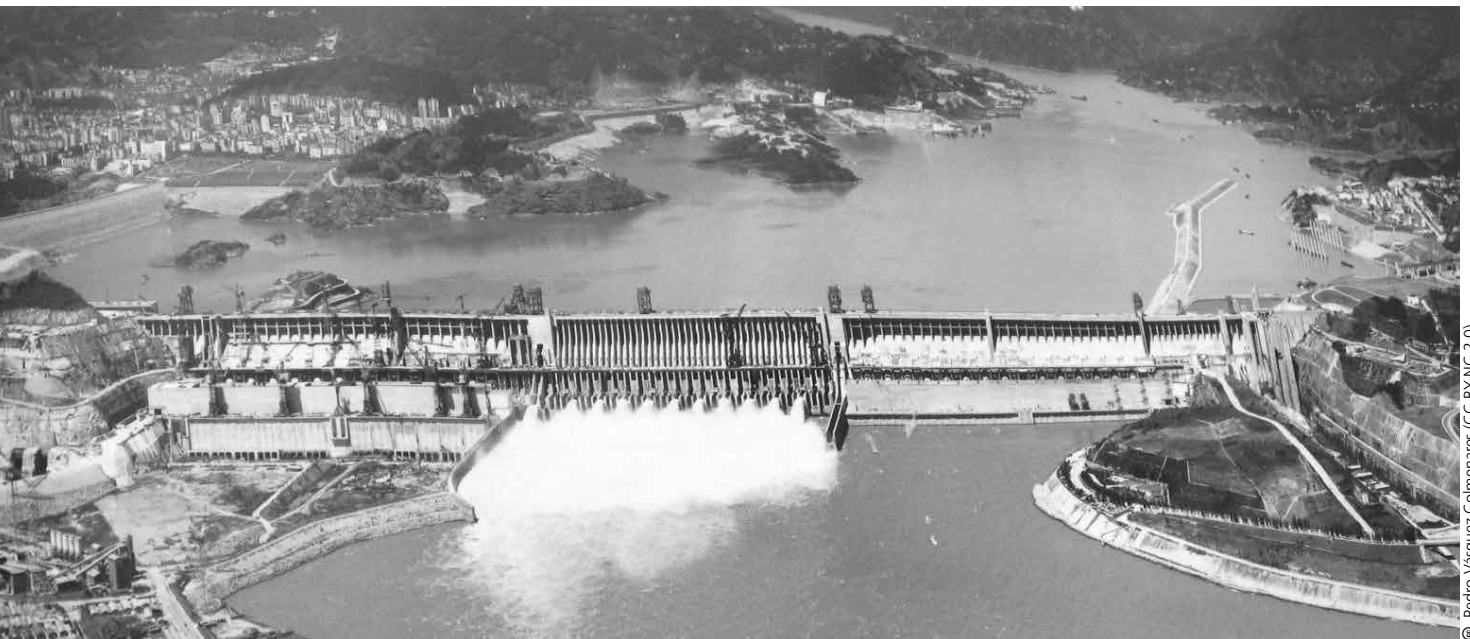
Die NaturschützerInnen der Kampagne ‚Save the Blue Heart of Europe‘ geben sich keinen illusorischen Hoffnungen hin. Ihnen ist klar, dass sie nicht alle 3.000 geplanten Wasserkraftwerke verhindern können. „Deshalb haben wir einen Ökomasterplan erarbeitet, der Tabuzonen für Wasserkraftprojekte an den Balkanflüssen definiert. Wir wollen erreichen, dass sich internationale Finanzinstitute selbst verpflichten, keine Kraftwerke in solchen Tabuzonen zu fördern. Für rund ein Drittel der geplanten Wasserkraftprojekte gibt es noch keine InvestorInnen, darin liegt unsere Chance“, sagt Theresa Schiller. Sie und ihre MitsstreiterInnen der Blue Heart-Kampagne sind überzeugt davon, die traumhaften Flusslandschaften auch für kommende Generationen bewahren zu können.



Christian Stielow

Der Autor arbeitet in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Naturschutzstiftung EuroNatur.

- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/fluesse/nutzung-belastungen/nutzung-von-fluessen-wasserkraft#textpart-3>
- <https://balkanrivers.net/sites/default/files/Financing-hydropower-southeast-Europe-web-fin.pdf>



© Pedro Vázquez Colmenares (CC BY-NC 2.0)

Für den Drei-Schluchten-Damm in China mussten über 1,2 Millionen Menschen umgesiedelt werden.

# DIE DUNKLE SEITE DER WASSERKRAFT

## Staudämme zerstören die Lebensgrundlage tausender Menschen

**Wasserkraft gilt oft immer noch als nachhaltige Energiequelle. Die Industrie bewirbt die Technologie als ideales Mittel, um Klimaschutz und Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (UN) zu erreichen. Doch Erfahrungen mit den menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Folgen von Staudämmen sprechen gegen diese Erzählung.**

**D**IE WASSERKRAFT spielt eine entscheidende Rolle bei der nachhaltigen und umweltfreundlichen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und ist weltweit die größte erneuerbare Quelle für die Stromerzeugung. So steht es in mehreren Pressemitteilungen des deutschen Konzerns Voith Hydro, der zu den Marktführern bei der Produktion von Turbinen und anderer Ausstattung für Wasserkraftwerke gehört.

Die Argumentation scheint schlüssig: Das Wasser treibt Turbinen an, ohne verbraucht zu werden; es werden weder Erdöl, Gas oder Kohle verbrannt noch radioaktive Elemente eingesetzt. So erscheint Wasserkraft als älteste regenerative Energiequelle. Gerade angesichts der Herausforderungen des Klimawandels erscheint Wasserkraft daher als eine notwendige und wichtige Technologie.

So propagiert die International Hydropower Association (IHA), in der sich Konzerne und InvestorInnen aus aller Welt organisieren, die im Geschäft mit der Wasserkraft aktiv sind, ihre Technologie als geeignetstes Mittel zum Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und des Pariser Abkommens zum Klimaschutz von 2015 und stellt den Welt-Wasserkraft-Kongress im Mai 2019 in Paris unter das Motto „Die Kraft des Wassers in einer nachhaltigen und miteinander verbundenen Welt“.<sup>1</sup>

### Globaler Staudammboom

Wasserkraftwerke können riesige Mengen Energie erzeugen. Von den weltweit 10 Kraftwerken mit der größten Kapazität sind 9 Wasserkraftwerke. Insbesondere für Länder des Globalen Südens, so die FürsprecherInnen der Wasserkraft, biete diese Energie-

quelle eine attraktive Möglichkeit, günstig umweltfreundlichen Strom zu erzeugen. Die weltweit bisher installierte Kapazität von etwa 1.300 Gigawatt könne um weitere 4.000 Gigawatt Kapazität erweitert werden, so Uwe Wehnhardt, Geschäftsführer von Voith Hydro.

### Gigantische Kraftwerke – für die Nachhaltigkeit?

Nach Aussagen der Industrie und ihrer Interessenvertretung ist also Wasserkraft das hervorragendste Instrument, um den Klimawandel zu bekämpfen (SDG 13: Klima umfassend schützen) und auch andere UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) zu erreichen. So schreibt Seleshi Bekele, der äthiopische Minister für Wasser, Bewässerung und Elektrizität, in einem Beitrag für die IHA, Wasserkraft wirke als Katalysator und Anfangspunkt für Industrialisierung und ökonomische Entwicklung. Deshalb forcieren die äthiopische Regierung den Bau von Wasserkraftwerken: Mit der Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre am Blauen Nil und dem



Gilgel-Gibe-IV-Damm am Omo-Fluss an der Grenze zu Kenia befinden sich dort die derzeit größten Wasserkraftprojekte Afrikas im Bau. Durch diese Projekte, so Bekele, entstünden Wirtschaftswachstum und Arbeitskräfte (SDG 8: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und faire Arbeit schaffen), mit der geschaffenen Infrastruktur könnten sich andere Industrien ansiedeln (SDG 9: Industrialisierung sozial verträglich gestalten). Dadurch würde die grassierende Armut im Land gemindert (SDG 1: Armut bekämpfen).<sup>2</sup>

### China und Brasilien, 2 Hauptländer der Wasserkraft

Der äthiopische Minister Bekele hegt hohe Erwartungen an die Wasserkraft für sein Land. Doch kann die Technologie sie einhalten? Es lohnt sich, einen Blick nach Brasilien und China zu werfen, wo viel Erfahrung mit Wasserkraftwerken besteht. China ist mit 341.000 Megawatt installierter Kapazität eindeutiger Spitzenreiter bei der Nutzung von Wasserkraft, auf Platz 2 folgen die USA (102.900 Megawatt) und Platz 3 belegt Brasilien (100.300 Megawatt). In den USA werden mehr Staudämme ab- als neu gebaut, da deren Lebensdauer aufgrund von Sedimentablagerungen begrenzt ist und die Kosten für das Ausbaggern der Stauseen bis zu 3mal höher sind, als der Bau des Damms selbst. China und Brasilien dagegen planen den Bau weiterer Anlagen.

In China steht unter anderem der größte Staudamm der Welt. Gleichzeitig ist der Drei-Schluchten-Damm mit einer Nennleistung von 22.400 Megawatt auch das größte Kraftwerk der Welt. Doch der Damm brach auch einen anderen Rekord: Über 1,2 Millionen Menschen mussten für das Kraftwerk umgesiedelt werden, mehr als bei jedem anderen Kraftwerk der Welt. Doch wie eine Studie der US-amerikanischen Naturschutzorganisation International Rivers zeigt, gab es bei der Umsiedlung massive Probleme. Entschädigungszahlungen kamen teilweise nicht bei den Betroffenen an, das Projekt war von Beginn an mit massiver Korruption verbunden und Proteste von Betroffenen dagegen wurden unterdrückt.<sup>3</sup> Trotz dieser negativen Bilanz für das Projekt plant die chinesische Regierung den Bau weiterer Staudämme im Land und chinesische Firmen beteiligen sich am Ausbau der Wasserkraft in anderen Teilen der Welt.

In Brasilien, der anderen aufsteigenden Macht im Staudammgeschäft, sieht die Situation kaum besser aus. Für den Bau des mit einer Nennleistung von 14.000 Megawatt zweitgrößten Wasserkraftwerks der Welt, dem auf der Grenze zwischen Paraguay und Brasilien am Paraná-Fluss gelegene Itaipu-Damm, wurden in den 1980er Jahren etwa 1.500 indigene Guaraní umgesiedelt. Sowohl in Brasilien als auch in Paraguay regierten damals Militärdiktaturen und bei der Umsiedelung der Indigenen kam es zu psychologischen und physischen Aggressionen gegen die betroffenen Indigenen, und sogar Morden, wie eine Wahrheitskommission zum Staudambau in diesem Jahr dokumentieren konnte. Im Jahr 1981 ließen sich MitarbeiterInnen der binationalen Itaipu-Gesellschaft sogar dabei fotografieren, wie sie Dörfer von Indigenen abbrannten.<sup>4</sup>

Solche schwerwiegenden sozialen und menschenrechtlichen Probleme von Wasserkraftwerken sind keine Ausnahmen, sondern die Regel. Nach Schätzungen von International Rivers wurden weltweit zwischen 40 und 80 Millionen Menschen für Dämme umgesiedelt, für die meisten bedeutete dies eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation.

Beim Bau des drittgrößten Staudamms der Welt, Belo Monte in Brasilien, kam es ebenfalls zu massiven menschenrechtlichen Problemen. Die zuständige Staatsanwaltschaft von Altamira ermittelt in dem Zusammenhang wegen Ethnozids, da betroffenen Indigenen die Lebensgrundlage genommen wurde. Dabei verdienten auch europäische Konzerne an dem Bau mit, da sie Turbinen lieferten oder die (Rück-)Versicherung für das Projekt übernahmen.<sup>5</sup> Am Tapajós-Fluss plant die neue brasilianische Regierung den Bau mehrerer weiterer Staudämme, die katastrophale Folgen für den amazonischen Regenwald und die dort lebenden Indigenen hätten. Bereits seit vielen Jahren leisten indigene Munduruku Widerstand gegen diese Zerstörung und besetzen immer wieder Baustellen von Staudämmen und verzögern so empfindlich deren Bauzeiten.

### Profite auf Kosten der Bevölkerung

Wasserkraftprojekte sind oft die Türöffner für andere Industrien in entlegenen Regionen und gehen mit dem Bau von Straßen einher. In erster Linie profitieren diejenigen, die an ih-

rem Bau beteiligt sind oder am Export des Stroms verdienen, sowie energieintensive Industrien wie Bergbau und Aluminiumverhüttung – nicht die lokale Bevölkerung. Mit Staudämmen können auch Stromschnellen überflutet werden, um Flüsse für die Schifffahrt zu erschließen, wie es bei Staudämmen am Tapajós geplant ist. So will die brasilianische Regierung entlegene Regionen für die expandierende Agrarindustrie erschließen.

Der Bau von Staudämmen zieht also nicht nur unmittelbare, lokale Folgen nach sich, sondern ist gleichzeitig auch Katalysator für weitere Landkonflikte in der gesamten Amazonasregion. Dem Jahresreport der Nichtregierungsorganisation Global Witness zufolge wurden im vergangenen Jahr in Brasilien 57 MenschenrechtsverteidigerInnen ermordet, mehr als in jedem anderen Land. Die meisten dieser Morde erfolgten im Kontext von Landkonflikten im Zusammenhang mit Agrarindustrie, Bergbau oder Wasserkraftprojekten in der Amazonasregion. Die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Kosten von Staudämmen sind nicht zu rechtfertigen.



Dr. Thilo F. Papacek

Der Autor ist Projektreferent bei der Initiative GegenStrömung, die sich mit den menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Folgen von Wasserkraftwerken beschäftigt.

- 1 <http://congress.hydropower.org/>.
- 2 International Hydropower Association (2018): 2018 Hydropower Status Report. IHA London, S. 16f. <https://www.hydropower.org/download/file/nojs/18956>.
- 3 International Rivers (2003): Human Rights Dammed Off at Three Gorges. <https://www.internationalrivers.org/resources/human-rights-dammed-off-at-three-gorges-4032>.
- 4 <https://theintercept.com/2018/06/12/fotos-funcionarios-itaipu-incendio-indigenas/>.
- 5 GegenStrömung (2014): Der Belo-Monte-Staudamm und die Rolle europäischer Konzerne. [http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStr%C3%B6mung\\_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne\\_2014.pdf](http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStr%C3%B6mung_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne_2014.pdf).



Im 5. Jahr in Folge zog eine Kamel-Karawane von kenianischen AktivistInnen entlang des Ewaso-Nyrio-Fluss, um so auf die vielfältigen Bedrohungen für den Fluss aufmerksam zu machen.

© Karte: Andreas Langner; Foto: Tim Bunke

# KAMPF UM KENIAS RESSOURCEN

## Flüsse als Zündfunke und Lebensader

**Kenia war lange Zeit als Safariland bekannt. In den letzten Jahren beherrschten jedoch Ausschreitungen zwischen Ethnien, islamistischer Terror und Korruption die Schlagzeilen. Eine außergewöhnliche Aktion wirbt für die nachhaltige Nutzung eines Flusses im trockenen Norden Kenias und die friedliche Koexistenz seiner AnrainerInnen.**

**F**RÜHER FÜHRTE der Fluss 10 Monate im Jahr Wasser. Heute nur noch 2, er trocknet einfach aus, klagt der Viehhirte Adan Mohammed. Der Fluss Ewaso Nyrio ist die Lebensader von etwa 3,6 Millionen Menschen. Er entspringt der Westflanke des Mount Kenya und bringt wertvolles Wasser in die häufig von Dürren bedrohten ariden Regionen im Norden Kenias. Das Land ist zu karg, um dauerhaft Felder zu bestellen. An den Ufern des Ewaso Nyrio erwirtschaften die meisten Menschen ihre Lebensgrundlage als nomadische ViehhirtInnen. Auf der Suche nach frischen Weiden und Wasser für ihr Vieh ziehen sie durch die Landschaft. Viele pflegen seit Jahrhunderten einen pastoralen Lebensstil, bei dem die Haltung von Nutztieren wie Kamelen, Rindern, Schafen und Ziegen zur Nahrungsgewinnung im Vordergrund steht. Landbesitz in seiner europäischen Form ist hier nicht existent, vielmehr steht die Nutzung

des Landes – oft auch über ethnische und staatliche Grenzen hinweg – im Vordergrund. Wo für das westliche Auge weite Landflächen brachliegen, sind dies für PastoralistInnen oftmals traditionelle Weidegründe, die nur saisonal genutzt werden.

### Konflikte um Wasser und Weideland

Doch das lebenswichtige Wasser ist zunehmend Grund für Konflikte, die immer wieder zwischen den lokalen Gemeinden und zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen entstehen, die um den Fluss als Ressource für Wasser und Weideland konkurrieren. Aber nicht nur der Zugang zu Wasser und Weide, auch Viehdiebstahl oder die Besetzung politischer Positionen vor dem Hintergrund einer ethnisierten politischen Landschaft sorgen für Streit und gewaltsame Auseinandersetzungen. Oft sind auch Landrechte unklar und dadurch strittig. Häufig entscheidet Korruption und die Zugehörigkeit zu

einer bestimmten Ethnie, wer Land besitzt.

Die für die PastoralistInnen verfügbare Landfläche verringert sich stetig durch raumgreifende Infrastrukturprojekte, Umweltzerstörung und Dürren, aber auch durch prinzipiell sinnvolle Umweltschutzmaßnahmen, die jedoch oft die lokale Bevölkerung nicht einbeziehen. Der Norden Kenias war lange vernachlässigt und soll nun durch zahlreiche Bauprojekte gefördert werden. Heute versucht die kenianische Regierung im Rahmen breit angelegter Investitionsprogramme den dünn besiedelten Norden infrastrukturell und vor allem touristisch zu fördern: neue Wildtierreservate, geteerte Highways, eine Pipeline von der Küste zu den neu entdeckten Ölfeldern im Nordwesten, eine Eisenbahnlinie, ein Schlachthaus und eine Retortenstadt für TouristInnen. Einer der größten Flughäfen Kenias und ein Staudamm werden gebaut. Infrastrukturmaßnahmen wurden zwar von vielen Menschen lange ersehnt, mit ihnen verschärfen sich jedoch bestehende Konflikte um Ressourcen weiter. Insbesondere die entstehende Talsperre Crocodile Jaw wird von AnwohnerInnen sehr kri-

tisch betrachtet, da die Aufstauung des Ewaso Nyrio zu einer sich weiter verschlimmernden Wasserknappheit führen würde. Der Nutzungsdruck wird noch verstärkt, indem großflächig wasserintensive Exportgüter am Oberlauf des Ewaso Nyrio angebaut werden, etwa Rosen für europäische VerbraucherInnen. Direkte Auswirkungen auf die Pegelstände flussabwärts sind die Folge.

Geeignetes Weideland ist rar im Norden Kenias. Die Herden der PastoralistInnen beanspruchen die krautige Pflanzendecke einer Weide oft stärker, als diese sich regenerieren kann. Die ökologische Tragfähigkeit der Weide kommt durch die Dauer und Intensität der Beweidung bald an ihre Grenze. Die Folgen sind Überweidung und Bodendegradation. In stark überweideten Gebieten können nur noch Ziegen leben, die die Vegetation jedoch noch stärker schädigen. Überweidung jedoch führt zu Desertifikation, also zu Versteppung oder fortschreitender Wüstenbildung. Diese schränkt den Zugang der HirtInnen zu alternativen Weideflächen und Wasserstellen erheblich ein.

### Gewalt und Extremismus vorbeugen

Die Verknappung von natürlichen Ressourcen und die historische Vernachlässigung Nordkenias führen zu Perspektivlosigkeit in der Bevölkerung. Kombiniert mit der Nähe zu Somalia begünstigt dies eine voranschreitende islamistische Radikalisierung. Die hauptsächlich in Somalia agierende Islamistenorganisation Al-Shabaab ist zunehmend auch in Kenia aktiv: Terroranschläge erreichten in der Vergangenheit bereits die Hauptstadt Nairobi sowie die touristisch wichtigen Küstengebiete. In Nordkenia verstärkte Al-Shabaab in den letzten Jahren die Rekrutierungstätigkeit.

Isiolo County beispielsweise (siehe Karte) gilt vor dem Hintergrund schwieriger Lebensumstände und historischer Ungleichheiten als wichtiges Rekrutierungsgebiet für radikal-islamistische Organisationen. Um einer voranschreitenden Radikalisierung vorzubeugen, ist es wichtig, diese früh zu erkennen und zu verhindern. Dazu muss die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegen Gewalt und Extremismus gestärkt und die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Sicherheitsbehörden sowie zwischen der Zivilgesellschaft und der (Lokal-) Regierung verbessert werden. Bei-

spielsweise steht auf der einen Seite oft unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Polizei, auf der anderen Seite das offene Misstrauen der Jugendlichen. Zunächst ist es unerlässlich, Vertrauen aufzubauen, damit Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden können. Teil eines partizipativen Aktionsplans können gemeinsame Sportveranstaltungen, beispielsweise Fußballturniere mit Jugendlichen und der Polizei, sein.

Dieser verbesserte Zusammenhalt kann auch in Bezug auf die Wasserressourcen in Isiolo County eine doppelte Funktion spielen. So hängt die voranschreitende Radikalisierung nach Meinung unserer Partnerorganisationen<sup>1</sup> stark mit dem Wegbrechen von (traditionellen) Lebensgrundlagen zusammen und ist damit eng mit der Wasserknappheit verknüpft. Zudem sind die Sensibilisierung von Konfliktparteien und die anhaltende Beziehungsarbeit ebenso zentral für einen gemeinsamen Einsatz für Wasserressourcen wie auch gegen Radikalisierung.

### Indigenes Ressourcenmanagement

Unklare Nutzungsrechte von Wasser und Weideland sind weit verbreitete Konfliktursachen in der Region. Auch hier können traditionelle Autoritäten dabei gestärkt werden, Konflikte schneller zu lösen, wenn über ethnische Grenzen hinausgehende Mechanismen des Ressourcenmanagements unterstützt und wiederbelebt werden. Ein Beispiel sind sogenannte Weide- und Wasserkomitees, die regeln, wessen Herden wann, wo und wie lange grasen. In diesen Komitees können oftmals langjährig verfeindete Gruppen wieder miteinander ins Gespräch gebracht werden und gemeinsam eine Lösung für ihren Streit finden. Die Komitees rekrutieren sich aus der Bevölkerung und oftmals nehmen traditionelle Autoritäten daran teil, um an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten. So werden zukünftige Konflikte entschärft, die etwa bei der Landverteilung, im Rahmen entstehender Infrastruktur oder beim Zugang zu verknappenden Wasserressourcen drohen.

### Ein Bündnis für den Fluss

Um das Management von Ressourcen wie Wasser und Weideland nachhaltig zu stärken, rief ein Bündnis von zivilgesellschaftlichen kenianischen Organisationen dieses Jahr zum 5.

Mal zu einer Kamel-Karawane<sup>2</sup> für den Fluss Ewaso Nyrio im trockenen Norden Kenias auf. Viele ansässige Nomaden, wie Adan Mohammed, begleiteten die kenianischen AktivistInnen. Mit 15 Kamelen wanderte die Kamel-Karawane 300 Kilometer entlang des Ewaso-Nyrio-Flusses. Auf diese Weise machten 50 Menschen während der 6 Tage dauernden Aktionen auf die vielfältigen Bedrohungen für den Fluss aufmerksam.

Die AktivistInnen konnten mit den Menschen entlang des Flusses direkt und außerhalb von Konferenzräumen über die Probleme, Befürchtungen und Nöte sprechen und diese unmittelbar begreifen. Die multi-ethnische Zusammensetzung der Kamel-Karawane erleichterte zudem den direkten Erfahrungsaustausch und brachte Anrainer des Ewaso Nyrio zusammen, um gemeinsam für den Fluss einzutreten. Zeitungen und das kenianische Fernsehen berichteten über die Aktion. Einige richtungsweisende Gespräche über Folgeaktivitäten haben die AktivistInnen bereits mit Behörden- und RegierungsvertreterInnen führen können. Der Vize-Gouverneur eines Counties am Oberlauf des Ewaso Nyrio berief eine Tagung aller umliegenden Counties ein, um ein faires Ressourcenmanagement zu fördern und den Zugang zu Wasser und Weideland gerecht zu regeln.

Die Kamel-Karawane gibt den PastoralistInnen wie Adan Mohammed Hoffnung, dass ihre Probleme gesehen und von allen Beteiligten gemeinsam bearbeitet werden können.

 Tim Bunke

Der Autor ist promovierter Ethnologe mit Erfahrung in Tansania und Sambia. Er arbeitet seit Oktober 2016 als Kooperant und Friedensfachkraft des Weltfriedensdienst e. V. mit Isiolo Peace Link in Kenia.<sup>3</sup>

1 Informationen zur Partner-NGO Isiolo Peace Link, Kenia: [www.facebook.com/IPLcbo2017](http://www.facebook.com/IPLcbo2017).

2 2 kurze Videos zur Kamel-Karawane: [www.weltfriedensdienst.de/kenia-eine-kamel-karawane-fuer-den-fluss](http://www.weltfriedensdienst.de/kenia-eine-kamel-karawane-fuer-den-fluss).

3 Informationen zum Projekt des Weltfriedensdienst e. V.: [www.weltfriedensdienst.de/kenia-gemeinsam-fuer-eine-gerechte-landverteilung](http://www.weltfriedensdienst.de/kenia-gemeinsam-fuer-eine-gerechte-landverteilung).



© NASA/Unsplash

Ein großer Teil des Nahen Ostens hat in den letzten 10 Jahren rapide an Süßwasserreserven verloren (Bild: Qadisiyah, Baghdad, Irak).

# FLÜSSE UND KONFLIKTE

## Zur strategischen Bedeutung von Wasserläufen

**Flüsse decken einen wesentlichen Teil der weltweiten Wasserversorgung ab, was zu Verteilungs- und Nutzungskonflikten zwischen den unterschiedlichen NutzerInnen führt. Darüber hinaus haben Flüsse aber auch einen besonderen strategischen Stellenwert in bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegen. So ist es beispielsweise möglich, mithilfe von Wasserinfrastruktureinrichtungen wie Dämmen oder Leitungsnetzen die Versorgungssituation maßgeblich zu beeinträchtigen. Ein solcher Einsatz von Wasser als Waffe verstößt zwar gegen Völkerrecht und Kriegsrecht, wird aber weiter angewendet – wie zuletzt in den Konflikten in Syrien und im Irak. Um diese Praxis zu unterbinden oder wenigstens zu erschweren, bedarf es unter anderem höherer Sicherheitsstandards für diese kritischen Infrastrukturen.**

**D**A OBERFLÄCHENGEWÄSSER – Flüsse und Seen – leicht und kostengünstig zugänglich sind, bilden sie zusammen mit weniger tief liegenden Grundwasserressourcen das Rückgrat der globalen Süßwasserversorgung. Dennoch kann die Wassermenge nach Jahreszeit stark variieren, Hochwasser und Überschwemmungen die Versorgungslage ebenso beeinträchtigen wie Niedrigwasser. Auch die Wasserqualität unterliegt Schwankungen bedingt durch Schadstoffeinträge und Abwässer aus Industrie, Landwirtschaft und Haushalten. Flüsse interagieren mit anderen Ökosystemen, indem sie z. B. Sümpfen, Mangroven oder dem Regenwald Wasser zuführen oder entnehmen.

Grundsätzlich transportieren Flüsse Wasser über ihr Gefälle fluss-

abwärts, was Konflikte um die Verteilung und Nutzung der Ressourcen zwischen Anrainern am Oberlauf und Anrainern am Unterlauf mit sich bringt, die sich häufig beim Bau von Staudämmen oder Bewässerungsanlagen zuspitzen. Da sich Flüsse nicht an Ländergrenzen halten, führt dies auch zu zwischenstaatlichen Konflikten in den weltweit 286 grenzüberschreitenden Flussbecken, darunter der Amazonas, der Rhein, die Donau, der Kongo, der Jordan, der Indus oder der Mekong. So hat im Euphrat-Tigris-Becken der türkische Ausbau der Bewässerungslandwirtschaft und der Hydroenergieerzeugung im Rahmen des Südostanatolien-Projekts maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Wasserzufuhr Iraks seit den 1980er Jahren um etwa 30 Prozent reduziert hat. Ein anderes,

aktuell prominentes Beispiel ist der Nil, an dem Ägypten fürchtet, dass sich die Wasserzufuhr am Unterlauf durch den Bau des ‚Grand Ethiopian Renaissance Dam‘ am Oberlauf in Äthiopien verringern könnte.

### Natürliche Grenze und grenzüberschreitender Einfluss

Aufgrund ihrer hydrologischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Bedeutung spielen Flüsse auch eine wesentliche Rolle in politischen Konflikten, bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegen – insbesondere unter strategischen und (militär-)taktischen Gesichtspunkten. Flüsse bilden zunächst eine natürliche Grenze, deren Verlauf nicht selten Staaten über längere Abschnitte voneinander abgrenzt, wie der Mekong Laos und Thailand, der Jordan Israel und Jordanien oder die Donau unter anderem die Slowakei und Ungarn sowie Bulgarien und Rumänien. Auch bei territorialen Neuordnungen nach Konflikten und Kriegen dienen Flüsse als Grenze, wie z. B. die Oder-Neiße Linie als deutsche Ostgrenze nach dem Zweiten Weltkrieg oder die Save, die nach dem Zerfall Jugoslawiens Teile der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien und Herzegowina bildet.

Während militärischer Auseinandersetzungen sind Flussufer ver-

gleichsweise gut zu verteidigen und schwierig zu erobern, weshalb Frontlinien in einem Kriegsverlauf häufig an Flüssen verlaufen. Da diese natürlichen Grenzlinien nur per Schiff, über Brücken oder durch Tunnel passiert werden können, ist auch die Kontrolle solch strategisch wichtiger Nadelöhre meist stark umkämpft. Im Kalten Krieg wurde für den Fall einer nuklearen Eskalation das Halten der Rheinlinie zu einem Kernpunkt der NATO-Strategien – weshalb wichtige militärische Einrichtungen westlich des Flusses liegen, wie das geo-strategische Informationszentrum der Bundeswehr in Euskirchen oder der US-Luftwaffenstützpunkt in Rammstein.

Neben einer natürlichen Grenzlinie entfalten Flüsse ihre geographische Dimension auch grenzüberschreitend – in Fließrichtung und in Form einer Oberlauf-Unterlauf-Konstellation. Analog zu Streitfragen um die Wasserverteilung und -nutzung ist das Ungleichgewicht zwischen Oberlieger- und Unterliegerparteien auch in bewaffneten Auseinandersetzungen entscheidend. Wer die Wasserressourcen am Oberlauf eines Flusses kontrolliert, hat die Möglichkeit, die Wasserversorgung und die Hydroenergieerzeugung am Unterlauf zu steuern und zu beeinträchtigen. Dadurch wird die militärische Kontrolle des Oberlaufs, beziehungsweise der dortigen Wasserinfrastrukturen, zu einem strategisch bedeutsamen Machtfaktor, vor allem in wasserarmen Regionen. Über Flüsse lassen sich zudem Nachschub an Kriegsgüter und Truppen transportieren.

### Wasser als Ziel und Waffe

An sich verstoßen sowohl die Zerstörung von Wasserinfrastrukturen als auch der Einsatz von Wasser als Waffe gegen humanitäres Völkerrecht und Kriegsrecht, wie unter anderem in der Haager Landkriegsordnung (1907) und insbesondere den Zusatzprotokollen der Genfer Konvention (1977) festgehalten. Aufgrund der zentralen Bedeutung von Flüssen werden Wasserinfrastruktureinrichtungen wie Staudämme, Verteilersysteme, Pump- oder Aufbereitungsanlagen in bewaffneten Konflikten dennoch gezielt angegriffen, teilweise im Zuge von Kampfhandlungen auch unbeabsichtigt beschädigt oder zerstört. Vor allem Luftschläge können wichtige Anlagen mit vergleichsweise geringem Aufwand demolieren – mit dra-

matischen Folgen für die Zivilbevölkerung, wie zuletzt wiederholt in Syrien oder im Jemen.

Der eher strategische Einsatz von Wasser als Waffe zielt demgegenüber nicht auf die Zerstörung der Anlagen per se ab. Stattdessen wird Wasser zum Mittel, um andere strategisch-politische oder taktisch-militärische Ziele zu erreichen. Dabei wird entweder (a) künstlich eine Wasserverknappung herbeigeführt, indem Wasser umgeleitet, zurückgehalten oder aufgestaut wird; oder (b) eine Überschwemmung ausgelöst, wenn größere Wassermengen gezielt abgelassen oder in eine bestimmte Region geleitet werden; oder (c) Wasser verunreinigt, indem Ressourcen verschmutzt oder vergiftet werden.

In diesem Zusammenhang erhielt zuletzt vor allem der so genannte Islamische Staat (IS) breitere Aufmerksamkeit, wengleich nahezu alle AkteurInnen in den Konflikten in Syrien und im Irak regelmäßig auf diese Praxis zurückgegriffen haben und weiter zurückgreifen. Die Eroberung und Kontrolle wichtiger Wasserinfrastruktureinrichtungen, vor allem Dämme an Euphrat und Tigris, waren ein wesentlicher Baustein der Expansionsstrategie des IS. Welche multiplen Effekte der Einsatz von Wasser als Waffe haben kann, lässt sich gut am Beispiel des Falludscha-Damms am Euphrat illustrieren, wo der IS gleich mehrfach Wasser als Waffe einsetzte.

Nach der Eroberung der Talsperre im April 2014 schloss der IS die Schleusen, um die Wasserversorgung in flussabwärts überwiegend von Schiiten bewohnten Gebiete zu beeinträchtigen. Dabei stieg der Pegel hinter der Staumauer und setzte Einrichtungen der irakischen Regierung und Armee am anderen Flussufer unter Wasser. 2 Tage später ließ der IS Wasser über einen Bewässerungskanal in ein Seitental ab und flutete weite Areale in bis zu 100 Kilometer Entfernung – 200 Quadratkilometer Ackerland und 10.000 Häuser wurden zerstört, die Ernte vernichtet, der Viehbestand getötet, mehr als 60.000 Menschen mussten fliehen. Gleichzeitig erschwerte der IS damit das Vorrücken irakischer Truppen auf eigene Stellungen und sabotierte die Parlamentswahlen, da infolge der Flutschäden nur ein Drittel der Wahllokale in der Region öffnen konnten.

Der Einsatz von Wasser als Waffe ist jedoch keinesfalls neu, sondern wurde unter anderem im Ersten

Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Vietnam-Krieg eingesetzt. Schon Cyrus der Große ließ am Vorabend der Eroberung Babylons 539 v. Chr. das Wasser des Euphrat oberhalb der Stadt umleiten und senkte damit den Pegel des Flusssystem, das die Stadt umgab. In den frühen Morgenstunden am Folgetag durchschritten seine Truppen das Flussbett und eroberten eine darauf unvorbereitete Stadt, die bis dahin als uneinnehmbar galt.

### Prävention und Intervention

Flüssen kommt weiterhin eine besondere strategische Bedeutung in bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegen zu. Zahlreiche Beispiele der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, dass Wasserinfrastrukturen unzureichend geschützt sind. Im Irak gelang es dem IS 2014, die Großdämme an Euphrat und Tigris buchstäblich zu überrennen und zu erobern. Einzig der Haditha-Damm konnte mit massivem Aufwand und Luftunterstützung der internationalen Anti-IS-Koalition verteidigt werden.

Weltweit zählen Staudämme zu den kritischen Infrastrukturen, weisen aber in vielen Fällen laxen Sicherheitsstandards auf. Hier besteht dringender Handlungsbedarf in ganz unterschiedlichen Bereichen, denn neben den beschriebenen (a) physischen Angriffen besteht auch das Risiko (b) chemischer Attacken oder von (c) Cyber-Angriffen auf die Steuerungsmodule. Investitionen in einen besseren Schutz von Wasserinfrastrukturen sind ein effektiver, aber vergleichsweise günstiger Ansatzpunkt, um Situationen wie an Euphrat und Tigris in den letzten Jahren künftig zu vermeiden.



Tobias von Lossow

Der Autor arbeitet als Wissenschaftler am Clingendael-Institut (Netherlands Institute of International Relations Clingendael) zu Wasser und Konflikten im Nahen Osten und in Afrika. Er ist zudem Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin.



© Claudio Schwarz/Unsplash

Verpflichtende Regulierungen für mehr Lieferkettentransparenz sind nötig, um den Ausverkauf der Natur und der Rechte der Menschen in den Produktionsländern zu stoppen.

## DIE PURPURNEN FLÜSSE

Welche Rolle spielt die Textilindustrie bei der Verschmutzung von Flüssen?

**Purpurne, blaue, grüne, gelbe Flüsse – so kann es rund um Textilproduktionen in Ländern wie Bangladesch und Indien aussehen. Die globale Textilindustrie ist eine der größten VerschmutzerInnen von Flüssen weltweit. Oft werden giftige Abwässer unbehandelt in Flüsse eingeleitet. Es fehlt generell am nötigen Bewusstsein, Druck von AuftraggeberInnen, strikten Gesetzen und technischem Know-how. Vor 4 Jahren wurde in Deutschland das Bündnis für nachhaltige Textilien gegründet. Seitdem wurde viel über verpflichtende und freiwillige Ziele verhandelt, doch bisher hat sich für die Umwelt und die BewohnerInnen vor Ort noch nicht viel verbessert. Das Textilbündnis braucht mehr unbedingten Willen von Unternehmen und ambitionierte verpflichtende Ziele für einen verbesserten Umwelt- und Gesundheitsschutz.**

**E**s ist keine Überraschung mehr, dass die Textilindustrie zu den größten industriellen UmweltverschmutzerInnen gehört. Schon seit Jahren ist bekannt, dass vor allem bei der Textilveredelung gefährliche Chemikalien über die ungefilterten Abwässer der Textilfirmen in Flüsse und Grundwasser gelangen. Es handelt sich dabei neben vielen anderen um Schwermetalle, hormonell wirksame Stoffe, besonders langlebige Schadstoffe wie z. B. per- und polyfluorierte Chemikalien (PFCs) und Nonylphenol-Etoxilate. So können z. B. in Färbeprozessen mehr als 1600 Stoffe verwendet werden.<sup>1</sup> Viele der verwendeten Chemikalien sind schädlich für die Umwelt und die menschliche Gesundheit. Vor allem die besonders

langlebigen und bioakkumulativen Schadstoffe können weite Strecken zurücklegen und sich im Körper und der Nahrungskette anreichern. Viele dieser Stoffe sind krebserregend, erbgutverändernd, fortpflanzungsschädigend und stören das Hormonsystem. Menschen, die an kontaminierten Flüssen leben, haben mit zahlreichen Problemen zu kämpfen: Familienmitglieder erkranken, sauberes Trinkwasser fehlt, Fischfang als Nahrungsgrundlage und Einkommensquelle ist nicht mehr möglich. Gleichzeitig sind oft die ärmsten BewohnerInnen am meisten betroffen. Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht. Textilfirmen und ihre Auftraggeber dürfen Flüsse nicht als privaten Abwasserkanal missbrauchen.

### Abwasser

Der Fluss Citarum in Indonesien wird oft als der schmutzigste Fluss der Welt bezeichnet. Entlang des Citarum sind mehr als 200 Textilfabriken angesiedelt, die Färbemittel und giftige Chemikalien in den Fluss eintragen. In Wasserproben wurden Blei, Quecksilber, Nonylphenol, Tributylphosphate und andere gefährliche Stoffe gefunden. Sie können zu Krankheiten der AnwohnerInnen führen und haben enorm schädliche Auswirkungen auf Wasserlebewesen. In den letzten Jahrzehnten sind 60 Prozent der im Citarum River lebenden Fische gestorben. FischerInnen entlang des Flusses sammeln jetzt vermehrt Plastik, um einen mageren Lebensunterhalt zu verdienen.<sup>2</sup>

Dieses Szenario finden wir bei den meisten Hotspots der Textilproduktion. In der Regel fehlen geeignete Kläranlagen oder sie werden nicht angeschlossen oder nicht fachgerecht betrieben.

### Viskose

Seit einiger Zeit ist die Umweltverschmutzung in der Viskoseproduktion in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Zwar basiert Viskose auf natürlichen Fasern, dennoch ist die

Verarbeitung ein chemieintensiver Prozess, der wegen seines enormen Wasserbedarfs oft in der Nähe von Flüssen angesiedelt ist. So haben Untersuchungen der britischen Stiftung Changing Markets gezeigt, dass in Flüssen nahe Viskoseproduktionsstätten typischerweise Schwefelsäure, Sulfur und Sulfide, aber auch einige Metalle gefunden werden. Bei mangelnder Abwasserbehandlung kann es in Folge zu einem Fischsterben aufgrund von Sauerstoffmangel und dem Eintrag von gefährlichen Chemikalien im Wasser führen.

### Mikroplastik

Mikroplastik ist eine weitere Eintragsquelle von Schadstoffen in Flüsse und daraufhin auch in die Weltmeere. Mikroplastik gelangt vor allem über das Waschen insbesondere von synthetischen Textilien und das dabei entstandene Abwasser in die Flüsse. Die Studienergebnisse über die Menge der beim Waschen ausgelösten Partikel reichen von 6 Millionen Mikrofasern pro 5 Kilogramm Waschgang<sup>3</sup> bis zu 250.000 während der Wäsche von nur einer Fleecejacke.<sup>4</sup> Bisher ist noch wenig bekannt, wie sich Mikroplastik auf die Gesundheit auswirkt. Besonders bedenklich ist jedoch, dass Mikroplastik wie ein Magnet andere Schadstoffe wie beispielsweise POPs und PBTs<sup>5</sup> anzieht, die besonders gesundheitsschädlich sind. Diese Schadstoffe gelangen dann mit dem Mikroplastik in der Nahrungskette. Mikroplastik hat sich mittlerweile in der Nahrungskette angereichert und kann in Salz, Fischen, Muscheln und sogar in menschlichen und tierischen Exkrementen nachgewiesen werden. Kläranlagen können die kleinen Mikroplastikteile nicht filtern. Bisher gibt es noch keine flächendeckende technische Lösung für dieses Problem. Eine Verbesserung der Kläranlagen und technische Filterlösungen für Waschmaschinen sind dringend nötig. Außerdem muss an umwelt- und gesundheitsfreundlichen Faserlösungen für Textilien gearbeitet werden.

### Was wird getan?

Nachdem die Detox-Kampagne von Greenpeace eine Schockwelle in der Textilbranche ausgelöst hatte, wurden einige Firmen aktiv. Neben dem direkten Engagement mit Greenpeace gründeten einige Firmen als Antwort auf die Detox-Kampagne die ZDHC-Initiative (Zero Discharge of Hazardous Chemicals – Keine Freisetzung

von gefährlichen Chemikalien), deren Ziel es ist, Schadstoffe in der Produktion zu verringern. ZDHC hat mittlerweile 116 sogenannte ZDHC Contributors (Mitwirkende) und entwickelte beispielsweise eine einheitliche MRSL (Manufacturing Restricted Substances List), eine Liste von Chemikalien, deren Einsatz auf bestimmte Anwendungen beschränkt oder ganz verboten ist, und von Abwasserstandards. Diese Standards wurden weitgehend vom Bündnis für nachhaltige Textilien übernommen. Das Textilbündnis ist ein Aushängeschild des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit, indem sich VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Standardorganisationen und Zivilgesellschaft auf gemeinsame Umsetzungsziele verständigen, die zu einer deutlichen Verbesserung der Lage in den produzierenden Ländern beitragen sollen. Es widmet sich neben der wichtigen Frage von Sozialstandards auch Umweltthemen, vorrangig der Chemikaliensicherheit. Mehrere Jahre hat die Arbeitsgruppe Chemikalienmanagement verbindliche und freiwillige Zeit- und Mengenziele verhandelt. Die Ziele sind nicht ambitioniert genug, um echten Wandel zu erreichen, und beschreiben oft nur den „kleinsten möglichen Nenner“, auf den man sich einigen konnte. Leider bleiben vor allem die verbindlichen Ziele auf halbem Weg in der Lieferkette stecken. Berichtet werden muss in der Regel nur über die eigenen LieferantInnen, nicht aber über die tiefere Lieferkette, wo aber gerade oft der größte Handlungsbedarf besteht.

### Staatliches Handeln statt auf ein Umdenken der Branche hoffen

Wir brauchen vielschichtige Lösungsansätze, um dieses massive Umwelt- und Gesundheitsproblem anzugehen. Verpflichtende Regulierungen in Deutschland und auch den Herstellungsländern müssen die ProduzentInnen und MarkenherstellerInnen in die Pflicht nehmen, für Produktionsbedingungen zu sorgen, die Umwelt, AnwohnerInnen und ArbeiterInnen adäquat schützen. Deutschland sollte Herstellungsländer unterstützen und ermutigen, strikte Regulierungen zu verabschieden und zu implementieren. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie reichen nicht aus, um der Massivität des Problems zu begegnen. Lieferkettentransparenz und die Durchdringung der gesam-

ten Lieferkette mit Maßnahmen zur Aufklärung, Wissenstransfer, Anreizen und Sanktionen müssen verbindlich von MarkenherstellerInnen und ProduzentInnen eingefordert werden. Einige sind dabei schon sehr weit in ihren Bemühungen, auch dank der Zusammenarbeit mit Greenpeace und anderen Initiativen. Andere haben noch einen langen Weg vor sich, der meist mit einem radikalen Umdenken in der Unternehmenskultur beginnt. Noch lange nicht alle haben die Zeichen der Zeit begriffen. Die Bundesregierung muss endlich verpflichtende Schritte einführen, um die Branche zu bewegen.



Alexandra Caterbow

Die Autorin ist Ko-Direktorin bei HEJSupport International und vertritt die Mitglieder der Zivilgesellschaft im Textilbündnis in den chemikalienrelevanten Arbeitsgruppen des Bündnisses.

Der Artikel ist ein Beitrag von A. Caterbow und keine abgestimmte Position der Bündnis für nachhaltige Textilien-Mitglieder der Zivilgesellschaft.

- 1 <http://www.bossiermag.com/blog/2017/11/26/clean-green-cute-why-sustainable-fashion-is-the-future>.
- 2 Ellen MacArthur Foundation (2017): A new textiles economy: Redesigning fashion's future. <http://www.ellenmacarthurfoundation.org/publications>.
- 3 Francesca De Falco et al. (2017): Evaluation of microplastic release caused by textile washing processes of synthetic fabrics, Environmental Pollution. <https://doi.org/10.1016/j.envpol.2017.10.057>.
- 4 <https://www.surfrider.org/coastal-blog/entry/plastic-microfibers-recent-findings-and-potential-solutions>.
- 5 Persistent Organic Pollutants: [https://de.wikipedia.org/wiki/Persistente\\_organische\\_Schadstoffe](https://de.wikipedia.org/wiki/Persistente_organische_Schadstoffe); Persistent Bioaccumulative Toxins: <https://de.wikipedia.org/wiki/PBT-Stoff>.



© László Maráz

Auch nach Stilllegung eines Tagebaus weisen dessen Innenkippen noch hohe Sulfat-Belastungen auf, die im Zuge von Renaturierungen in Flüsse gelangen.

# SALZIG UND BRAUN

## Wie die Kohle unserem Wasser schadet

**Durch den Abbau von Braunkohle gelangen die Minerale Sulfat und Eisenhydroxid (Eisenocker) in Flüsse und Grundwasser. In der Lausitz hat dies weitreichende Schäden zur Folge: die Verockerung des Spreewaldes, die Zerstörung eines geschützten Ökosystems und die Gefährdung des Trinkwassers. Die TagebaubetreiberInnen als VerursacherInnen dieser Schäden müssen auch für die dadurch entstehenden Kosten aufkommen.**

**D**ER WELTWEITE Abbau von Kohle und deren Verbrennung in Kraftwerken ist nicht nur maßgeblich für den Klimawandel, die Zerstörung von Siedlungen, Landschaften und Ökosystemen verantwortlich, sondern wirkt sich auch negativ auf Flüsse und Gewässer in der Nähe der Kohleabbaugebiete aus. Für den Kohleabbau sowie für die Verfeuerung der Kohle in den Kraftwerken werden sehr große Mengen an Wasser benötigt, die aus den Einzugsbereichen von Flüssen gewonnen werden. Zunächst muss der Grundwasserspiegel abgesenkt und das Wasser abgepumpt werden, um die Kohle aus den Tagebauen zu befördern. Dann wird Wasser benötigt, um die Kohle zu waschen, wobei in dem Prozess giftige Chemikalien ins Wasser gelangen können. Außerdem werden weitere große Mengen an Wasser gebraucht, um die Kraftwerksblöcke zu kühlen und um auf den Aschedeponien den

Staub zu binden. All dies wirkt sich negativ auf den Wasserhaushalt sowie auf die Qualität von Grundwasser und Flüssen aus.<sup>1</sup>

### Lausitz: braune Spree zerstört Lebensraum von Tieren und Pflanzen

In der Lausitz wird seit über 100 Jahren Braunkohle abgebaut. Bis zu 230 Millionen Kubikmeter Grundwasser werden dort jedes Jahr durch den aktiven Braunkohlebergbau abgepumpt. Das ist mehr, als Industrie, Trinkwasserwerke und Landwirtschaft zusammen in Brandenburg verbrauchen.<sup>2</sup> Beim Absenken des Grundwassers kommt das Mineral Eisenpyrit, welches am Boden lagert, an die Oberfläche, reagiert mit Sauerstoff und bildet die Oxidationsprodukte Sulfat und Eisenhydroxid, auch Eisenocker genannt. Sobald das Grundwasser nach Schließung der Tagebaue wieder steigt, gelangen Eisenhydroxid sowie Sulfat in die Fließgewässer und

Seen der Lausitz. Aber auch aus den aktiven Tagebauen gelangt das verschmutzte Wasser, das abgepumpt wurde, zurück in die Spree.<sup>3</sup>

Durch das Eisenocker färbt sich das Wasser in der Spree und im Spreewald bräunlich bis rostrot. Das Mineral legt sich am Gewässergrund und am Ufer ab und bildet einen braunen Schlamm, der für Fische, Wasserpflanzen und Insektenlarven unbewohnbar ist. Ebenso wird vermutet, dass Sulfat aquatische Organismen wie Muscheln und Krebse negativ belastet.<sup>4</sup> Dadurch wird vielen weiteren Tieren ihre Nahrungsgrundlage entzogen. Somit belasten die Tagebaue und deren langfristige Folgen ganze Ökosysteme.

Der braune Schlamm hat sich bereits stark ausgebreitet, selbst dort, wo er im Wasser nicht sichtbar ist. So ist die Talsperre Spremberg Teil eines umfassenden Wassermanagements, das nötig geworden ist, um das Eisenocker zurückzuhalten. Das einstige Anglerparadies wurde dadurch in eine leblose Flusskläranlage umgewandelt. Bei Hochwasser drohen erhebliche Mengen Eisen vom Gewässergrund aufgewirbelt zu werden und Richtung Spreewald abzufließen.



### Gefahren für lokale Erholungsgebiete

Der Spreewald zählt zu den UNESCO-Biosphärenreservaten und ist für den lokalen Tourismus von größter Bedeutung. Eine Verockerung und Belastung des Spreewalds stellt daher auch für das bekannte Erholungs- und Tourismusgebiet eine wesentliche Gefahr dar. Nur dank eines kostenintensiven Maßnahmenpakets konnte die sichtbare Verschmutzung des Spreewalds rückgängig gemacht werden. Allerdings ist die Gefahr einer weiteren Verockerung immer noch gegeben – besonders im Dürrejahr 2018.

Auch Seen sind von den Folgen des Kohleabbaus betroffen. So hat sich beispielsweise das Wasser am Deulowitzer See seit 1958 aufgrund des näherrückenden Tagebaus Jänschwalde bereits mehr als 50 Meter zurückgezogen.

### Sulfat: das Damoklesschwert über Berlins Trinkwasser

Das sulfathaltige Wasser aus den Tagebauen wird nach und nach zurück in die Spree geleitet. Dies hat weitreichende Folgen nicht nur für das Ökosystem, sondern auch für die BewohnerInnen Berlins. Im Wasserwerk Friedrichshagen, Berlins größtem Wasserversorger, wird etwa 60 Prozent des Trinkwassers aus dem Uferfiltrat von Spree und Havel gewonnen. Uferfiltrat bezeichnet Trinkwasser, welches aus dem Oberflächengewässer gewonnen wird. Die Wasserwerke müssen sulfathaltiges Uferfiltrat aus der Spree mit sauberem Wasser mischen, damit der Sulfatgrenzwert von 250 Milligramm pro Liter im Trinkwasser eingehalten werden kann. Dieser Grenzwert wird durch die Trinkwasserverordnung vorgeschrieben, denn Sulfat verschlechtert nicht nur den Geschmack des Wassers – das Trinkwasser wird versalzen – sondern kann ab 500 Milligramm pro Liter Durchfall und Erbrechen vor allem bei Kleinkindern und Säuglingen verursachen.

Auch weitere Wasserbetriebe entlang der Spree, wie etwa die Wasserwerke Frankfurt (Oder), sind auf eine gute Wasserqualität der Spree angewiesen, um den Trinkwassergrenzwert einzuhalten. Allerdings sind sie mit schwer kalkulierbaren Risiken konfrontiert. Einerseits soll der ehemalige Tagebau Cottbus nach Plänen der Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) bald mit Spreewasser geflutet werden. Durch den Durchlauf von Spreewasser durch den neuen See könnte letzt-

lich die Sulfatkonzentration im Fluss selbst steigen, da die Innenkippe des ehemaligen Tagebaus extrem hohe Sulfatkonzentrationen aufweist. Andererseits stellen niederschlagsarme Perioden einen gegenwärtigen Risikofaktor für die Qualität des Trinkwassers dar.

Gerade jetzt sind infolge des besonders trockenen Jahres 2018 die Mengen an sauberem Wasser zur Vermischung knapp und werden bei anhaltender Trockenheit zunehmend geringer.

Die Rückhaltebecken, in denen die TagebaubetreiberInnen das verschmutzte Wasser zurückhalten können, sind voll, weil die Spree weniger Wasser trägt und die Beimischung zu einer höheren Sulfatkonzentration im Gewässer führen würde.<sup>5</sup> Ebenso wurden seit Anfang Oktober die Brunnen, welche Wasser mit besonders hoher Sulfatkonzentration aus dem Tagebau holen, abgeschaltet, sie müssen jedoch bald wieder in Betrieb gehen, um den weiteren Betrieb des Tagebaus zu garantieren. Ende November litt die Spree an einer beispiellosen Dürre und wurde zu dem Zeitpunkt, je nach Kalkulation, zu 70 oder zu 93 Prozent aus gefiltertem Grubenwasser aus den Tagebauen gespeist. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis die Sulfatwerte in der Spree steigen werden.

### Wer zahlt für die Verschmutzung?

Das Risiko einer ernsthafte Trinkwasserbelastung ist akut. Es ist daher wichtig, dass die VerursacherInnen auch für die Schäden an Wasser und Ökosystem aufkommen und die Kosten nicht bei den SteuerzahlerInnen hängen bleiben. Die zukünftige Wasserqualität der Spree wird wesentlich davon abhängig sein, ob ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Sulfateinträge stillgelegter Tagebaue begrenzen zu können. Die Verantwortung der Wasserverschmutzung liegt eindeutig beim Braunkohleabbau: Mehr als die Hälfte des Sulfats stammt aus den aktiven Tagebauen der LEAG.

Um die BetreiberInnen der Tagebaue zur Rechenschaft zu ziehen, ist es notwendig, Sicherheitsleistungen einzufordern. Das sind Gelder, die auch im Fall einer Insolvenz erhalten bleiben. Die Landesbergämter von Sachsen und Brandenburg haben das in dieser Form jedoch noch nicht getan. Stattdessen wird momentan in Brandenburg darüber diskutiert, die Gelder für die Renaturierung – nach

sächsischem Vorbild – als Sockelbetrag in eine unternehmensinterne Zweckgesellschaft einzuzahlen. Die Kontrolle über diese Mittel muss hingegen dem Konzern entzogen und unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Die LEAG sollte aus ihren laufenden Gewinnen weitere Mittel bereitstellen, damit irgendwann tatsächlich alle zukünftigen Kosten der Braunkohlenutzung abgedeckt sind. Schließlich hatte der Konzern Vattenfall beim Verkauf seiner Braunkohlegeschäfte an die LEAG 1,7 Milliarden Euro für die Renaturierung der Kohlegruben an den neuen Eigentümer gezahlt.

Diesen Forderungen schließt sich auch eine Delegation des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments an, welche die Lausitz besucht hat und in ihren Empfehlungen die zuständigen Behörden dazu auffordert, Sicherheitsleistungen für die Rekultivierung einzuführen. Des Weiteren muss nun die EU-Kommission einen möglichen Verstoß gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie, welche die Erreichung guter chemischer und ökologischer Zustände für Oberflächengewässer und Grundwassers vorschreibt, überprüfen.

Fakt bleibt: Der Kohleabbau stellt eine Gefahr für Klima, Umwelt und Gesundheit dar. Daher müssen die BraunkohlebetreiberInnen für die Folgen des Braunkohleabbaus haften und Deutschland so schnell wie möglich aus der Kohle aussteigen.



Greta Pallaver

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei BürgerBegehren Klimaschutz e. V.

- 1 Greenpeace International (2016): The great water grab. <https://bit.ly/1Tiy1NL>.
- 2 Grüne Liga Umweltgruppe Cottbus (2015): Neue Tagebaue und Wasser. <https://bit.ly/2BFj94c>.
- 3 Aktionsbündnis Klare Spree e. V. (o. D.): Informationen zur Verockerung. <https://bit.ly/1B0sz06>.
- 4 NABU (2018): Bald Durchfall-Alarm in der Hauptstadt? Gesundheitsschädliches Tagebau-Sulfat belastet das Berliner Trinkwasser. <https://bit.ly/2Ahr3bZ>.
- 5 Stefan Jacobs (11.11.2018): Berlins Wassermangel wird immer dramatischer. Der Tagesspiegel, <https://bit.ly/2FWzFBo>.

# FLÜSSE SIND AUF DIESER WELT EINFACH UNERSETZLICH

## Warum beschleunigen wir den Artentod mit Staudämmen und Kraftwerksbau?

**Nichts beschleunigt das Artensterben so dramatisch wie die weltweite Zerstörung der Flüsse. Und nirgends überschreitet die Menschheit schon jetzt so drastisch die Grenzen der planetaren Tragfähigkeit wie beim Verlust der biologischen Vielfalt. Aber die Ausbeutung boomt, als gäbe es kein Morgen: Immer neue Staudämme blockieren die Lebensadern des Planeten, immer mehr hydro-elektrische Kraftwerke plündern die Schatzkammern der Evolution. Dabei ist der Homo sapiens doch vernunftbegabt, und mehr noch: empathiefähig. Ein Appell an unser Mitgefühl.**

**E**S GEHT nicht nur um Leben und Tod. Es geht um Überleben und Aussterben. Es geht ums Ganze. Mit atemberaubender Vehemenz werden Flüsse und Flusslandschaften auf unserem Globus zerstört. Wollte man die biologische Vielfalt gezielt vernichten, man würde es womöglich genau so anstellen. Mit unbegreiflicher Wucht richten wir das hin, was die Erde zum blauen Planeten macht. Nirgends ist die Vielfalt größer und nirgends grassiert das Artensterben schneller als in Flusssystemen. Wenn ein Landlebewesen ausstirbt, so zeigte eine Studie für Nordamerika, sind schon 5 Arten im Süßwasser verschwunden.<sup>1</sup>

Flüsse formen den Planeten. Auf ihrem langen Weg spülen sie Gebirge Richtung Meer und stellen Verbindungen und Austausch in alle denkbaren Richtungen her: Hoch, runter, rechts, links, vor, zurück, damals, heute. Vom Meer aus betrachtet sind sie Zuflüsse und Wanderwege bis in die Berge und zurück: „Ein Rheinsalm schwamm den Rhein bis in die Schweiz hinein“, dichtete Christian Morgenstern 1910. Es waren Abertausende Lachse im Rhein.

Flüsse sind ein ständiges Zusammenspiel von Wasser und Wald, Steinen und Leben, von Kies, Sand und Schlamm, Totholz nicht zu vergessen. Sie sind steter Wandel, manchmal tief, manchmal weit, manchmal seicht. Flüsse sind Landschaften und nicht bloß Linien, wenngleich viel zu oft viel zu eingedeicht. Sie ziehen sich als Korridore über die Kontinente bis in die Küstengewässer, sie prägen Täler und Auen durch Abflussgeschehen und Ausuferern. Dies alles sind die Voraussetzung für die immense Vielfalt

von Arten und Formen, von Lebensräumen und ökologischen Nischen, die Flusssysteme auf diesem Globus beherbergen.

Flüsse sind lebendig, seit Anbeginn. Laut Schöpfungsbericht wimmelte am 5. Tag das Wasser selbst vor Leben. Das Paradies soll ein Garten mit 4 Flüssen gewesen sein. 4, damit keine Weltgegend leer ausgeht. Nicht von ungefähr ist der Fluss die Metapher für das Leben schlechthin. Was

für einen Fluss hatte Heraklit wohl vor Augen, als er „Alles fließt“ gedacht hat?

### Weg ist weg

Jede 2. Fischart auf dem Globus ist ein Süßwasserfisch, insgesamt geht man von etwa 15.000 Arten aus. Dabei bedecken die Süßwasser-Lebensräume nur 1 Prozent der Erdoberfläche. „Süßwasser-Ökosysteme gehören zu den komplexesten, dynamischsten und vielfältigsten der Erde“, fasst die Alliance for Freshwater Life zusammen.<sup>2</sup> Und sie gelten als am allerstärksten bedroht.

Dass Süßwasserökosysteme in einem nie dagewesenen Tempo und Ausmaß einbrechen und so ihre genetische und funktionale Vielfalt verlieren, beschreibt die Allianz als Folge



Beim Artensterben in Flüssen schießen wir immer weiter über die planetaren Grenzen hinaus. Der Rückgang bei den Süßwasserarten ist dramatischer als bei jeder anderen Gruppe. (Grafik „Ökologische Belastungsgrenzen“ nach Johan Rockström et al. 2009)

© Felix Müller (CC BY-SA 4.0)

von Wasser- und Landnutzungen, die diese Folgen in Praxis und Politik in Kauf nehmen. Trotz aller Bekenntnisse werden weltweit die Ziele zum Aufhalten des Artensterbens im Süßwasser verfehlt, schlimmer noch: „Auf der globalen Agenda ist die Biodiversität im Süßwasser abwesend.“

Der Populationsrückgang schreitet bei den Arten im Süßwasser doppelt schnell fort wie im Meer oder an Land. 1 von 3 Arten ist vom Aussterben bedroht. Aussterben heißt: Alle sind tot. Auch die letzten ihrer Art. Die Entstehung der Arten ist ein bisschen knifflig, aber Aussterben ist ganz einfach. Weg ist weg. Für immer. Keine Art kommt jemals wieder.

Die Roten Listen und der Ostflügel des Berliner Naturkundemuseums sind voll von solchen Tragödien. Beim Artensterben herrscht gerade Prime Time, und wir sitzen in der ersten Reihe. Brandaktuell ist in Europa z. B. der Aal dran. Auch er ist vom Aussterben bedroht, nicht anders als der Berggorilla, wird aber allerorten mit Wasserkraft durch den Wolf gedreht und verendet elend, quasi als Beifang.

Und der Hausen, der größte unter den Stören und der größte Süßwasserfisch der Welt ist eigentlich in der Donau zuhause – bald wohl nicht mehr. Die Störe haben die Dinosaurier überlebt. Aber an uns gehen sie zugrunde. Womöglich könnten uns Arten, die so alt sind, einiges erzählen über globalen Wandel und wie man damit zurechtkommt. Mit welchem Recht rotten wir solche Lebewesen aus?

### Wann ist ein Fluss ein Fluss?

Wenn wir lebendige Flüsse erhalten wollen, wenn wir es ernst meinen mit dem Schutz der Natur, dann müssen wir dringend handeln: Wir müssen Staudämme abreißen und Turbinen abschalten, Deiche öffnen und Auen zurückgewinnen. Wildflüsse müssen wild bleiben. Es gilt, den Sedimenttransport in unseren Flüssen wiederzubeleben und wieder mehr flusseigene Dynamik zuzulassen – um der Vielfalt, Eigenart und Schönheit willen. Wir müssen den Blick weiten auf Auenwälder und Flusslandschaften, in Flusskorridoren und Einzugsgebieten denken und lernen, mehr unter die Wasseroberfläche zu schauen.

Sich auf das Wesen der Flüsse besinnen heißt: Flüsse wieder Flüsse sein lassen. Wann ist ein Fluss ein Fluss? Wenn er fließt. Wenn er sich wandeln und erneuern kann. Wenn er lebendig ist.

Die Tier- und Pflanzenarten der Flüsse sind Ergebnis einer Evolution in sehr dynamischen Systemen. Ein Lachs schlüpft in einer kiesigen Laichgrube. Wenn ihn bald darauf die Strömung flussabwärts verdrifft, muss er zügig ein ruhigeres Habitat mit Nahrung und Verstecken finden, z. B. Wurzelballen toter Bäume. Später wandert er Richtung Meer und nach einigen Jahren zurück, um zu laichen.

Damit der Lachs ein Kiesbett findet, muss der Fluss Sediment transportieren und sortieren. Damit ist der Bogen geschlagen zur Geologie und Beschaffenheit des Einzugsgebietes, zu Gefälle und Gestalt des Talraums und zur Abflussdynamik, dem Puls des Flusses gewissermaßen.

Wanderfische wie Lachs, Aal oder Stör zeigen: Es geht bei Flüssen um ein ganzes Gefüge von Lebensräumen, das in stetem Wandel begriffen ist. Es geht um das Verbundensein dieser Habitatkomplexe über das gesamte Flusssystem hinweg. Ein Fluss ist ein Kontinuum. Entscheidend ist die sogenannte funktionelle Konnektivität der Flusslebensräume: Aus Sicht jeder einzelnen Art geht es um unterschiedliche essentielle Habitate, um deren Qualität und räumliche Anordnung sowie um ihre Erreichbarkeit.

Wie sich diese Vielfalt und Komplexität etwa im Amazonas mit geschätzt 5.000 (!) Fischarten in einem Flusssystem organisiert, grenzt an ein Wunder und ist weitgehend unerforscht. Auf Platz 2 liegt der Mekong mit rund 1.200 Fischarten. Aber die Menschheit ist wie besessen dabei, diesen unfassbaren Reichtum unwiederbringlich auszulöschen, bevor wir überhaupt einen Begriff davon haben.

### Für ein paar Jahrzehnte Billigstrom

Dennoch, es gibt Dinge, die Mut machen: In den USA, lange die Staudammaunation Nr. 1, ist nach dem größten Staudammabriss der Geschichte der Elwha River wieder zum Leben erwacht und die Lachse kehren zurück. Das wachsende Netzwerk der ‚Wild and Scenic Rivers‘ garantiert dauerhaften Schutz freier Flüsse. Hiervon lässt sich lernen. ‚Dam Removal Europe‘ zeigt auf, wie Flüsse wieder fließen und Wanderfische wieder wandern können.

In Europa haben wir epochale Sünden beim Verbau unserer Flüsse begangen. Aber haben wir nicht gerade deswegen die Verantwortung, anderen beizustehen, nicht dieselben

Fehler oder noch viel größere zu machen?

Hydro-elektrische Kraftwerke sind darauf angelegt, dem fließenden Wasser genau die Energie zu entziehen, auf die lebendige Flüsse angewiesen sind. Wasserkraft ist so gesehen eine „extraktive Industrie“. Mit erneuerbar hat das nur wenig zu tun. Für die Energieausbeutung ist nahezu alles, was einen Fluss zum Fluss macht, hinderlich. Ausleitungskraftwerke leiten das Wasser oft über Kilometer ab. Würde man Artensterben und die Umweltzerstörung einpreisen, wäre dieser Strom wohl kaum bezahlbar. Staudämme haben eine technische Lebensdauer von lediglich ein paar Jahrzehnten. Und dann?

### Flüsse sind Fluss, nicht Stau

Wenn der Artentod über die Grenzen des Planeten geht, und wenn Flüsse die größte Vielfalt beherbergen – ist es dann nicht eine moralische Pflicht, mörderische Staudämme zu verhindern?

Vielleicht sind wir aber auch bloß empfindungslos, eingelullt von Gefäsel von Entwicklungspfaden und Erneuerbaren. Aber Staudämme sind Kahlschlag. Staudämme sind Grabsteine. Staudämme sind Mauern. Als Berliner möchte ich behaupten: Die Mauern müssen weg. Auch die Mauern in den Köpfen. Was kann uns die Augen öffnen, was kann unsere Herzen daran erinnern, dass Flüsse in sich Erneuerung sind? Flüsse sind Fluss, nicht Stau.

Die Flüsse selbst können es. Schauen wir sie an, hören wir ihnen zu, kosten wir ihre Süße. Denn ohne Mitgefühl werden wir auch nicht zur Vernunft kommen. Oder um es nochmal Herbert Grönemeyer zu sagen: Flüsse weinen heimlich / Flüsse brauchen viel Zärtlichkeit / Und Flüsse sind so verletzlich / Flüsse sind auf dieser Welt einfach unersetzlich.



Tobias Schäfer

Der Autor arbeitet für die Stiftung Living Rivers und ist langjähriges Mitglied der Water Working Group im Europäischen Umweltbüro (EEB). Er ist Mitbegründer von flow : europe e. V., der ein Filmfest aus Liebe zum Wasser veranstaltet.

1 <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1046/j.1523-1739.1999.98380.x>

2 [www.allianceforfreshwaterlife.org](http://www.allianceforfreshwaterlife.org)



© Jason Hafso/Unsplash

Finger weg von der Wasserrahmenrichtlinie! Umweltverbände setzen sich europaweit gegen die Verwässerung der WRRL somit die Schwächung des Wasserschutzes ein.

# UNSERE FLÜSSE UND SEEN SIND IN GEFAHR

## Finger weg von der Wasserrahmenrichtlinie!

**Flüsse und Seen sind so etwas wie die Herzen unseres Wasserkreislaufs und zudem tief in unserem kulturellen Erbe verankert. So begründen Ritter, Drachen und Jungfrauen den Mythos Rhein. Wahrhaft göttlicher Natur ist die Donau – ihr Name leitet sich von einem antiken Flussgott ab. Doch unseren Flüssen und Seen geht es alles andere als „göttlich“. Im Gegenteil. Knapp 94 Prozent der deutschen Flüsse und 79 Prozent der natürlichen Seen sind derzeit in keinem guten ökologischen, gar 100 Prozent in keinem guten chemischen Zustand. Dabei schreibt die Europäische Wasserrahmenrichtlinie vor, dass alle Gewässer in der Europäischen Union (EU) diesen bis spätestens 2027 erreichen müssen. Ein Ziel, das Deutschland nach heutigem Stand der Dinge meilenweit verfehlen wird.**

**D**IE WASSERRAHMENRICHTLINIE (WRRL) wurde im Jahr 2000 von den EU-Mitgliedstaaten verabschiedet. Die europäische Wasserpolitik wurde damit grundlegend reformiert. Erstmals werden Gewässer (Flüsse, Seen, Übergangsgewässer, Grundwasser, Küstengewässer) als Ökosysteme verstanden und erstmals werden Ziele für einen besseren Zustand dieser mit konkreten Fristen beschrieben.

Zentrale Teile der Richtlinie sind ein Verschlechterungsverbot und eine Verbesserungspflicht. So müssen für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa Lösungen gefunden werden, die nicht zu einer weiteren Verschlechterung des ökologischen Zustands der Wasserkörper führen. Zudem wird

eine systematische Verbesserung des Zustands aller Gewässer gefordert. In 3 6-jährigen „Bewirtschaftungszyklen“ sollen diese bis spätestens 2027 in einem „guten“ ökologischen und chemischen Zustand sein. Für Grundwasser ist ein guter mengenmäßiger und chemischer Zustand zu erreichen.

Die WRRL ist damit weltweit ein positives Beispiel für eine moderne Wasserpolitik. Gewässer werden als länderübergreifende Einheiten verstanden, für welche die internationale und nationale Politik Hand in Hand zuständig ist.

### Mangelnder Gewässerschutz in den Bundesländern

Ein Vergleich der Umsetzung der WRRL in den Bundesländern in

Deutschland hat gezeigt, dass in allen Ländern ein großer Handlungsbedarf zur Verbesserung der Gewässer besteht.<sup>1</sup> Dabei wird gegenübergestellt, in welchem Umfang die ökologischen und chemischen Ziele der Oberflächengewässer erreicht wurden, sowie die Ziele für den mengenmäßigen und chemischen Zustand des Grundwassers.

Zu den 3 besten Bundesländern bei der Erreichung der Ziele der WRRL in Deutschland gehören Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Am schlechtesten wurde die WRRL in Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Sachsen umgesetzt.

Gründe für die weitreichende Verfehlung der Ziele der WRRL sind die hohen Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, die flächendeckende Überschreitung der Umweltqualitätsnormen für Schadstoffe wie Quecksilber und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, die fehlende Durchgängigkeit in Fließgewässern und die hydromorphologischen Veränderungen. Schuld sind vielfältige Nutzungsansprüche und eine Verschleppungstaktik der Politik. Zu lange wurde weggesehen, wenn Industrie und Landwirtschaft auf Kosten unse-

res Wassers und der Artenvielfalt wirt-schafteten.

Heute werden bereits 36 Prozent der Grundwasserkörper (GWK) vor allem aufgrund ihrer zu hohen Nährstoffbelastung als „schlecht“ eingestuft. Bei 74 Prozent dieser GWK ist die Nitratbelastung aus der Landwirtschaft die Ursache für die Zielverfehlung. Nach aktueller Einschätzung wird davon ausgegangen, dass sich aufgrund des steigenden Tierbestandes und des Anbaus nachwachsender Rohstoffe auf ehemals brachliegenden Flächen in einigen Regionen Deutschlands der Nitratgehalt im Grundwasser erhöhen wird.

Eine der Hauptursachen für die Belastung der Gewässer mit Quecksilber ist die Verbrennung von Kohle, bei der Quecksilber in die Atmosphäre freigesetzt wird. Durch Niederschläge gelangt dieses dann in die Gewässer.

### Seen und Küsten

Inwieweit die ökologischen Ziele für Seen, Küsten- und Übergangsgewässern erreicht wurden, ist aus verschiedenen Gründen nicht in der Bewertung des Gesamtrankings berücksichtigt: In einigen Bundesländern gibt es keine Seen, die nach der WRRL bewertet werden müssen, in anderen liegen keine Bewertungen für den ökologischen Zustand vor und wieder in anderen keine Einstufungen als „erheblich veränderte“ oder „künstliche Wasserkörper“. 26,3 Prozent von 732 Seewasserkörpern erreichen den „guten“ oder „sehr guten ökologischen Zustand“ bzw. das „gute ökologische Potenzial“.

Nur 5 von 16 Bundesländern sind verantwortlich für Küsten- und Übergangsgewässer. In keinem der betroffenen Bundesländer befindet sich ein solcher Wasserkörper in einem „guten“ oder „sehr guten“ ökologischen Zustand oder Potenzial. Mit Blick auf die unterstützenden Qualitätskomponenten wird deutlich, dass vor allem der Stickstoffgehalt dazu beiträgt, dass die Gewässerbiologie keinen „guten Zustand“ erreichen kann. Bei den Übergangsgewässern ist die Bewertung der Wirbellosen (Makrozoobenthos) für die Zielverfehlung ausschlaggebend. Eine wesentliche Ursache ist hier der Ausbau der Flussunterläufe zu Schifffahrtsstraßen.

Die jahrzehntelange Nutzung der Gewässer unter ingenieurtechnischen Gesichtspunkten hat dazu geführt, dass sich die meisten Gewässer weit von ihrem natürlichen Zustand

entfernt haben. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, weshalb trotz zum Teil erheblicher Anstrengungen vieler Bundesländer die Ziele der WRRL flächendeckend verfehlt werden. Um den Schaden aus der Vergangenheit wieder zu beheben sind daher sehr viele und auch große Maßnahmen notwendig. Allein die Durchgängigkeit der Fließgewässer in der Bundesrepublik ist derzeit durch etwa 200.000 Querbauwerke unterbrochen. In den deutschen Bundeswasserstraßen gibt es mehr als 340 Stauanlagen. Nur in Einzelfällen besteht hier eine ausreichende Fischdurchgängigkeit. Insgesamt ist bei mehr als der Hälfte der Fließgewässer in Deutschland eine Durchgängigkeit erst wiederherzustellen. Anhand dieser Zahlen wird die Größenordnung der Anzahl an notwendigen Maßnahmen allein für die Wiederherstellung der Fischwanderwege deutlich. Weitere Maßnahmen zur Wiederherstellung natürlicher Laichhabitate und Lebensräume sind zusätzlich notwendig.

### Gefahr: Verwässerung durch ‚Fitness Check‘

Für die Erreichung der Ziele der WRRL ist zunächst der politische Wille von Bund und den Ländern die Voraussetzung, damit ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt und die Ziele der WRRL in die Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik aufgenommen werden. Nur mit mehr Anstrengungen – vor allem durch eine Wende in der Landwirtschaft und einen Ausstieg aus der Kohlestromerzeugung – lässt sich der Wasserzustand in Deutschland konkret verbessern.

Doch nicht nur die Zielerreichung und damit die praktische Umsetzung der Richtlinie sollten uns Sorge bereiten. 19 Jahre nach Inkrafttreten steht das EU-Wasserschutzgesetz insgesamt auf dem Prüfstand. Aktuell findet der sogenannte ‚Fitness Check‘ statt, bei dem die Mitgliedstaaten, Industrie- und Umweltverbände, aber auch die Öffentlichkeit eingebunden werden. Dabei droht die Gefahr, dass eine Reform zu einer deutlichen Schwächung des Wasserschutzes führt. So fordert zum Beispiel der Bund der deutschen Industrie (BDI), dass weniger strenge Regeln gelten sollen und Ausnahmeregelungen auch aus wirtschaftlichen Gründen möglich sein sollen.

Und der WWF und andere Umweltverbände? „Finger weg von der Wasserrahmenrichtlinie!“ – Das ist

unsere klare Forderung. Wenn es einem Patient schlecht geht, bringt es schließlich auch nichts, wenn Ärzte die Definition von Krankheit einfach verändern. Daher muss die Richtlinie in ihrer bestehenden Form erhalten bleiben und besser und ambitionierter umgesetzt werden. Umweltverbände und NaturschützerInnen sind sich einig: Die WRRL ist ein gutes Gesetz, dass in der Lage ist, die deutschen und europäischen Seen, Flüsse und unser Grundwasser zu bewahren. Wir brauchen dafür endlich den politischen Willen, die Ziele der Richtlinie zu erfüllen und die dringend notwendigen Schutzmaßnahmen anzugehen. Wer stattdessen über die Aufweichung der WRRL verhandelt, spielt mit der Qualität unserer Gewässer.

Eine breite Allianz verschiedener Organisationen will die Bevölkerung für den Wert naturnaher Flüsse sensibilisieren und in ganz Europa für die Teilnahme an der öffentlichen Befragung zur WRRL mobilisieren. Die EU-Gesetzgebung ist entscheidender Motor für den Schutz unserer Flüsse. Daher ist entscheidend, dass sich möglichst viele EU-BürgerInnen daran beteiligen.



Beatrice Claus

Die Autorin ist Referentin für Ästuar- und Flusspolitik beim WWF Deutschland.

### Den Flüssen und Seen eine Stimme geben:

Sauberes Wasser und lebendige Gewässer sind nicht verhandelbar, sondern ererbte Güter, die geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden müssen. Dafür braucht es einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Auch Sie können uns dabei unterstützen. Machen Sie mit bei der Aktion ‚Protect Water‘ und appellieren Sie an die EU-Kommission, unser Grundwasser, unsere Seen und Flüsse zu schützen! Ihre Stimme für unser Wasser auf [wwf.de/protect-water](http://wwf.de/protect-water).

1 <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Report-Zustand-der-Gewaesser-Deutschland-Langfassung.pdf>.



© Kathy Büscher (CC BY 2.0)

Damit wir auch in Zukunft noch intakte Auen- und Flusslandschaften vorfinden können, muss das Bundesprogramm Blaues Band politisch und finanziell ausreichend gefördert werden.

# BLAUES BAND DEUTSCHLAND

## Auf dem Weg zu einem Biotopverbund?

**Mit dem Blauen Band Deutschland hat die Bundesregierung beschlossen, einen national bedeutenden Biotopverbund an Flüssen und Auen schaffen.<sup>1</sup> Damit wird eine langjährige Forderung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und anderen Umwelt- und Naturschutzverbänden anerkannt: Flüsse sind keine Wasserstraßen, sondern vielfältige Lebensräume, Lebensadern unserer Landschaften, Zentren der Biodiversität, Orte der Ruhe und Erholung. Vorgesehen sind im Bundesprogramm umfangreiche Renaturierungen an den Nebenwasserstraßen sowie die Schaffung von ökologischen Trittsteinen in Kernnetzen, um einen Biotopverbund zu schaffen. Bis intakte Flüsse und ihre Auen durchgängig einen solchen Biotopverbund bilden, ist es noch ein weiter Weg.**

**V**ORBILD FÜR dieses Netz an Lebensräumen ist das Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. 1989 vom BUND initiiert, ist das 1.400 Kilometer lange Grüne Band bis dato der einzige länderübergreifend realisierte Biotopverbund Deutschlands.

### Der besorgniserregende Zustand der Bundeswasserstraßen

Alle größeren Flüsse Deutschlands sind – zumindest in Teilbereichen – Bundeswasserstraßen. Über die letzten Jahrhunderte wurden die Flüsse begradigt, Ufer befestigt, Fahrrinnen vertieft, Teilstrecken aufgestaut. Flüsse wurden nicht mehr als wertvoller Lebensraum betrachtet, sondern als Transportweg. Möglichst viele Gütertonnen ganzjährig verschiffen zu können war das Ziel. So wurden

aus Flüssen Wasserstraßen, und der Begriffswandel prägte auch den Umgang mit diesem einzigartigen Ökosystem.

Die Bundeswasserstraßen bilden im Inland heute ein Verkehrsnetz von rund 7.300 Kilometern. Rund 5.300 Kilometer Flussstrecke sind dabei für das Blaue Band relevant. Künstliche Wasserstraßen wie Kanäle werden überwiegend nicht erfasst, da sie für Renaturierungen nicht geeignet sind. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 unterteilt die Bundeswasserstraßen abhängig vom jährlichen Güterverkehrsaufkommen in Haupt- und Nebenwasserstraßen. Bei Letzteren ist das Transportvolumen unter 600.000 Tonnen pro Jahr – aber oftmals findet bei den Nebenwasserstraßen schon seit Jahrzehnten gar kein Gütertransport mehr statt.

### Zielerreichung Wasserrahmenrichtlinie?

Alle europäischen Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, bis 2015 alle Flüsse und Gewässer in einen guten ökologischen Zustand zu bringen. Deutschland verfehlte dieses Ziel, insbesondere an den Flüssen: Lediglich 7 Prozent erfüllen die Vorgaben, im Bereich der Bundeswasserstraßen sind es noch weniger. Spätestens bis 2027 müssen die Maßnahmen zur Zielerreichung umgesetzt sein. Davon ist man an den Bundeswasserstraßen noch weit entfernt. 18 Jahre nach Verabschiedung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind an den Bundeswasserstraßen die Zuständigkeiten zur Umsetzung dieses wichtigsten europäischen Gewässerschutzgesetzes zwischen Bund und Ländern immer noch nicht vollständig geklärt. Es besteht ein massiver Umsetzungsstau. Der BUND und NABU haben wegen diesem und anderen Rechtsverstößen im Sommer 2017 eine Beschwerde bei der Kommission der Europäischen Union (EU) eingelegt.<sup>2</sup> Ein Gesetz zur Klärung der Zuständigkeiten ist diese Legislaturperiode geplant. Zwar wird die WRRL als „wichtige Säule des Bundesprogramms Blaues Band“<sup>3</sup> bezeichnet, jedoch ist dies nicht Kernziel des Programms. Es muss aber si-

chergestellt werden, dass die Ziele der WRRL rechtzeitig erreicht werden – nur so können auch die Ziele des Bundesprogramms erreicht werden, denn gesunde Gewässer sind essentiell für erfolgreiche Renaturierungen und einen funktionierenden Biotopverbund.

### Die Bedeutung der Auen

Der naturbelassene Fluss bildet mit den bei Hochwasser überschwemmten Auen eine ökologische Einheit. Die damit einhergehende Vielfalt der Lebensräume begünstigt das Vorkommen hochspezialisierter Pflanzen- und Tiergesellschaften. Doch sind unsere großen Flüsse heute durch den Deichbau weitgehend von ihren Auen abgeschnitten. Nach dem 2009 veröffentlichten Auenzustandsbericht des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) sind an vielen Abschnitten des Rheins, der Elbe, der Donau und Oder nur noch 10 bis 20 Prozent der ursprünglichen Auen vorhanden und auch meist stark verändert.<sup>4</sup> Dies hat nicht nur dramatische Verluste der biologischen Vielfalt zur Folge, es gehen auch für die Gesellschaft relevante Ökosystemfunktionen verloren: Naturnahe Auen bieten einen natürlichen Hochwasserschutz, halten Nähr- und Schadstoffe sowie Treibhausgase zurück, liefern Nahrungsmittel und Holz und dienen uns als Raum für Naturbeobachtung, Sport und Erholung.

Durch ihre hohe Dynamik, Standort- und Lebensraumvielfalt und die natürliche Verbundfunktion sind intakte Auen und Flusssysteme Kernraum und Verbundachse zugleich – grünblaue Lebensadern der Biodiversität. Daher spielen Flusslandschaften eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des länderübergreifenden Biotopverbunds, welcher im Bundesnaturschutzgesetz gefordert und im Bundeskonzept Grüne Infrastruktur beschrieben wird. Voraussetzung dafür ist, dass wir in Zukunft Gewässerlauf, Ufer und Auen als Einheit begreifen und unsere Flusslandschaften als ein gesamtes, miteinander verbundenes System betrachten.

### Chance Blaues Band Deutschland

Der Grundstein für das Bundesprogramm Blaues Band wurde bereits in der 18. Legislaturperiode (2013-2017) gelegt: Die Regierungsparteien hatten sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, ein Bundesprogramm ‚Blaues Band Deutschland‘ zu schaffen, um die Renaturierung von Fließgewässern und Auen zu fördern. Das Bundespro-

gramm sieht vor, Fließgewässer, die als Nebenwasserstraßen eingestuft sind, und ihre Auen umfangreich zu renaturieren. An den Nebenwasserstraßen sollen dazu unter Einbeziehung der Öffentlichkeit Entwicklungskonzepte erstellt werden. Aus Umweltverbandsicht wären solche Entwicklungskonzepte auch an Hauptwasserstraßen sinnvoll, auch wenn an diesen nur ökologische Trittsteine entstehen sollen. Zu begrüßen ist, dass nun endlich ökologische Leitbilder in Ausbau und Unterhaltung der Bundeswasserstraßen integriert werden sollen. Dazu ist Deutschland aufgrund der WRRL auch verpflichtet. Zudem wurde im ‚8-Punkteprogramm zur Umsetzung des Blauen Bands‘ festgehalten, dass eine eindeutige Klärung der Zuständigkeiten und Kompetenzen an den Bundeswasserstraßen gesetzlich erfolgt. Wie oben erläutert ist dies, nicht nur für die Umsetzung des Bundesprogramms, sondern auch in Hinblick auf den Umsetzungstau der WRRL, sehr zu begrüßen. Das 8-Punkte-Programm sieht zudem die Einbeziehung der Flächen der öffentlichen Hand und regelmäßige Erfolgskontrollen vor.

Zudem soll ein Fachkonzept Nationaler Biotopverbund Gewässer und Auen erstellt werden und ein nationales Förderprogramm Auen. Was bisher zum Förderprogramm bekannt geworden ist, ist sehr zu begrüßen. So können verschiedene Träger, darunter auch Naturschutzverbände, Förderungen beantragen. Dadurch können Vorstudien bis zu 100 Prozent gefördert werden, das Projekt bis 75 Prozent. Auch ist zu begrüßen, dass Moderation und Öffentlichkeitsarbeit förderfähig sind. Die Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins zur Bedeutung intakter Flusslandschaften sollte essentieller Bestandteil jedes Projekts sein. Auch wäre wünschenswert, wenn bei der Projektauswahl darauf geachtet werden würde, dass (zumindest in der Summe der Projekte) klar quantifizierbare Verbesserung der Auen nachweisbar sind. Dafür ist wichtig, dass eine Ex ante- und eine Ex post-Evaluation des Zustands erfolgt. Förderfähig sollten auch die anschließenden Pflegemaßnahmen nach Beendigung des Projekts sein.

### Ausblick

Nächstes Jahr werden 30 Jahre Grünes Band gefeiert. Was erhoffen wir uns von einer 30 Jahre-Blaues Band-Feier?

Das Bundesprogramm wird dann kurz vor seinem prognostizierten

Abschluss 2050 stehen, aber wegen seines großen Erfolgs fortgeführt werden. Die Gewässerqualität hat sich in der Zeit stark verbessert, da der Bund, aber auch die Länder und die EU eingesehen haben, dass nur mit umfangreichen Sofortmaßnahmen die Ziele der WRRL erreicht werden können. Dies war essentiell für die Umsetzung des Bundesprogramms, denn Renaturierungsmaßnahmen zeigen nur Erfolg, wo auch das Umfeld – bspw. Nährstoffbelastung, Schadstoffbelastung, Verbauungen flussauf und -abwärts, stimmen. Aber nicht nur Flora und Fauna profitieren, sondern auch die Menschen, z. B. durch unbesorgtes Badevergnügen und naturverträgliche Naherholung. Der Widerstand gegen Deichrückverlegung ist verschwunden, wie auch die Erfolge bei Hochwasser allgemein sichtbar werden. Diskussionen über einen unnötigen Flussausbau, wie wir sie bspw. heute noch an der Elbe erleben, wurden rasch ad acta gelegt. Die Bundeswasserstraßen entwickelten sich wieder zu Flüssen und sind als solche wieder in das Zentrum des Lebens der Menschen gerückt.

Damit es so weit kommen kann, braucht das Bundesprogramm ausreichende und konstante Unterstützung – politisch wie finanziell. Es geht jetzt darum, die ersten Projekte anzustoßen und die Menschen mitzunehmen.



Laura von Vittorelli

Die Autorin arbeitet beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) als Leiterin der Gewässerspolitik.

- 1 [https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/WS/blauess-band-broschuere-bundesprogramm.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/WS/blauess-band-broschuere-bundesprogramm.pdf?__blob=publicationFile).
- 2 <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/umweltverbaende-bund-und-nabureichen-beschwerde-bei-der-eu-kommission-ein-deutsche-planungen-zum-ge/>.
- 3 [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Binnengewasser/bundesprogramm\\_blaues\\_band\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/bundesprogramm_blaues_band_bf.pdf).
- 4 <https://www.bfn.de/themen/gewaesser-und-auenschutz/bundesweiter-auenschutz/auenzustand.html>.



© Lars Riske (BY-NC 2.0)

Der Binnenschiffahrt sind bisher rund 80 Prozent sämtlicher Flussauen in Deutschland geopfert worden und diese Entwicklung reißt nicht ab.

# BINNENSCHIFFFAHRT JA, ABER WO UND WIE?

## Über ökologische Grenzen und ökonomische Fehlinvestitionen

**Die Binnenschiffahrt genießt den Ruf, ein ökologisches, sauberes und kostengünstiges Transportmittel zu sein, das die Straßen vom überbordenden LKW-Verkehr entlasten und den Gütertransport weit billiger als die Bahn erledigen könne. Aus diesem Grund wird sie auch seitens der Regierung als ökologische Alternative proklamiert und finanziell gefördert. Diese hartnäckig verbreitete Ansicht hält jedoch weder einer Prüfung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit noch der ökologischen Verträglichkeit stand. Die seit Jahrzehnten in Richtung Ausbau betriebene „Flusspolitik“ bedarf einer umfassenden Revision, bei der sich die verkehrlichen Belange der Binnenschiffahrt neben der Ökologie als ein Baustein einzuordnen haben.**

**I**N DER Politik gilt das Binnenschiff als das umweltfreundlichste Verkehrsmittel, dem am liebsten der gesamte Transport anvertraut werden würde. Gerade die rot-grüne Regierung war es, die 2001 mit ihrem Antrag „Potenziale im Wasserstraßentransport umwelt- und naturverträglich nutzen, Intermodalität stärken“ im Bundestag den Ausbau der Binnenwasserstraßen als Ausweg aus dem immer stärker werdenden LKW-Transportverkehr nutzen wollten. Statt sich um Verkehrsvermeidung, weniger Umweltbelastung, weniger Ressourcenverbrauch und weniger Energieverbrauch zu kümmern, ging auch in diesem zentralen Bereich der Politik jegliches Maß verloren. Die

Steigerung des Transportverkehrs wurde zum Maß aller Dinge erklärt. So hieß es im Antrag: „Jede Tonne, die statt auf der Straße umweltschonend und ökonomisch effizient auf dem Wasserweg transportiert wird, ist ein Beitrag zur Engpassbeseitigung auf unseren Straßen“.

### Aus ökologischer Sicht untragbar

Nicht berücksichtigt wird, wie massiv der ständige Ausbau und vor allem der Bau von neuen Wasserstraßen in unsere Flusslandschaften eingreifen und sie ökologisch zumeist irreversibel zerstören. Durch die Begradigung mit Verkürzung des Flusslaufes, den Bau von Staustufen und Uferbefestigungen werden Auenlandschaften

zerstört, aus dem „ökologischen Rückgrat unserer Landschaften“ werden zu Kanallandschaften degradierte Staustufengewässer. Heute sind nicht einmal mehr 10 Prozent der Flüsse und Flussauen Deutschlands als natürlich oder naturnah zu bezeichnen.

Eine Kanalisierung unserer Flüsse macht weder ökonomisch noch ökologisch Sinn. Die bisherige Verkehrspolitik hat immense Flächen und Ressourcen verbraucht und ökologisch intakte Landschaften unwiederbringlich zerstört. Trotz gewachsenen Wissens über ökologische Zusammenhänge sollen auch weiterhin noch vorhandene, relativ naturnahe Fließgewässer verbaut werden. Der Binnenschiffahrt sind bisher rund 80 Prozent sämtlicher Flussauen geopfert worden und diese Entwicklung reißt nicht ab. Wertvolle Biotope sind so verloren gegangen, und die Auswirkungen auf den Lebensraum vieler vom Aussterben bedrohter Pflanzen- und Tierarten der Flusslandschaften sind vielerorts irreversibel. Die Umgestaltung der Flussläufe hatte überregionale Auswirkungen auf die Regulation des Wasserhaushaltes, die



Wasserqualität und das Grundwasser. Die zunehmenden Überschwemmungen an den Unterläufen der Flüsse sind weitgehend ein direktes Produkt dieser Eingriffe. Im Wertesystem unserer Gesellschaft ist offensichtlich kein Bewusstsein darüber vorhanden, dass Flüsse die Lebensadern unseres Planeten sind. Anders ist es nicht zu erklären, dass alle anderen Belange wie Naturschutz, Erholung, Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz etc. der Zweckbestimmung als Wasserstraße untergeordnet werden. Die Forderung nach dem Schutz wertvoller Lebensräume im Ausland, wie z. B. den tropischen Regenwäldern, ist mittlerweile schon fast ein Selbstverständnis. Andererseits sind wir aber in unserem eigenen Land nicht in der Lage, unsere letzten wertvollen Biotope vor Zerstörung zu schützen.

### Energieintensiv und schmutzig

Aber auch andere Nachteile und Schäden an Natur und Mensch, die durch den Schiffverkehr entstehen, wurden bisher kaum thematisiert. Dass die meisten Schiffe mit ihren Dieselmotoren ebenso den gefährlichen Dieselruß (Black Carbon) neben anderen Dieselabgasen ausstoßen, während die LKWs mittlerweile mit Dieselrußfilter entgiftet werden, gerät immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Zunehmend verlangen Hafencities, die Dieselmotoren der „Touristenflotte“ während der Liegezeiten im Hafen abzuschalten und die notwendige Stromenergie für die Gesamtversorgung von Licht über Kühlung, Heizung bis hin zu Küche und Wasserversorgung über das Kabel eines Hafenschlusses geliefert zu bekommen. Ähnlich wie die Luxusdampferflotte wehren sich die Binnenschiffer gegen diese eigentlich schon längst fällige Maßnahme mit dem Argument der „zu hohen Kosten“, das auch von den VerkehrslobbyistInnen gerne aufgegriffen wird.

Binnenschifffahrt muss – wie jeglicher Verkehr – billig sein, damit die Transportkosten möglichst niedrig bleiben. Diesem Prinzip dient auf der einen Seite die bewusste Parallelförderung von Straße, Schiene und Schifffahrtsstraße, wie sie von der damaligen Bundesregierung beschlossen und als erwünschtes Ziel ihrer Milliardensubventionen für den Ausbau der Verkehrswege ausgegeben wurden. Auch das „Ausflaggen“ der Schiffe, das Fahren unter der Flagge von Ländern, die wie bei den „Steuer-

oasen“ keine oder kaum Steuern verlangen, verschafft den BesitzerInnen darüber hinaus noch den Vorteil, Besatzungen meist aus Drittländern mit Billigstlöhnen anwerben zu können. Beides dient nicht nur der Profitmaximierung, sondern gleichzeitig der Verbilligung des Transports.

Absicht dieser Politik ist, dass die wahren Kosten des Transports, ebenso wie die Kosten bei den ökologischen Schäden, wie auch bei der Ausbeutung der Arbeitskraft im Sozialdumping externalisiert bleiben, d. h. sich nicht im Preis des Endprodukts wiederfinden. So erzeugt das System der Globalisierung GewinnerInnen, die sich um die Folgen für Mensch, Natur oder Klima nicht kümmern (müssen) und VerliererInnen, die die externalisierten Folgekosten in diesem ausgeklügelten System auszubaden haben.

Der parallele Ausbau dreier miteinander konkurrierender Verkehrsträger ist weder ökologisch noch volkswirtschaftlich vertretbar, weil er den Transport auf Kosten der Allgemeinheit verbilligt und dadurch immer mehr Verkehr erzeugt. Dieses System muss durchbrochen werden. Eine verantwortungsbewusste, den folgenden Generationen verpflichtete Verkehrspolitik bedeutet in erster Linie Verkehrsvermeidung.

### Auch ökonomisch nicht immer rentabel

Ökonomisch gesehen ist der Bau eines Kanals, der, wie der wie am Rhein-Main-Donau-Kanal, mit riesigen Hebewerken Schiffe über den fränkischen Jura transportiert, nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer Unsinn. Statt Milliarden Euro teure Schiffshebewerke, Staudämme und Hunderte Kilometer Flussdeiche zu bauen, sollte der Transport der Massengüter auf die bereits vorhandene und umweltfreundliche Schiene verlagert und so die Auslastung der Bahn erhöht werden.

Zudem ist der Langdistanztransport vom Hafen Amsterdam nach Südeuropa auf dem Seeweg über das Mittelmeer schneller, billiger und verursacht weniger ökologische Schäden.

Die Begradigung und Kanalisierung der Flüsse für die Schifffahrt führt zu schnellerem und verstärktem Abfluss des Wassers. Zusätzlich ist die Kompensation des Hochwassers durch die Zerstörung der Auen verloren gegangen, was, wie wir es in den vergangenen Jahren erlebt haben, zu einer verstärkten Hochwassergefähr-

dung für die Unteranlieger führt und enorme volkswirtschaftliche Schäden verursacht.

### Binnenschifffahrt ja, aber wo?

Die deutsche Binnenschifffahrt benutzt zurzeit rund 7.300 Kilometer Bundeswasserwege. Jedoch wird die Masse der Transportmenge auf den Unterläufen der großen europäischen Ströme bewegt. So beträgt der Güterverkehrsanteil allein von der Mündung bis zum Oberlauf des Rheins ca. 80 Prozent des gesamten Frachtaufkommens Deutschlands. Dort sind die ökonomischen und mit Abstrichen auch die ökologischen Bedingungen gegeben. Die restlichen 20 Prozent des Frachtaufkommens verteilen sich mit nennenswerten Transportmengen auf die übrigen Binnenwasserstraßen wie Donau, Main und marginal die Elbe. Aber auch hier entfällt der Löwenanteil des Frachtaufkommens auf eine kurze Strecke vom Seehafen Hamburg bis Geesthacht. Der Transport auf den Mittel- und Oberläufen der deutschen Wasserstraßen bleibt meist in marginalen Grenzen.

Der Verkehrsnutzen des Wassertransportes an den Mittel- oder gar Oberläufen unserer Flüsse, insbesondere dort, wo es gilt, die Wasserscheiden in den deutschen Mittelgebirgen zu überwinden, geht gegenüber der Alternative Bahn fast gegen Null. Am Rhein-Main-Donau-Kanal zwischen Nürnberg und Kehlheim ist kaum Transportbewegung zu beobachten, Ausflugsdampfer und Sportboote bestimmen das tägliche Bild. Dafür unsere Fließgewässer zu opfern, ist unverantwortliche Politik und muss eingestellt werden.

Anstatt dass weitere Ausbaupläne für Verkehrswege in Erwägung gezogen werden, muss mit allen Mitteln das stetige Anwachsen des Güterverkehrs in Europa gestoppt werden, um weiteren Flächenverbrauch, weitere massive Eingriffe in die sensiblen Flusssysteme und das immense Anwachsen der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verhindern.



Sebastian Schönauer

Der Autor ist Sprecher des BUND AK Wasser und stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern, sowie Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings.



## VERMINDERUNG DER NÄHRSTOFFBELASTUNG

Zentrales Thema für Flussgebietsmanagement, Trinkwasserversorgung und Meeresschutz  
GRÜNE LIGA – Netzwerk ökologischer Bewegungen (11/2016)

Die Überfrachtung der Landschaft mit Nährstoffen (Überdüngung) durch die landwirtschaftliche Praxis ist seit Jahrzehnten eines der gravierendsten Umweltprobleme in Deutschland. Am augenfälligsten gilt dies für Flüsse und Seen, Küstengewässer und Meere. Aber auch Landlebensräume werden durch Nährstoffeinträge stark beeinträchtigt und verarmen in ihrer Artenvielfalt. Da aber eu-

ropäische Ziele zur Nährstoffreduktion in der Landwirtschaft aktuell weit verfehlt werden, ist der „gute Zustand“ in Flüssen, Seen und Küstengewässern (Wasserrahmenrichtlinie) sowie im Grundwasser (Grundwasserrichtlinie) überwiegend nicht zu erreichen.

Download unter: [http://www.wrrl-info.de/docs/naehrstoffe\\_fgm\\_EBOOK.PDF](http://www.wrrl-info.de/docs/naehrstoffe_fgm_EBOOK.PDF)



## ALLES IM FLUSS?

Bund für Umwelt- und Naturschutz (06/2018)

Seit Jahrtausenden bieten Fließgewässer einen einzigartigen Lebensraum für eine Vielfalt von Tieren und Pflanzen. Für uns Menschen dienen sie zudem als überlebenswichtige Quellen für Trinkwasser und die Lebensmittelproduktion, aber auch als faszinierende Ausflugsziele und Erholungsparadiese, die Ruhe und Entspannung bieten. Doch Schifffahrt und Einträge aus der Landwirtschaft und Industrie

bedrohen unsere Flussökosysteme. Die Onlinepublikation gibt allgemeine Hintergrundinformationen zu Flüssen und Ratschläge, was Sie machen können, um Flüsse zu retten.

Download unter: [https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/fluesse/fluesse\\_gewaesser\\_wasser\\_broschuere.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/fluesse/fluesse_gewaesser_wasser_broschuere.pdf)



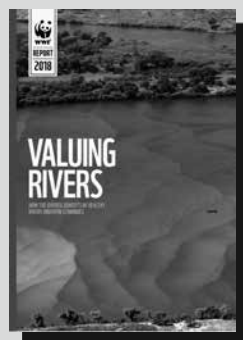
## SCHMUTZIGE GESCHÄFTE MIT WASSER

Wie Siemens und Voith ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei Staudammprojekten verletzen  
Oxfam, Gegenströmung (05/2015)

Staudammprojekte stoßen häufig auf Widerstand, weil Menschenrechte verletzt, Existenzgrundlagen zerstört oder wertvolle Ökosysteme überschwemmt werden. Siemens und Voith spielen eine unrühmliche Rolle in diesem Wasserkraft-Geschäft. Die Konzerne sind mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie Honduras, Brasilien, Kolumbien und China, weil sie unter anderem Turbinen für Wasserkraftprojekte liefern, die mit Zwangsumsiedlungen, Gewalt und Mor-

den durchgesetzt werden. Die menschenrechtliche Verantwortung deutscher Unternehmen im Ausland muss endlich gesetzlich geregelt werden. Mit dem Nationalen Aktionsplan ‚Wirtschaft und Menschenrechte‘ kann die Bundesregierung zeigen, wie ernst sie es mit dem Menschenrechtsschutz meint.

Download unter: [https://www.oxfam.de/system/files/factsheet\\_schmutzige\\_geschaefte.pdf](https://www.oxfam.de/system/files/factsheet_schmutzige_geschaefte.pdf)



## VALUING RIVERS

How The Diverse Benefits Of Healthy Rivers Underpin Economies  
WWF Report (2018)

Gesunde Flüsse können die gravierenden Auswirkungen von Wetterextremen wie Starkregen und Dürreperioden abmildern. Dass Flüsse weitaus mehr leisten als bisher allgemein bekannt, zeigt der Report ‚Valuing Rivers‘. Der WWF sieht die europäische Politik in der Pflicht: Nach einer Untersuchung der EU-Umweltagentur aus dem Juli 2018 befinden sich nur 8,4 Prozent der deutschen Oberflächengewässer in einem „guten öko-

logischen“ Zustand. EU-weit liegt der Wert immerhin bei 40,6 Prozent. Deutschland und Europa müssten den Gewässerschutz endlich ernst nehmen und die Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen, so die Forderung des WWF.

Download unter: <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/publikationen-PDF/WWF-Report-Valuing-Rivers.pdf>

# COP24 IN KATTOWITZ

## Klimapolitische Spurensuche im Herz des polnischen Kohlereviere

**Die Stadt Kattowitz bietet beinahe den perfekten Gegenpol für die Wünsche an unsere Welt, die im Rahmen der Klimaverhandlungen zum Ausdruck gebracht werden. Die Region und das gesamte Land sind fest im Griff der Kohleindustrie. In und um Kattowitz sind noch immer 80.000 Bergleute im Steinkohlebergbau beschäftigt. 84 Prozent des in Polen erzeugten Stroms werden mit Braun- und Steinkohle gewonnen. Die Luft ist die schmutzigste im EU-weiten Durchschnitt, auch durch die vielen Kohleöfen in Privathaushalten. Die Beharrlichkeit von fossiler Energieversorgung hätte der Weltgemeinschaft kaum anschaulicher vorgeführt werden können.**

**D**IE LUFT ist tatsächlich das Erste, das die meisten BesucherInnen der Klimakonferenz bemerken. Ob sie nun für einige nach Rückständigkeit „stinkt“<sup>1</sup> oder nur nostalgische Gefühle an ein Berlin der 1980er und 90er Jahre weckt, ist sie doch eine ständige Erinnerung an die Lebensbedingungen, die in dieser Region von Polen die Gesellschaft und den Alltag prägen. Selten hat sich die Arbeit und das persönliche Engagement für den Klimaschutz realitätsfremd angefühlt. Gleichzeitig macht diese Einbettung einen Umstand umso deutlicher: Die Klimaschutzagenda kann nur Wirkung entwickeln, wenn es gelingt, eine Brücke zu den BürgerInnen und ihren Sorgen im Alltag zu schlagen.

### Die Aliens sind gelandet

Für Außenstehende muss die Klimakonferenz wie eine bedrohliche Invasion anmaßen. Nicht ganz unpassend, dass Teile des Konferenzentrums an ein abgestürztes UFO erinnern. Um den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der 30.000 Teilnehmenden auszugleichen, wird die staatliche Forstagentur gleich 6 Millionen neue Bäume anpflanzen. Drinnen ist von dieser Naturnähe wenig zu spüren. In dem riesigen Areal aus klimatisierten Zelten, 1960er Jahre-Veranstaltungshallen und nagelneuen, tiefschwarzen Kongressräumen (ja die Kohle nicht vergessen) rückt die Außenwelt in weite Ferne. Gestresst werden auf langen Veranstaltungslisten die richtigen Räume identifiziert, verzweifelt die Ecken nach den letzten Steckdosen abgesucht, und hitzig über die Enttäuschungen des Tages diskutiert, natürlich in von IKEA gesponserten Sitzarrangements.

### Arbeitsprogramm klar gestrickt

Inhaltlich geht es ums Eingemachte. Auf dem Arbeitsplan stehen die

vielfältigen und komplexen Details, Mechanismen und Instrumente, die das Pariser Klimaabkommen erst lebendig machen sollen. Vor der Tür ist die Botschaft jedoch einfach: Klimaschutzabkommen führten bisher nicht zur erhofften Trendwende in nationalen Politikentscheidungen. Auch die deutsche Delegation hat das erhoffte Datum zum Kohleausstieg leider nicht im Gepäck. Passend dazu erhielt Deutschland vor Ort den Negativpreis der internationalen Zivilgesellschaft: das ‚Fossil des Tages‘. Das ‚Fossil des Tages‘ zeichnet Länder aus, die durch mangelhaften Klimaschutz auf sich aufmerksam machen. Ein wichtiges offizielles Argument für die Verzögerung von dringend geforderten Umbauprozessen ist immer wieder eins: die Arbeitsplätze.

### Klima und die soziale Frage

Bereits bei dem Versuch, eine Klimaabgabe für Kraftwerke in Deutschland einzuführen, waren die „100.000 Arbeitsplätze“, die direkt und indirekt vom Kohlesektor abhängen, das wichtigste Argument in der Blockade dieses neuen Klimaschutzinstruments. Ob diese Zahl nun stimmen mag oder nicht, die Debatten um Klimapolitik sind damals wie heute eng an deren sozio-ökonomischen Auswirkungen gebunden. Unter der Überschrift „Just Transition“ (gerechter Übergang) wurde dieser Ansatz zu einer der wichtigsten Überschriften für die Klimaverhandlungen in Kattowitz. Unsere Umweltministerin bekräftigt dieses Vorgehen kurz vor der Konferenz: „Wir müssen einen Veränderungsprozess in Gang setzen, der die richtigen klimapolitischen Weichen stellt und gleichzeitig die legitimen Interessen der Beschäftigten berücksichtigt“.<sup>2</sup>

Umwelt und Entwicklung zusammen denken? Sicherlich kein falscher Ansatz. Aber ob das bedeuten muss, dass die klimapolitische Verantwortung der Industrieländer gleichzusetzen ist mit der sozialen Abfederung für einzelne Branchen, deren MitarbeiterInnen (und Gewerkschaften) nicht erst seit gestern wissen, dass ihnen weitreichende Umstrukturierungsprozesse bevorstehen? Viel schwerwiegender ist vielleicht die Aussicht, dass unter dem Deckmantel von progressiv anmutenden Begrifflichkeiten wie „Just Transition“ (Gerechter Übergang) konservative Kräfte eine wunderbare Legitimation gefunden haben, Klimaschutzmaßnahmen weiter zu verschleppen. Am Ende lässt sich fragen, ob der Kampf nicht schon lange verloren ist, wenn auf großer Bühne soziale und umweltpolitische Forderungen gegeneinander ausgespielt werden. Angesichts der globalen Dringlichkeit muss klar sein, dass der Stein für sofortigen und wirkamen Klimaschutz in Kattowitz ins Rollen gebracht werden muss, ohne dass alle (potenziellen) sozialen Konsequenzen und Herausforderungen im gleichen Atemzug gelöst werden können.

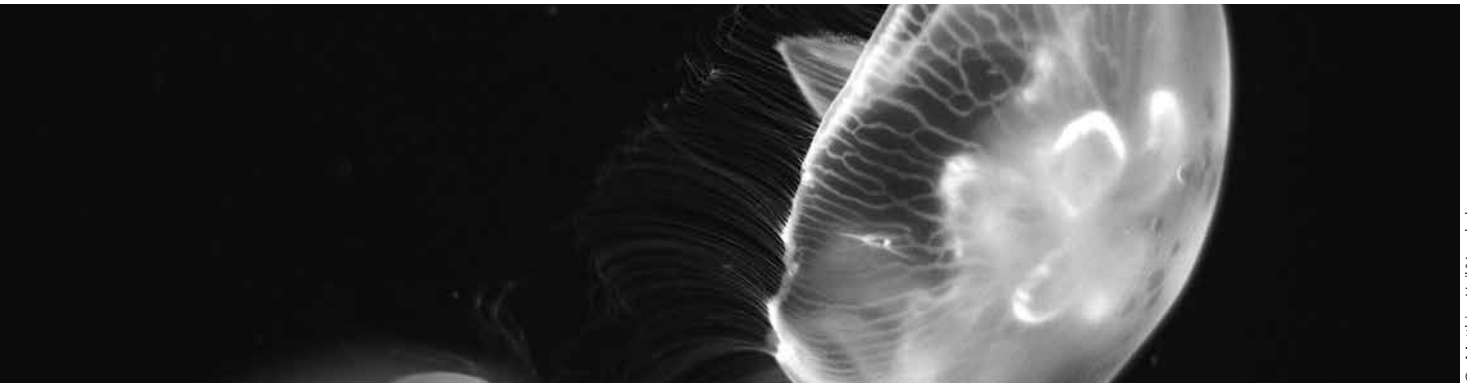


Elisabeth Staudt

Die Autorin ist Referentin für nationale Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

<sup>1</sup> [https://twitter.com/Hermann\\_Ott/status/1071009466697560065](https://twitter.com/Hermann_Ott/status/1071009466697560065).

<sup>2</sup> <https://www.bmu.de/rede/rede-von-svenja-schulze-anlaesslich-der-bevorstehenden-24-un-klimakonferenz-im-polnischen-katowice/>.



© Matthias Heil/Unsplash

Um den Schutz biologischer Vielfalt auf Hoher See zu gewährleisten, müssen für alle Staaten verbindliche Schutzzonen errichtet werden, die menschliche Aktivitäten in diesen Gebieten reglementieren.

# EINMAL MEERESRETTUNG, BITTE!

## Verhandlungsbeginn für ein neues Abkommen zum Artenschutz auf der Hohen See

**Die Nutzung der Hohen See wird durch eine Reihe von Konventionen geregelt – beispielsweise zur Schifffahrt, zum Einbringen von Stoffen und zur Fischerei. Derzeit verhandelt die Internationale Meeresbodenbehörde außerdem über ein Regelwerk zum Abbau mineralischer Rohstoffe aus der Tiefsee. Was fehlt ist ein für alle Staaten geltendes Instrument zum Schutz der Lebensräume und Artenvielfalt in der Hohen See. Das soll sich mit einem neuen Abkommen der Vereinten Nationen (UN) ändern.**

**M**EERE BEDECKEN rund 70 Prozent der Erdoberfläche. Sie spielen eine wesentliche Rolle bei der Regulierung des Weltklimas und tragen maßgeblich zur Ernährungs- und Einkommenssicherung der Weltbevölkerung bei. Und doch nimmt die Bedrohung der Meeresumwelt rasant zu – sei es Plastikmüll, Versauerung, Klimawandel, Überfischung oder Belastung durch den Schiffverkehr.

Der Schutz der Weltmeere vor den Auswirkungen all dieser zerstörerischen Aktivitäten ist eine der größten Herausforderungen der Menschen und nicht umsonst in den Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) der UN verankert. Doch nicht nur die Vielzahl der Probleme und Ursachen gestalten dieses Unterfangen als sehr schwierig. Auch die Rechtslage verhindert bisher eine effiziente internationale Zusammenarbeit. So gibt es bis jetzt beispielsweise keine rechtliche Verpflichtung, bei Aktivitäten in der Hohen See eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Auch der Zugang zu genetischen Ressourcen der Meereslebewesen und deren Nutzung sind nicht reguliert. NaturschützerInnen sprechen von einem rechtlichen Niemandsland, in dem eigentlich alles geht, ohne Rücksicht auf Umwelt und Mensch.

### Seerecht regelt Nutzung, aber nicht Schutz

Staaten können die Nutzung und den Schutz der Meere lediglich in ihren Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ), die bis zu 200 Seemeilen vor ihren Küsten hinausreichen, selbstständig regeln. In der Hohen See, den zwei Dritteln der Ozeane außerhalb der Hoheitsgebiete von Staaten, greifen nationale Gesetze nicht. Doch auch internationale Regulierungen für die Hohe See sind unzureichend, da das Seerechtsübereinkommen der UN (UNCLOS) lediglich die Nutzung der Meere und ihrer Ressourcen regelt. Umweltschutz oder Schutz der biologischen Vielfalt ist in UNCLOS nur unzureichend rechtlich ausbuchstabiert.

Um die Weltmeere schützen zu können, müssten weite Teile der Hohen See unter einen Schutzstatus gestellt und menschliche Aktivitäten (z. B. Fischerei oder Schifffahrt) verringert oder reglementiert werden. Bisher existieren weltweit bereits 9 Meeresschutzgebiete in der Hohen See,<sup>1</sup> doch diese sind nicht für alle Staaten verbindlich. Das South Orkneys-Meeresschutzgebiet im Südpolarmeer beispielsweise, das 2010 von der Kommission zum Erhalt der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) eingerichtet wurde, als erstes komplett in der Hohen See liegt und in dem vor allem Fischerei stark reglementiert wird, ist lediglich für die 25 Vertragspartner rechtsverbindlich.

### Nach 10 Jahren beginnen Verhandlungen

Die Forderung einer Ergänzung von UNCLOS durch ein gesondertes Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt in der Hohen See existiert schon seit mehr als 10 Jahren. Mit der Rio+20-Konferenz 2012, der Verabschiedung der SDGs und Resolutionen der UN-Generalversammlung 2015 und 2017 wurden Verhandlungen für ein neues internationales, rechtlich bindendes Instrument zur Erhaltung der biologischen Vielfalt der Meere in den Gebieten außerhalb nationaler Gerichtsbarkeit (Biodiversity Beyond

National Jurisdiction, BBNJ) in die Wege geleitet. Die Verhandlungen greifen dabei auch bereits bestehende, aber unverbindliche UN-Abkommen auf, wie die Aichi-Ziele der Biodiversitätskonvention (CBD), die 2020 auslaufen und eigentlich bis dahin mindestens 10 Prozent der Meeresfläche zu Schutzgebieten erklärt haben wollen.

Im September 2018 begann die erste zwischenstaatliche Verhandlungsrunde des BBNJ-Abkommens. Bis 2020 soll es voraussichtlich fertiggestellt werden und 4 Elemente beinhalten: 1. den Zugang zu genetischen Ressourcen einschließlich Vorteilsausgleich (sprich eine gerechte Beteiligung an ihrem Nutzen); 2. gebietsbezogene Maßnahmen einschließlich Meeresschutzgebieten; 3. Umweltverträglichkeitsprüfungen, und 4. den Aufbau von Kapazitäten und Transfer von Meerestechnologie.

### Wie eine Paris-Erklärung für die Meere

Viele zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Organisationen setzen große Hoffnungen in das Abkommen. Bereits jetzt wird seine Relevanz für die Meeresumwelt mit der Paris-Erklärung für das Klima verglichen – jedoch mit einem signifikanten Unterschied. Da es sich bei UNCLOS um ein völkerrechtlich bindendes Abkommen handelt, wird eine Ergänzung von UNCLOS ebenfalls rechtlich bindend sein. Inwiefern ein starkes Abkommen im derzeitigen multilateralen Klima verhandelbar ist, muss sich allerdings zeigen. Russland und die USA, 2 im Multilateralismus und der internationalen Meerespolitik sehr relevante Akteure, haben bereits angekündigt, dass sie das Abkommen nicht unterstützen, aber auch keinen Widerstand dagegen leisten werden. Da die USA UNCLOS nicht ratifiziert haben, ist unklar, was das genau bedeuten wird.

So oder so werden die Verhandlungen nicht einfach werden. Meinungen von Staaten bezüglich der Schärfe von Schutzkriterien gehen sehr weit auseinander. Denn ein solches Abkommen wird massiv auf Nutzungsinteressen in der Hohen See stoßen. Dies gilt insbesondere für Bereiche wie Fischfang und Schifffahrt.

Obwohl zahlreiche große Fischfangnationen der Welt, darunter Island, Japan und Südkorea, ihre Unterstützung für das Abkommen signalisiert haben, sind diese natürlich wenig an einer weiteren Einschränkung von Fischgründen interessiert.

Genauso werden Staaten – und Industrie – wenig Begeisterung für eine Begrenzung globaler Handelsrouten der gut 40.000 Containerschiffe auf den Weltmeeren zeigen. Auch zeichnet sich ab, dass die Nutzung und Verteilung des Gewinns aus genetischen Ressourcen ein heißes Verhandlungsthema sein wird. Während die G77 einen gerechten Verteilungsmechanismus fordern, wollen andere das Thema eher nicht antasten, auch in Erinnerung an die schweren Verhandlungen bei der CBD zu diesem Thema. Und schließlich spielen Bemühungen, das Walfangverbot zu lockern und weitere Zufluchtsstätten für Wale zu verhindern, wie es zuletzt im September erneut von Japan durch eine Resolution bei der Internationalen Walfkommission versucht wurde, in die Verhandlungen mit hinein.

### Wettrennen mit den Verhandlungen zu Tiefseebergbau

Besondere Brisanz wird der Zusammenhang zwischen den Verhandlungen der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA) zu Tiefseebergbau haben. Staaten, die Tiefseebergbau befürworten und vorantreiben, werden wohl kaum an einer Beeinflussung der ISA-Verhandlungen interessiert sein, insbesondere im Hinblick dessen, dass die abzubauenen mineralischen Ressourcen in der Hohen See oft in den Gebieten mit besonders hoher Artenvielfalt liegen. Genau hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Denn mit Tiefseebergbau wird die Biodiversität der Meere unwiderruflich geschädigt werden, mit einem BBNJ-Schutzabkommen Tiefseebergbau deutlich eingeschränkt. Die Verhandlungen bei der ISA und zum BBNJ widersprechen sich im Kern also grundlegend – und das obwohl es klare Überschneidungen bei den verhandelnden Staaten gibt. Es ist somit ein gewisser Verhandlungswettbewerb entstanden, welches Abkommen das andere einschränken wird – zumal beiden Verhandlungsprozessen 2020 als gewünschtes Verabschiedungsdatum vorliegt, was natürlich kein Zufall ist. Sollten erste Testbergbauversuche neben mineralischen Vorkommen auch genetisch wertvolle – weil beispielsweise in der Pharmazie verwertbare – Ressourcen auf den Erzen finden, wird es noch komplizierter werden. Denn das spielt in die BBNJ-Verhandlungen hinein und wird weitere IndustrieakteurInnen auf den Plan rufen.

### Deutschland will ein starkes Abkommen, verhandelt aber auch für Tiefseebergbau

Deutschland positioniert sich in der Verhandlung klar für die Einrichtung eines starken Abkommens. Inwiefern sich aber hier die grundlegende Befürwortung eines solchen Abkommens in den jeweiligen Verhandlungsdetails wiederfinden wird, wird sich zeigen. Denn zum einen spricht die Bundesregierung in den meisten UN-Verhandlungen nicht alleine, sondern die Europäische Union (EU) bezieht gemeinsam Position. Insbesondere die Interessen von europäischen Fischfangnationen werden die Stimme der EU beeinflussen. Darüber hinaus verfolgt die EU mit ihrer Blue Economy-Strategie die Erschließung der Meere für die wirtschaftliche Nutzung.

Darüber hinaus ist Deutschland ebenfalls an den Verhandlungen in der ISA über ein Regelwerk zum Tiefseebergbau beteiligt. Hier spricht die Bundesregierung zwar immer wieder davon, dass möglichst hohe Umweltstandards die zentrale Verhandlungsposition seien. Ob dies wirklich einhaltbar ist, wie sich diese genau ausgestalten und was im Falle eines schwachen Verhandlungsergebnisses geschieht, ist allerdings offen.

Eine spannende Zeit für die internationale Meerespolitik ist angebrochen, bei der es aber auch um verdammt viel geht.



Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 Pelagos Sanctuary im Mittelmeer, South Orkneys Marine Protected Area im Südpolarmeer, Netzwerk von Meeresschutzgebieten in der Hohen See: Charlie-Gibbs South MPA (146.030 Quadratkilometer), Milne Seamount Complex MPA (20.900 Quadratkilometer), Mid-Atlantic Ridge north of the Azores High Seas MPA (93.570 Quadratkilometer), Altair Seamount High Seas MPA (4.380 Quadratkilometer), Antialtair High Seas MPA (2.800 Quadratkilometer), Josephine Seamount Complex High Seas MPA (19.360 Quadratkilometer), Charlie-Gibbs North High Seas MPA (177.000 Quadratkilometer).



Am 5. November 2018 protestierte LobbyControl mit 40 AktivistInnen gegen das EU-Japan-Handelsabkommen JEFTA in Brüssel und übergeben den EU-Abgeordneten Unterschriften einer Onlinepetition.

© Lode Saidane/LobbyControl (BY-NC 2.0)

# NICHTS GELERNT AUS TTIP

## Über die anstehenden Handelsabkommen der EU mit Japan, Singapur und Vietnam

**Bis zu 3 Handelsabkommen könnte das EU-Parlament noch vor den Wahlen ratifizieren, 2 davon werden von Investitionsabkommen begleitet. Die Abkommen mit Japan, Singapur und Vietnam sind kaum besser als TTIP und CETA, das gefährden Mensch, Umwelt und Demokratie.**

**W**ER ERINNERT sich nicht an die Großdemonstration am 15. Oktober 2015 in Berlin? Eine Viertelmillion Menschen flutete die Straßen des Berliner Regierungsviertels und protestierte gegen TTIP, das Handels- und Investitionsschutzabkommen der Europäischen Union (EU) mit den USA. Die Kritikpunkte waren vielfältig und die Forderungen gingen weit über TTIP hinaus. Auch CETA, das Abkommen der EU mit Kanada, sollte gestoppt werden. Und damit eine Handelspolitik, die die Interessen von Konzernen über die Interessen von Mensch und Umwelt stellt, die den Einfluss von LobbyistInnen auf politische Entscheidungen stetig vergrößert und dabei im gleichen Maße demokratische Strukturen unterhöhlt sowie politische Handlungsspielräume systematisch einschränkt.

### JEFTA: Das bisher größte Abkommen der EU

Wenige Jahre nach dem Höhepunkt der Proteste gegen TTIP und CETA steht derzeit das Abkommen über

eine Wirtschaftspartnerschaft der EU mit Japan (JEFTA) zur Abstimmung durch das EU-Parlament an. JEFTA umfasst einen Wirtschaftsraum von über 600 Millionen Menschen und rund ein Drittel des globalen Bruttoinlandsproduktes und ist damit das bislang größte Handelsabkommen, das die EU abschließend verhandelt hat. Es gehört zur sogenannten neuen Generation von Handelsabkommen, die weit mehr als Zölle und Quoten regeln, und könnte das erste dieser Abkommen der EU sein, das vollständig in Kraft tritt. Dies ist keine gute Nachricht. Zwar enthält JEFTA keine Investitionsschutzklauseln und verleiht internationalen InvestorInnen damit nicht die Möglichkeit, gegen missliebige Regulierungen der Vertragsstaaten vor internationalen Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu klagen. Dies ist jedoch alles andere als eine Kehrtwende in der Handels- und Investitionspolitik, sondern vielmehr eine „durchsichtige Salamataktik“<sup>1</sup> der EU-Kommission: Einerseits konnte hier mit Japan keine schnelle Einigung

erreicht werden, andererseits müssten Abkommen mit Investitionsschutzklauseln auch von den Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden – und deren Zustimmung ist derzeit alles andere als sicher, wie der Ratifizierungsprozess zu CETA zeigt. Um vor den EU-Wahlen im Mai 2019 wenigstens den Handelsteil noch ratifizieren zu können, wurde JEFTA daher in 2 Teile aufgespalten. Im Hintergrund wird jedoch weiterverhandelt, die Öffentlichkeit erfährt von den Verhandlungsinhalten nichts.

Dabei ist der Inhalt des aktuell zur Abstimmung anstehenden Abkommens bereits hochproblematisch.<sup>2</sup> Das Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung ist noch schwächer als das im CETA-Abkommen. JEFTA bekräftigt zwar verbal das Pariser Klimaabkommen – jedoch ohne praktischen Mehrwert. Zudem enthält JEFTA die Einschränkung, dass Maßnahmen zur Umsetzung von multilateralen Umweltabkommen nur dann zulässig sind, wenn sie „nicht auf eine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung der anderen Vertragspartei oder auf eine verschleierte Beschränkung des internationalen Handels hinauslaufen würde“.<sup>3</sup>

Wie in allen EU-Handelsabkommen fehlen auch im JEFTA-Nachhaltigkeitskapitel eine Vorrangstellung, ein Durchsetzungsmechanismus sowie die Möglichkeit, Verstöße gegen Bestimmungen zum Umwelt- und Klimaschutz oder gegen internationale Arbeitsstandards wirksam zu sanktionieren. Dabei hat Japan erst 6 der 8 Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Es fehlen die Konventionen zur Abschaffung der Zwangsarbeit (Nr. 105) sowie die Norm zur Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Nr. 111). Das Nachhaltigkeitskapitel schreibt zwar vor, dass sich die Vertragsparteien um die Ratifizierung der ausstehenden Normen bemühen müssen – tun sie das nicht, drohen aufgrund des fehlenden Durchsetzungsmechanismus jedoch keine ernsthaften Konsequenzen. Aufgrund der Kritik aus Zivilgesellschaft und Teilen des EU-Parlaments hat die japanische Regierung eine ministerielle Arbeitsgruppe zu dem Thema eingerichtet. Dass die fehlenden ILO-Konventionen bis zur geplanten JEFTA-Abstimmung im Dezember noch ratifiziert werden, ist jedoch unmöglich.

### Keine Absicherung von Standards und Nachhaltigkeit

Auch für den globalen Schutz von Wäldern verheißt das JEFTA-Nachhaltigkeitskapitel nichts Gutes. Japan ist einer der weltweit größten Holzimporteure und japanische Unternehmen sind die Hauptabnehmer von illegal geschlagenem Holz, das unter anderem aus Urwäldern in Europa stammt. JEFTA könnte das illegale Abholzen in Brasilien, Malaysia, China und Indonesien verschlimmern. Dennoch enthält das Abkommen keine umfassenden oder durchsetzbaren Verpflichtungen, die den Handel mit illegalem Holz effektiv verbieten.

Weitere Kritikpunkte betreffen die unzureichende Verankerung des Vorsorgeprinzips, das für den Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa von zentraler Bedeutung ist, sowie das Fehlen von Antikorruptionsklauseln. Zudem droht die weitere Liberalisierung von Dienstleistungen, denn JEFTA enthält eine sogenannte Negativliste. Damit unterliegen alle Dienstleistungen, für die keine Ausnahme formuliert wurde, der Verpflichtung zur Marktöffnung für private Unternehmen. In den Diskussionen um JEFTA wurde unter anderem auf die

Bedrohungen für die Wasserversorgung hingewiesen, insbesondere auf das Fehlen eines Sonderartikels zu Wasser: Dieser müsse klarstellen, dass Wasser keine übliche Handelsware ist und dass Wasser und seine Nutzung vom Abkommen insgesamt ausgenommen ist.<sup>4</sup> Liberalisiert werden können auch alle Dienstleistungen, die es heute vielleicht noch gar nicht gibt und die deshalb nicht gelistet werden können, beispielsweise neue Ansätze im digitalen Handel.

### Handelsrecht vor Menschenrecht!?

Neben JEFTA sollen auch die Handels- und Investitionsabkommen mit Singapur und Vietnam noch vor der EU-Wahl vom EU-Parlament abgestimmt werden – so zumindest der Wille der EU-Kommission.

Ebenso wie Japan haben Singapur und Vietnam nicht alle ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert, und ebenso wie JEFTA werden die beiden anderen Abkommen an dieser Situation nichts ändern: Auch sie enthalten keinen Durchsetzungsmechanismus, um die Ratifizierung oder Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen nachzuholen. Dabei gibt es in beiden Ländern gravierende Probleme mit Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Vietnam verfolgt eine Niedriglohnstrategie, die sich auf systematische Arbeitsrechtsverletzungen stützt und so ausländische Investitionen anzulocken versucht.

Der Stadtstaat Singapur ist eine Steueroase und gehört zu den global wichtigsten Finanzplätzen. US-Konzerne investieren hier mehr als in China und Japan zusammen. Singapur ist der wichtigste Handelspartner der EU in Südostasien, die meisten in der Region tätigen europäischen Unternehmen haben dort ihre lokalen Zentralen. Das Investitionsabkommen würde all diesen Konzernen noch weitreichendere Rechte verleihen, als sie es bisher haben. Die zugrunde liegende Definition von Investitionen ist sehr breit und schließt beispielsweise Portfolio-Investitionen, Anleihen, Firmenwerte und geistige Eigentumsrechte mit ein. Investitionen werden geschützt, ohne Berücksichtigung ihrer sozialen, ökonomischen oder ökologischen Auswirkungen.

Da beide Abkommen in einen Handels- und einen Investitionsteil aufgespalten wurden, unterscheiden sich die Ratifizierungsprozesse: Die Handelsteile können nach der Zustimmung des EU-Parlaments direkt

ratifiziert werden, über die Investitionsteile müssen auch die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten abstimmen.

### Ins Wanken geraten

Das aktuelle Vorgehen der EU-Kommission in der Handelspolitik zeigt zweierlei: Erstens hat sie wenig aus den breiten Protesten gegen TTIP gelernt – dennoch sind diese nicht folgenlos geblieben. Insbesondere die Aufspaltung von Handels- und Investitionsteilen ist eine Folge der zivilgesellschaftlichen Kritik. Zweitens ist das System der globalen Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS) so ins Wanken geraten, dass sich die EU-Kommission genötigt sieht, immer neue Reformen zu präsentieren: In CETA gab es einige prozedurale Reformen am Klagemechanismus, derzeit verfolgt die EU-Kommission das Ziel einen globalen Investitionsgerichtshof einzurichten. Doch all diese Reformen dienen letztlich dem Ziel, das System zu retten und die bestehende Machtasymmetrie beizubehalten: Sonderklagerechte für Konzerne, vage Zusagen zur Nachhaltigkeit, zu Menschen- und Arbeitsrechten. Ob diese Strategie aufgeht, ist offen. Die für Mensch und Umwelt bessere Alternative wäre es, Klageprivilegien für Konzerne ein für allemal abzuschaffen und die globale Handelspolitik an Menschenrechten und Nachhaltigkeit auszurichten.



Anne Bundschuh

Die Autorin arbeitet beim Forum Umwelt und Entwicklung und koordiniert das Netzwerk Gerechter Welthandel.

- 1 <https://www.lobbycontrol.de/2018/05/durchsichtige-salamitaktik-eu-will-paralleljustiz-fuer-konzerne-bei-jefta-reinmogeln/>.
- 2 Netzwerk Gerechter Welthandel/ Powershift e. V./Greenpeace/BUND/ Campact und LobbyControl (2018): JEFTA entzaubert. Wunsch und Wirklichkeit des EU-Japan-Abkommens. <https://bit.ly/2BDMCeR>.
- 3 JEFTA-Artikel 16.4 Satz 5. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018PC0192&from=EN>.
- 4 <https://aoew.de/pages/themen/europa/freihandelsabkommen/eu-japan-abkommen.php>.

# UMWELTSCHUTZ IST AUCH HEIMATSCHUTZ?

## Was rechtsextreme Ideologien mit Natur- und Umweltschutz zu tun haben

**In Deutschland werden Umweltpolitik und ökologisches Denken oft mit alternativen Lebensweisen und einem emanzipatorischen Demokratieverständnis verbunden. Doch diese Annahme trifft nur bedingt zu. Denn seit seiner Entstehung ist der Natur- und Umweltschutz oft mit völkisch-nationalistischem und faschistischem Gedankengut verbunden. Die Verinnahmung dieser Themen von extrem Rechten muss rechtzeitig erkannt und deutlich abgelehnt werden.**

**I**N DER Hochphase der Proteste rund um den Hambacher Wald war auf der Webseite der neonazistischen Kleinpartei ‚Der III. Weg‘ eine Solidarisierungserklärung mit den AktivistInnen zu lesen: „Wir vom ‚III. Weg‘ stehen ebenfalls auf der Seite der Umweltaktivisten und sagen ganz klar ‚Nein‘ zur Rodung eines solch denkwürdigen Abbilds der Natur mit ihrer Vollkommenheit. Umweltschutz ist Heimatschutz. Wir stehen für den Schutz unserer Heimat!“<sup>1</sup>

Liest man den gesamten Artikel und denkt sich allzu pathetische Begriffe und Bezüge auf die schützenswerte „deutsche Heimat“ weg, könnte dieser auch von einer demokratischen Organisation geschrieben worden sein. Die Forderungen in Bezug auf Alternativen zum Braunkohleabbau und dem Erhalt des Waldes sind nahezu deckungsgleich. Dass sich die extreme Rechte mit dem Natur- und Umweltschutz auseinandersetzt, sollte eigentlich niemanden überraschen, denn die Parole „Umweltschutz ist Heimatschutz“ hat eine lange Tradition und wird als ihr ureigenes Thema angesehen.

### Die Heimatschutzbewegung

Als es im Deutschen Reich gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge von Industrialisierung, Urbanisierung und Landflucht zu sichtbaren Auswirkungen auf die Natur und Umwelt kam, entstand als erste Naturschutzbewegung die sogenannte Heimatschutzbewegung. Die zentralen AkteurInnen um den Komponisten Ernst Rudorff hingen einem romantischen Verständnis von Landschaft, Natur und Landwirtschaft nach. Sie sahen den Verlust der kleinbäuerlichen Idylle im massiven Wachstum

der Städte als großes Problem an und setzten sich für eine Rückbesinnung auf frühere Zeiten ein. Die konservativen HeimatschützerInnen sorgten sich aber nicht nur um die Natur, sondern in einem größeren Kontext um die Heimat, welche eine Verbindung von „Volk“ und „Raum“ bedeutete. Sie gingen davon aus, dass die Umgebung (Raum) das in ihr lebende „Volk“ prägte und andersherum. Das heißt, die „Volksseele“ ist untrennbar

mit der Landschaft und Natur verbunden und das „deutsche Volk“ würde bei einer Zerstörung der Natur auch erheblichen Schaden nehmen oder sogar untergehen. Im Sinne der „Arterhaltung“ wurde sich zu der Zeit stark an sozialdarwinistischen Theorien, die besonders prominent durch den Biologen Ernst Haeckel verbreitet wurden, bedient. Da sich Menschen und auch „Völker“ in einem ewigen „Kampf ums Dasein“ befinden würden, müssen die Umwelteinflüsse auf eine Schädigung des eigenen „Volkes“ reduziert werden.

Diese Vorstellung vom Schutz der Heimat wendete sich auch gegen ein entstehendes Proletariat in den Städten und emanzipatorische Bestrebungen, die als widernatürlich kleingehal-



„Halte deine Umwelt sauber“ – Sticker gegen rechte Ideologien im Umwelt- und Naturschutz.



ten werden sollten. Ebenso spielten antisemitische Motive in die Vorstellung hinein: Jüdische Menschen wurden nicht als Teil des „deutschen Volkes“ betrachtet und ihnen daher auch der Bezug zum respektvollen Umgang mit der Natur abgesprochen. Bei der Gründung des ‚Bund Heimatschutz‘ im Jahre 1904 wurden dementsprechend dann auch keine Frauen oder Juden zugelassen.

Im weiteren Verlauf bis 1933 gab es verschiedene emanzipatorische Bewegungen, die sich mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes auseinandersetzten, wie zum Beispiel die Naturfreunde, vereinzelt Jugendbünde oder Teile der Lebensreformbewegung. Doch den stärksten Einfluss auf politische EntscheidungsträgerInnen hatten stets völkisch orientierte AkteurInnen, die Naturschutz als Heimatschutz verstanden.

### Die Nazis und das Reichsnaturschutzgesetz

Die Übergänge von der Heimatschutzbewegung in das NS-Regime waren sowohl personell als auch konzeptionell fließend. Die Grundvorstellung von einer organisch gewachsenen Verbindung von Mensch und Umgebung ließen sich problemlos in die „Blut- und Boden“-Ideologie der NationalsozialistInnen einfügen. Die Parteispitze um Hermann Göring erkannte früh die ideologischen Überschneidungen und band führende Naturschützer um Hans Klose in den Staatsapparat ein, und beauftragte den Entwurf eines Reichsnaturschutzgesetzes, welches dann auch 1935 in Kraft trat.<sup>2</sup>

Im Zuge des „Generalplan Ost“, also der systematischen Vertreibung und Ermordung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten im Osten, sollte „Lebensraum“ für das „deutsche Volk“ geschaffen werden. Da es sich dabei allerdings nicht um den an das „Blut“ gebundenen Boden handelte, setzten die NationalsozialistInnen sogenannte „Reichslandschaftsanwälte“ wie Alwin Seifert, Reinhold Tüxen und Heinrich Wiepking-Jürgensmann für die Umgestaltung der Landschaft nach deutschem Vorbild ein. Der Gedanke dahinter war, dass für die Schaffung eines neuen deutschen Menschen auch die entsprechenden Bedingungen wie Heckenlandschaften und Wälder gegeben sein müssten. Genannte Männer bekleideten nach 1945 Lehrstühle und prägten die Inhalte ihrer Disziplinen federführend mit.

### Grüne Protestbewegungen in der Bundesrepublik

Die Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre wird gemeinhin als politisch links verortet und spätestens mit der Parteigründung der Grünen wird Umweltschutz als irgendwie „linkes“ Thema wahrgenommen. Aber auch hier waren und sind stets extrem rechte Gruppierungen und Personen involviert. Das lässt sich exemplarisch am ‚Weltbund zum Schutz des Lebens‘ (WSL) und dessen enger Verknüpfung zur Schulungsstätte ‚Collegium Humanum‘ zeigen. Der WSL wurde 1958 gegründet, sammelte ehemalige NS-Kader in seinen Reihen und setzte sich früh gegen Atomkraft und Pflanzengifte ein. Eng mit dem WSL verbunden war der Gründer des Collegium Humanum, Werner Georg Haverbeck, ein Vertrauter von SS-Führer Heinrich Himmler. Im Collegium Humanum fanden zahlreiche Kongresse zu umweltpolitischen Themen mit völkischer Ausrichtung statt und auch Treffen zur Formierung erster grüner Listen wurden dort abgehalten. So kam es auch, dass bei der grünen Parteigründung zunächst Rechtsextreme wie Haverbeck und Herbert Gruhl gemeinsam mit kommunistischen Gruppen zusammenarbeiteten. Diese Formierung blieb jedoch nicht lange bestehen und die völkisch orientierten UmweltschützerInnen gründeten die Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP). Ab dem Zeitpunkt richteten sich die Grünen radikal nach links und ökologische Themen gelten seitdem als „linke“ Themen. Es hätte aber theoretisch auch anders kommen können.

### Wiederaneignung des Natur- und Umweltschutzes von rechts

Die Besetzung ökologischer Themen von links stößt sowohl bei Neonazis in der NPD oder dem III. Weg, aber auch bei der sogenannten „Neuen Rechten“ um das Institut für Staatspolitik, den Antaios-Verlag und die Identitäre Bewegung auf großes Missfallen. Ein wenig lässt sich damit auch das primäre Feindbild der Rechten erklären. Ob in Publikationen, Sozialen Medien oder Redebeiträgen: Die Grünen werden meistens am heftigsten attackiert. Das liegt einerseits an der Besetzung des als rechts verstandenen Themas und andererseits an dem emanzipatorischen Gesellschaftsverständnis, was Rechtsextreme als „widernatürlich“ bezeichnen. In Konzepten wie des „Ethnopluralismus“,

einer modernisierten Form der „Blut und Boden“-Ideologie finden sich die gleichen Elemente der Verbindung von Menschen und ihrer Umgebung in traditionellen Gesellschaftsformen wieder. Dort wird Migration als umweltschädigend abgelehnt und Rassismus als naturgegeben gerechtfertigt. Wichtig ist uns darauf hinzuweisen, dass die extreme Rechte heute Natur- und Umweltschutzthemen nicht nur benutzt, um ihre menschenrechtsverachtende Ideologie in die Mitte der Gesellschaft zu bringen, sondern dass sie sich wirklich um die Natur und teilweise auch um die Umwelt sorgen. Nur ist dieses Verständnis eben eines, was dem historischen Heimatschutz entspricht und damit antidemokratisch und rassistisch ist.

Interessant ist in diesem Kontext die Leugnung des menschengemachten Klimawandels, die sich durch sämtliche rechtspopulistische oder rechtsextreme Spektren zieht. Die globale Ausrichtung von Fragen der Klimagerechtigkeit wird als universalistische Ideologie, mit dessen Hilfe dem Globalen Norden Schaden zugefügt wird, abgelehnt.

Wenn sich nun also der III. Weg mit den Protesten im Hambacher Wald solidarisiert, ist das auf eine gewisse Weise ernst gemeint, aber sollte als Versuch einer Besetzung des Umwelt- und Naturschutzes verstanden und jegliche Zusammenarbeit abgelehnt werden. Globale und demokratische Bestrebungen für Naturschutz und Klimagerechtigkeit lassen sich nicht mit Heimatschutzgedanken vereinbaren.



Yannick Passeick

Der Autor ist Bildungsreferent bei FARN, einer Fachstelle der Naturfreunde und Naturfreundejugend Deutschlands, die die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen untersucht und Information, Beratung und Qualifikation anbietet.

1 <https://der-dritte-weg.info/2018/09/kampf-um-den-hambacher-forst/>.

2 Joachim Radkau/Frank Uekötter (Hg., 2003): Naturschutz und Nationalsozialismus (Geschichte des Natur- und Umweltschutzes, 1). Frankfurt a. M./New York.



© Photo by IISD/Francis Dejon

8 Jahre nach Nagoya ist von der damaligen Aufbruchsstimmung nicht mehr viel übrig geblieben. Bemühungen, den Strategischen Plan noch zu retten, scheinen keine zentrale Rolle mehr zu spielen.

# GEBEN DIE STAATEN DIE BIODIVERSITÄTSZIELE FÜR 2020 AUF?

## Die Biodiversitätskonvention in der Wüste

**Im 25. Jahr ihres Bestehens steckt die Biodiversitätskonvention (CBD) in der Umsetzungskrise fest. Auf der COP14 in Ägypten scheinen die Staaten sich damit abgefunden zu haben, dass die Aichi-Ziele bis 2020 nicht mehr erfüllbar sind und planen den nächsten Strategischen Plan.**

**E**S IST noch gar nicht so lange her, da galt das UN-Übereinkommen zur biologischen Vielfalt (CBD) noch als Vorzeigekonvention unter den Rio-Konventionen: Während die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) 2009 mit Pauken und Trompeten an der Aufgabe scheiterte, ein rechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen zu verabschieden, gelang es den 196 Vertragsstaaten der CBD, sich im Oktober 2010 im japanischen Nagoya auf einen hochambitionierten 10-Jahres-Plan für den Schutz der biologischen Vielfalt zu verständigen. Dieser sogenannte Strategische Plan 2011-2020 beinhaltet darüber hinaus 20 konkrete und messbare Ziele (Aichi Targets), mit deren Hilfe dem Verlust an Biodiversität Einhalt geboten werden sollte.

Die CBD brüstete sich damals mit einer Pressemeldung, die unter anderem Sätze wie diesen beinhaltete:

„Nagoya wird in die Geschichte eingehen, als der Ort, an dem eine neue Ära des Lebens in Harmonie mit der Natur geboren wurde und wo sich eine globale Allianz für den Schutz des Lebens auf der Erde gründete.“

### **Der Kater danach und Rettungsversuche in Pyeongchang (2014) und Cancún (2016)**

Doch schon 4 Jahre später war von dieser Euphorie nicht mehr viel zu spüren. Mit dem Erscheinen des 4. Global Biodiversity Outlook (GBO4) Ende 2014, welcher auf Grundlage der Umsetzungsberichte der CBD-Vertragsstaaten Trends und Fortschritte beim Schutz der biologischen Vielfalt

zusammenfasst, war klar, dass die Staaten weit davon entfernt waren, die Aichi-Ziele zu erreichen. Doch noch gab es die Möglichkeit zum Gegensteuern: Die 12. Vertragsstaatenkonferenz (COP12), welche im Oktober 2014 im südkoreanischen Pyeongchang tagte, nahm die besorgniserregende Bestandsaufnahme des GBO4 dann auch zum Anlass, ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Umsetzung zu verabschieden, die sogenannte Pyeongchang Roadmap for Enhanced Implementation (Pyeongchang-Aktionsplan für verbesserte Umsetzung). Diese beinhaltete unter anderem einen Beschluss, um mehr Gelder für den Schutz der Biodiversität bereitzustellen sowie einen Aktionsplan mit Schlüsselmaßnahmen, die kurzfristig von den Staaten ergriffen werden sollten, um die Erreichung der Aichi-Ziele sicherzustellen.

Nur leider geschah danach wenig. Fragt man heute Delegierte nach der Pyeongchang-Roadmap, wissen die

meisten nicht einmal mehr, was sie da eigentlich vor 4 Jahren verabschiedet haben.

Auch die COP13 (Dezember 2016 in Cancún, Mexiko), welche zum ersten Mal einen Fokus auf das sogenannte „Biodiversity-Mainstreaming“ legte, also die Berücksichtigung von Biodiversitätsschutz in anderen Politikfeldern wie Landwirtschaft, Tourismus oder Fischerei, versuchte das Ruder noch umzudrehen. Zwar hat sich die mexikanische Regierung während ihrer COP-Präsidentschaft zwischen 2016 und 2018 durchaus tatkräftig für Biodiversity-Mainstreaming engagiert und zahlreiche Dialogveranstaltungen, Workshops und Konferenzen organisiert, trotzdem hat sich am Trend nicht viel geändert. Die Erreichung der Aichi-Ziele ist nach wie vor in weiter Ferne.

### Kapitulationserklärung in Sharm el-Sheikh

8 Jahre nach Nagoya ist von der Aufbruchsstimmung der COP10 nicht mehr viel in der CBD geblieben. Auf der COP14 (November 2018 in Sharm el-Sheikh, Ägypten), schienen die Bemühungen, den Strategischen Plan 2011-2020 doch noch irgendwie zu retten, keine zentrale Rolle mehr zu spielen. Fast hatte man das Gefühl, als ob die Staaten die Aichi-Ziele am liebsten still und heimlich zu Grabe tragen wollten.

Zwar wurde auch in Sharm el-Sheikh (wieder mal) ein COP-Beschluss zur Verbesserung der Umsetzung verabschiedet, welcher auch einen durchaus begrüßenswerten „Short Term Action Plan“ (kurzfristigen Aktionsplan) beinhaltet, jedoch scheint sich der Fokus der Delegierten längst auf ein anderes Thema verschoben zu haben: Den sogenannten Post-2020-Prozess zur Entwicklung eines neuen Strategischen Plans.

Im Rahmen von Post-2020 verwenden die Staaten derzeit viel Zeit und Ressourcen darauf, zu diskutieren, wie ein Nachfolgeabkommen für den Strategischen Plan aussehen kann. Noch ist der Inhalt dieses sogenannten „Post-2020 Global Biodiversity Framework“ (Globales Biodiversitätsabkommen für die Zeit nach 2020) ziemlich offen und die Diskussionen auf der COP14 beschränkten sich auf die Ausgestaltung des Verhandlungsprozesses.

Viele Delegierte zitierten das Pariser Klimaabkommen als mögliches Vorbild für ein Post-2020-Abkommen.

Allgemein gibt es in der CBD viele Stimmen, die die CBD gerne nach dem Vorbild der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) umgestalten wollen. Ein hochrangiger Vertreter des UNFCCC-Sekretariats sprach in diesem Zusammenhang von einem völlig unverständlichen „Minderwertigkeitskomplex der CBD“.

### Freiwillige Selbstverpflichtung – die Lösung für Post-2020?

Insbesondere das Konzept der Intended Nationally Determined Contributions (beabsichtigte, national bestimmte Beiträge, INDC) fanden viele Delegierte attraktiv und wollten es am liebsten für die CBD übernehmen. Dabei wird oft vergessen, dass dieser auf freiwillige Selbstverpflichtungen basierende Ansatz als Ergebnis der gescheiterten Verhandlungen von Kopenhagen entstand, wo eigentlich ein rechtlich verbindliches Abkommen verabschiedet werden sollte. Erst aufgrund dieses Scheiterns ließen sich die Staaten überhaupt auf ein freiwilliges Modell ein, welches aber bis jetzt keineswegs die notwendigen Emissionsreduktionen zustande gebracht hat, die eigentlich nötig wären, um das 2-Grad-Ziel einzuhalten – im Gegenteil: Aktuell steuern wir auf 4 Grad Erwärmung zu. Man muss sich fragen, ob ein solches Modell wirklich geeignet ist, um die Biodiversitätsziele zu erreichen.

Während der COP14 verbrachten die Delegierten dann auch viel Zeit damit, zu verhandeln, ob freiwillige Selbstverpflichtungen in Zukunft in der CBD eine größere Rolle spielen sollten. Weitgehend einig waren sich die Delegierten, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nur als Ergänzung zu bestehenden Verpflichtungen gebilligt werden sollen. Unklar blieb aber, wie sichergestellt werden kann, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht irgendwann rechtlich-verbindliche Instrumente wie Nationale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne ersetzen.

### Alle 10 Jahre dasselbe: Gefangen auf dem Karussell der großen Hoffnungen und gebrochenen Versprechen

Im Zusammenhang mit der Debatte zu Post-2020 muss man sich auch die Frage stellen, ob es wirklich zielführend ist, auf das absehbare Scheitern eines Strategischen Plans mit der Entwicklung eines neuen Planes zu reagieren, ohne die grundlegenden Probleme, die bei der Umsetzung

des vorherigen Plans aufgetreten sind, wirklich gelöst zu haben. Denn schon 2010 scheiterte die CBD daran, ihr 2002 verabschiedetes Ziel, den Verlust an biologischer Vielfalt signifikant zu reduzieren, zu erfüllen, und reagierte darauf mit der Verabschiedung des Strategischen Plans 2011-2020.

Darauf angesprochen, was man denn mit dem Strategischen Plan 2011–2020 anders machen würde, gab der damalige CBD Exekutiv-Sekretär Ahmed Djoghlaif im April 2010 folgenden Kommentar ab:

„Während viele Ansätze in die richtige Richtung gingen, waren die entsprechenden Strategie- und Maßnahmenpakete der Staaten nur ungenügend auf das Ziel ausgerichtet, waren zu schlecht finanziert und wurden nur mangelhaft umgesetzt. [...] Das 2010-Ziel wurde verabschiedet, ohne dass die Mittel zur Zielerreichung identifiziert worden waren. Es war mehr ein politisches Statement. Der gleiche Fehler wird sich in Nagoya nicht wiederholen.“

Traurigerweise ist dieses Zitat auch heute noch genau so aktuell wie damals und es ist nicht unwahrscheinlich, dass dies auch in 2028 wieder der Fall sein wird.

Verfolgt man die CBD über mehr als 10 Jahre, kann man sich wie ein Gefangener auf einem Karussell vorstellen: Zunächst werden mit großen Tam-Tam ehrgeizige Ziele verabschiedet. Das politische Momentum ist groß und alle Staaten geloben rasche Umsetzung. Nach einiger Zeit ist dann viel von dieser Euphorie wieder verpufft und es finden sich andere Themen, die besser geeignet sind, um sich als MinisterIn bzw. Staats- oder RegierungschefIn in Szene zu setzen. Es wird klar, dass der politische Wille doch nicht ausgereicht hat und die grundlegenden Probleme nicht effektiv angegangen werden konnten. Auf diese Weise vergehen dann wieder 10 Jahre, in denen hunderte von COP-Beschlüssen mit schönen Worten verabschiedet werden, die aber nicht selten gleich nach Konferenzende in den Schubladen der nationalen Regierungsapparate verschwinden. Am Ende dieses Zehnjahreszyklus gestehen sich die Staaten dann ein, dass es wieder mal nicht gereicht hat und man sich beim nächsten Mal bestimmt mehr Mühe geben wird.

Will man vermeiden, dass sich ein Post-2020-Abkommen nicht schon wieder in die Reihe der viele gescheiterten Biodiversitätsziele eingliedert,

muss dieser Zyklus der gebrochenen Versprechen unbedingt gestoppt werden.

Hierfür ist von entscheidender Bedeutung, dass die Staaten endlich die grundlegenden Probleme angehen. Dazu zählen: Machtasymmetrien zwischen Nord und Süd, unser auf Konsum und Wachstum ausgelegtes Wirtschaftssystem, mangelnde Umsetzungskapazitäten in Ländern des Globalen Südens sowie die fehlende Bereitstellung adäquater finanzieller Mittel für den Biodiversitätsschutz sowie die Beseitigung umweltschädlicher Subventionen.

Auch muss man sich fragen: Reichen 10 Jahre wirklich aus, um ehrgeizige Biodiversitätsziele in allen 195 CBD-Vertragsstaaten umsetzen zu können? Wäre es nicht ehrlicher, den Zeithorizont der strategischen Pläne zu verlängern, z. B. auf 15 Jahre? Sollte man nicht stattdessen ein System aus Meilensteinen etablieren?

Sollten sich die Staaten wieder vor diesen Aufgaben drücken, so werden wir wohl auch 2028 wieder die nächsten Biodiversitätsziele zu Grabe tragen müssen.

## Zur Nachhaltigkeit der Austragungsorte von UN-Biodiversitätskonferenzen

Dienen CBD-COPs nur noch als Mittel zur Subventionierung von schwach ausgelasteten Touristenresorts? Während die COP9 (Bonn, Mai 2008) und die COP10 (Nagoya, Oktober 2010) wenigstens noch um Nachhaltigkeit bemüht waren und z. B. über eine ÖPNV-Anbindung verfügten und in bestehenden Konferenzzentren stattfanden, die keine Neubauten auf der grünen Wiese erforderlich machten, so scheinen die Austragungsorte der letzten 3 COPs Paradebeispiele für das naturzerstörende Entwicklungsmodell zu sein, für dessen Bekämpfung die CBD vor 25 Jahren doch eigentlich gegründet worden war.

2014 fand die COP12 in einem künstlichen Skidorf statt, welches inklusive Autobahnanschluss eigens für die XXIII. Olympischen Winterspiele in der bis dahin unberührten südkoreanischen Mittelgebirgslandschaft errichtet wurde. Während der Konferenz konnten die TeilnehmerInnen die Motorsägen hören, die für den Bau der Skipisten damit beschäftigt waren, die Hänge von den mehrere 100 Jahre alten Bäumen zu befreien.

2016 trafen sich dann die Vertragsstaaten zur COP13 im mexikanischen

Cancún. Eine in den 1970er Jahren für den (US-amerikanischen) Massentourismus gegründete Retortenstadt, deren einziges Ziel es ist, möglichst viele Touristen-Dollar nach Mexiko zu spülen. Der Veranstaltungsort der COP war ein Riesenhotel, für dessen Errichtung ein ganzer Mangrovenwald zerstört worden war.

Auch die COP14 fügt sich nahtlos in diese Reihe ein: Sharm el-Sheikh ist gewissermaßen das ägyptische Gegenstück zu Cancún: Eine künstliche Touristenstadt mitten in der Wüste, die quasi nur aus Hotelanlagen besteht. Unter den Palmen und Grasflächen sind überall Bewässerungsleitungen erkennbar. Die Klimaanlage im eigens für die COP erweiterten Konferenzzentrum war zeitweise so aggressiv eingestellt, dass die Delegierten trotz blauen Himmels und Außentemperaturen von 26 bis 28 Grad mit Jacken und Schals herumlaufen mussten.

Nach 3 COPs an Orten wie diesen muss man sich fragen, welches Signal die CBD mit der Auswahl ihrer Tagungsorte an die Welt schicken möchte? Sind CBD-COPs nur noch Mittel, um schwach ausgelastete Touristenresorts zu subventionieren?

## Zivilgesellschaftliche Beteiligung erschwert

Neben den völlig mangelhaften Nachhaltigkeitsaspekten erwies sich auch die Zusammenarbeit mit der ägyptischen Zivilgesellschaft durch die politische Lage im Land als äußerst schwierig. So wurden die ‚Focal Points‘, Kontaktpersonen für die Koordination der Jugend- und Nichtregierungsorganisationen, nicht etwa von zivilgesellschaftlicher Seite selbst gewählt, sondern Ende 2017 durch das ägyptische Umweltministerium ausgesucht. Auf welcher Grundlage diese Auswahl zustandekam, blieb ebenso unklar wie die Frage nach Plänen und Strategien für zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der COP. Nach den ägyptischen Präsidentschaftswahlen und einem Ministerwechsel im Umweltministerium wurden dann im August 2018 plötzlich neue Focal Points bekanntgegeben. Da es scheinbar keine Kommunikation zwischen alten und neuen Focal Points gegeben hatte, musste die ganze Koordinationsarbeit keine 3 Monate vor der COP wieder von vorne losgehen. Trotz zahlreicher Onlinekonferenzen konnte keine wirkliche Zusammenarbeit zustande kommen. Zwar gab es auf ägyptischer

Seite große Pläne für die Organisation von Jugend- und NGO-Foren parallel zur COP, jedoch verliefen diese trotz vieler Kooperationsangebote von Seiten internationaler NGOs alle im Sande. Ob dies auf mangelnde Organisationsfähigkeiten, fehlende finanzielle Mittel oder politische Gründe zurückgeführt werden kann, lässt sich als Außenstehender nur schwer beurteilen. Tatsache ist, dass auf der COP nur sehr vereinzelt ägyptische NGO-VertreterInnen in Erscheinung traten und eine wirkliche Zusammenarbeit mit internationalen NGOs nicht erkennbar war.

Wirklich regierungskritische NGOs kamen erst gar nicht nach Sharm el-Sheikh. Einige Organisationen, die sonst regelmäßig an CBD-Verhandlungsrunden teilnehmen, wie z. B. die Heinrich-Böll-Stiftung, entschieden sich aus Protest gegen die politischen Zustände in Ägypten sogar dazu, der COP14 ganz fern zu bleiben.

Es wäre wünschenswert, dass auch Aspekte wie die Einhaltung von Menschenrechten und Pressefreiheit bei der Vergabe von COP-Austragungsorten in Zukunft eine stärkere Rolle spielen.



Christian Schwarzer

Der Autor ist Koordinator des Biodiversity Programme Office im Forum Umwelt und Entwicklung.



Im Rahmen der COP14 veröffentlichte das Global Youth Biodiversity Network (GYBN) die 2. Auflage von „*CBD in a Nutshell*“ – einem reich illustrierten Handbuch für CBD-Einsteiger, welches auf rund 200 Seiten die Funktionsweise der Konvention, die Grundlagen der biologischen Vielfalt sowie Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure beleuchtet.  
<https://www.gybn.org/>

# BAUEN MIT HOLZ ODER STEIN?

## Welcher Werkstoff das Klima besser schont

Seit einiger Zeit wird der Holzbau als besonders geeignete Maßnahme für den Klimaschutz propagiert. Langlebig verbautem Holz wird eine besonders gute Klimabilanz nachgesagt. Eine vergleichsweise energie-sparende Herstellung wird insbesondere gegenüber anderen Baustoffen wie Stahlbeton, Metallen oder Kunststoff hervorgehoben. Auch Umweltverbände pflichten dieser Aussage mehrheitlich bei. Ob das wirklich so stimmt, darüber wurde beim Workshop ‚Holz oder Stein – Klimaschonend bauen – aber wie?‘ der Dialogplattform Wald am 22. November 2018 in Berlin diskutiert.

**E**INGELADEN WAREN SOWOHL ReferentInnen, die den Werkstoff Holz fördern, als auch ExpertInnen, die über das Thema aus Sicht der Mauerwerksbranche referierten. Die über 25 TeilnehmerInnen erfuhren somit aus erster Hand, welcher Werkstoff hinsichtlich des Klimaschutzes besonders gut abschneidet und was bei der Erstellung von Ökobilanzen zu beachten ist.

Zu Beginn informierte Prof. Udo Mantau (Informationssysteme für Rohstoffe, INFRO) über Holzverwendung im Baubereich und dessen Perspektiven im Rahmen des Wettbewerbs der Bauweisen und Baustoffe. So wird derzeit untersucht und beobachtet, wie positiv sich die Holzverwendung im Bausektor auf die CO<sub>2</sub>-Bindung auswirkt. Besonders viel Holz wird im Zuge der Modernisierung im Wohnungsbau eingesetzt, sowie bei der Errichtung von Eigenheimen und landwirtschaftlichen Gebäuden. Das meiste Holz werde übrigens nicht im Holzbau, sondern in Gebäuden verbaut, die überwiegend mit anderen Werkstoffen wie Ziegel, Kalksandstein oder Beton errichtet werden. Für 2017 seien so etwa 9 Millionen Tonnen Holz in Baukörpern eingebracht worden, was der Speicherung von etwa 16 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> entspricht.

Dr. Sebastian Pohl (LCEE GmbH) berichtete über seine Untersuchungen der Klimabilanz anhand von Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern. Maßgeblich für eine Klimabilanz beim Vergleich der verschiedenen Bauweisen sei aber nicht nur die Herstellungsphase, sondern die gesamte Nutzungsdauer der vergleichbaren Gebäudetypen. Der merkliche Vorteil von Holz beim Bau werde in den 50 Jahren der Nutzung von Mauerwerksbauten nach und nach wieder

ausgeglichen, weil Wände aus mineralischen Baustoffen mehr Wärme speichern. Lediglich Stahlbeton schneide hinsichtlich seiner Klimabilanz deutlich schlechter ab, weil die Stahlerzeugung sehr energieintensiv ist.

Wie sich die Holzverwendung im Baubereich auf die Treibhausgasemissionen auswirkt, erfuhren die TeilnehmerInnen von Dr. Sebastian Rüter vom Thünen-Institut. Er merkte an, dass der Kohlenstoffspeicher Holz im Bau nur in seiner Nettowirkung zu bewerten ist, denn von den neu eingebauten Holzmen gen sind die Holzmen gen abzuziehen, die bei Abriss und Entsorgung anfallen. Darum wird dieser Speicher jährlich mit nur etwa 2,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aufgefüllt. Die Wirkung hinsichtlich des Ersatzes energieintensiverer Werkstoffe (Substitutionsleistung) durch den Holzbau wird vor allem im Hybridbau (Mischbauweise) erzielt. Insgesamt ist also die mögliche Klimaschutzwirkung des gesamten Holzbaues relativ klein.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Sinnhaftigkeit der Einbeziehung der 50-jährigen Nutzungsphase der Bauten kritisch gesehen. Diese führe dazu, dass der anfängliche Klimavorteil des Holzbaus wegen der etwas besseren Energiebilanz von Mauerwerksbauten allmählich dahinschmelze. Welche Betrachtungsweise die „Richtige“ ist, darüber konnte keine abschließende Bewertung erzielt werden. Insgesamt betrachtet scheinen aber die Unterschiede zwischen beiden Bauweisen nicht erheblich zu sein und Holz dürfte hier allenfalls einen kleinen Vorsprung haben, während Stahlbeton deutlich schlechter abschneidet als Holz oder Mauerwerk.

Am Nachmittag stellten die Branchenvertreter der Holzwirtschaft

(Dr. Ohnesorge, Deutschen Holzwirtschaftsrat) und des Mauerwerksbaus (Dr. Ronald Rast, Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau) die Vorzüge ihrer jeweiligen Werkstoffe dar. Die Holzwirtschaft beteiligt sich an der Charta für Holz 2.0, einer Initiative die unter anderem die Verwendung von Holz fördert, um Hemmnisse für Holzbau abzustellen. Beim Mauerwerksbau wird vor allem die Speicher- und Pufferwirkung des Mauerwerks während der Nutzungsphase als energiesparend und wohltuend betont. Beide Branchenvertreter kamen aber zu dem Schluss, dass es letztlich um das bewährte Miteinander gehe. Ohnehin stehe bei der Wahl des Baustoffes nicht die Frage der Treibhausgasminde rung im Mittelpunkt, sondern vor allem das Wohnklima und gesundheitliche Aspekte, aber auch Wertbeständigkeit und die Kostenfrage. Beide Bauweisen können hier punkten.

Der Workshop befasste sich mit einem wichtigen und aktuell spannenden Thema, das aber nicht in seiner ganzen Komplexität diskutiert werden konnte. So wurde angeregt, offene Fragen auf einem Folgeworkshop zu diskutieren. Als sinnvoll erachten die TeilnehmerInnen, ein gemeinsames Vorgehen hinsichtlich optimaler Klimaschutzwirkungen im Bausektor voranzubringen. Insofern darf diese Veranstaltung durchaus als Erfolg verbucht werden.



László Maráz

Der Autor koordiniert die AG Wälder beim Forum Umwelt & Entwicklung und die Dialogplattform Wald.



© World Trade Organization

Beim G20-Treffen der WTO wird eine Reform des Streitschlichtungssystems beschlossen, um einen weiteren Abbau der WTO aufzuhalten.

# AM SCHEIDEWEG: REFORM, REFÖRMCHEN ODER EIN AUS

## Retten die „Freunde des Systems“ die Welthandelsorganisation?

**Die Welthandelsorganisation (WTO) erreicht nur noch selten die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft und der Medien. Die Proteste anlässlich der letzten WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2017 in Buenos Aires waren eine dieser Ausnahmen. Ein Jahr später stand in Buenos Aires die WTO wieder auf der Tagesordnung – diesmal auf der des G20-Gipfels. Eine im WTO-Kontext unübliche Koalition aus China, Europäischer Union (EU) und Indien versuchte dort zusammen mit weiteren 9 Ländern, als „Freunde des Systems“ das von Trump hart attackierte Streitschlichtungssystem der WTO und damit die Organisation als Ganzes zu retten. Wäre ein Aus der Streitschlichtung in der WTO auch ein Aus der WTO? Und wie gehen wir damit um?**

**D**IE 164 Mitglieder der WTO decken zusammen 98 Prozent des Welthandels ab. Die im Konsens entscheidende multilaterale Institution erfüllt von ihren Aufgaben die beiden wichtigsten derzeit nicht, nämlich bestehende Handelsabkommen weiterzuentwickeln und neue Handelsabkommen abzuschließen. Bestes Beispiel dafür ist die 2001 beschlossene Doha-Handelsrunde, die ursprünglich Ende 2004 abgeschlossen sein sollte, es aber bis heute nicht ist. Nun wird versucht, auch ihre dritte wichtige Funktion, Handelsstreitigkeiten zwischen ihren Mitgliedern zu schlichten, auszuschalten. Die USA blockiert seit einigen Monaten die Neubesetzung der Berufungsinstanz im WTO-Streitschlichtungssystem. Sollte diese Blo-

ckade fortgesetzt werden, ist spätestens Ende 2019 die Berufungsinstanz nicht mehr handlungsfähig.

Die Kritik an der WTO füllte vor allem zwischen 1999 und 2005 Straßen, Versammlungsräume und Broschüren. Interne Reformvorschläge wie der Report zur Zukunft der WTO zum zehnjährigen Jubiläum im Jahre 2005 blieben ebenso wie das von Zivilgesellschaft ausgearbeitete Alternative Handelsmandat aus dem Jahre 2013 ohne Folgen. Die Probleme der WTO begannen also schon deutlich vor Trump, haben aber eine drastische Verschärfung erhalten, seit dem er US-Präsident ist. Trump kündigte einen möglichen Austritt aus der WTO bereits während seines Wahlkampfes im Juli 2016 an. Seine derzeitige Strategie ist jedoch ausge-

feilter und umfasst 3 Elemente: 1. die WTO nutzen, wo es ihm passt – z. B. wenn er zusammen mit der EU und Japan gegen China vorgeht; 2. mit seinen Strafzöllen WTO-Streitfälle der davon betroffenen WTO-Mitglieder provozieren, auf die er wiederum mit neuen WTO-Streitfällen gegen die Betroffenen reagiert; und 3. das WTO-Streitschlichtungssystem funktionsunfähig zu machen.

### Die WTO verliert ihren Biss

„Die WTO hat Biss“, hieß es einst. Gemeint war damit, dass die WTO anders als etwa multilaterale Umweltabkommen oder die Internationale Arbeitsorganisation Verstöße gegen ihre Regeln ahnden kann. Die Grundlage dafür ist die Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten: Sieht ein WTO-Mitglied sich durch eine Maßnahme eines anderen Mitgliedes in seinen Handelsmöglichkeiten beeinträchtigt, kann es einen Handelsstreit starten. Dafür gibt es 2 Instanzen: Zunächst nimmt sich ein Panel, zusammengesetzt aus 3 (maximal 5) hochqualifizierten Einzelpersonen, dem Streitfall an. Wird dessen Bericht und Urteil nicht von beiden Streitparteien akzeptiert und legt

mindestens eine Partei Berufung ein, kommt die zweite Instanz ins Spiel. Die Ständige Berufungsinstanz, der Appellate Body (AB), überprüft dann die Entscheidung des Panels. Der AB kann sie bestätigen oder modifizieren und ein anderes Urteil fällen. Letzteres ist dann rechtskräftig und kann zu Entschädigungszahlungen (wie Strafzöllen) oder dem Aussetzen von Zugeständnissen (etwa bei Rechten des geistigen Eigentums) führen. Es muss von der unterlegenen Partei akzeptiert und umgesetzt werden. Die Ständige Berufungsinstanz umfasst 7 anerkannte ExpertInnen, die jeweils für 4 Jahre gewählt werden, wobei eine einmalige Wiederwahl zulässig ist. Die AB-Mitglieder müssen regierungsunabhängig sein und dürfen sich nicht an der Erörterung von Streitigkeiten beteiligen, die zu einem Interessenkonflikt führen würden.

Jeweils 3 der 7 AB-Mitglieder befassen sich mit einem Streitfallfall. Derzeit umfasst der AB jedoch insgesamt nur noch 3 Personen, da die USA seit Monaten den Konsens für die Neuwahlen von Mitgliedern verweigern: Bleiben die USA bei ihrer Blockadehaltung ist spätestens am 10. Dezember 2019 die Berufungsinstanz handlungsunfähig, wenn die Amtszeit für 2 der 3 abläuft. Dem Gebiss der WTO fehlen also bereits jetzt Zähne, die WTO könnte dann ab Ende 2019 weitgehend zahnlos sein.

### America first!

Die USA sind mit deutlichem Abstand die Nummer 1, was die Anzahl der WTO-Streitfälle betrifft. Bis Ende 2017 führten sie in 115 Fällen Klagen gegen andere WTO-Mitglieder und wurden selbst in 134 Fällen von anderen WTO-Mitgliedern angeklagt. Die EU als Nummer 2 kommt lediglich auf 97 Fälle als Klägerin und auf 83 Fälle als Angeklagte. Der Hauptgrund für die Blockade-Haltung der USA ist: Sie wollen den AB stärker an die Kandare ziehen und dessen Interpretationsspielräume eingrenzen – Interpretationsspielräume, die der AB auch in einigen Umweltfällen zugunsten der Umwelt genutzt hat. Der derzeitige US-Handelsbeauftragte ist zudem als ein erbitterter Gegner eines verbindlichen Streitbeilegungssystems bekannt.

### Reform oder Reförmchen? Oder ein Aus?

Für das Europäische Parlament (EP) ist das WTO-Berufungsgremium das

„Juwel in der Krone“ der WTO. Aber, so das EP, „das regelgestützte multilaterale Handelssystem“ erlebt derzeit „seine tiefste Krise seit Errichtung der WTO“. <sup>1</sup> Die Häufigkeit der jüngsten Treffen zur Situation der WTO bestärkt das Bild einer tiefen Krise. So war das Thema WTO-Reform Gegenstand des G20-Handelsministertreffens am 14. September 2018 in Argentinien sowie eines Treffens von 13 WTO-Mitgliedern am 20. September in Genf. Im Oktober diskutierten die EU und China bilateral über die WTO-Reform. Ende Oktober lud die Kanadische Regierung dieselben 13 WTO-Mitglieder zu einem zweitägigen Treffen zur WTO-Reform nach Kanada ein.

Position bezogen zunächst die EU und Kanada im September 2018. Das Konzeptpapier der EU zielt auf Veränderung in 3 Schlüsselbereichen: Neben der Überwindung der drohenden Blockade beim Streitbeilegungssystem der WTO, die Aktualisierung des Regelwerks für den internationalen Handel sowie eine Stärkung der Überwachungsfunktion der WTO. <sup>2</sup> Das EU-Papier widmet sich in einem kurzen Absatz den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und schlägt vor, dass analysiert werden soll, wie der Handel zur Erreichung des SDGs beitragen kann. Dagegen wird weder die umgekehrte Frage, wie der Handel die Erreichung der SDGs beeinträchtigt, gestellt, noch auf die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verwiesen. Das kanadische Diskussionspapier zur Stärkung und Modernisierung der WTO ist in dem Punkt Reform des Streitschlichtungssystems weniger präzise als das der EU. <sup>3</sup> Kurz vor dem G20-Gipfel in Buenos Aires veröffentlichten die sogenannten „Freunde des Systems“, zu denen jetzt auch China und Indien zählen, einen weiteren Vorschlag zur Reform des Berufungsgremiums. <sup>4</sup> China und Indien unterstützen aber nicht die anderen beiden Reformbereiche, die Brüssel vorschlägt. Das zum G20-Gipfel vorgelegte Papier behandelt dagegen ausschließlich die Reform des Streitschlichtungssystems und dient der Beschwichtigung der USA. Auf dem Gipfel konnten sich die G20-Staaten in der Abschlusserklärung vom 1. Dezember 2018 immerhin auf folgende vage Aussage verständigen: „Wir unterstützen [...] die notwendige Reform der WTO, um ihre Funktionsweise zu verbessern“. Ein möglicher Fortschritt soll dann

beim nächsten G20-Gipfel Ende Juni 2019 in Osaka überprüft werden. <sup>5</sup>

### Zuschauen oder handeln?

Die Strafzölle von Trump, die Reaktionen darauf und die Gegenreaktionen der USA hierauf werden die Streitschlichtungsinstanzen der WTO für die nächsten Jahre beschäftigen – sofern es dann einen AB überhaupt noch gibt. Ein Wegfall der Berufungsinstanz würde den weiteren Abbau der WTO forcieren. Die bisher vorgelegten Reformvorschläge ignorieren eine grundsätzliche Kritik am gegenwärtigen Handelssystem und wollen lediglich die WTO im Sinne des bisherigen Freihandelsparadigmas wieder fit machen. Der Beschluss von Buenos Aires hat der WTO eine Atempause verschafft. Fraglich ist, ob diese ausreicht. Was machen wir als Zivilgesellschaft in der Zwischenzeit? Schauen wir einem möglichen Untergang der WTO „genüsslich“ zu, zumindest waren „weg mit der WTO!“ oder „raus aus der WTO!“ in der Vergangenheit beliebte Parolen. Oder reagieren wir? Zumindest sollten wir kritisieren, dass die bisherigen Reform-Vorschläge die seit 2 Jahrzehnten geübte Kritik an der WTO überhaupt nicht aufgreifen. Und was ist unsere Haltung zu einem multilateralen Handelssystem? Diese Frage sollten wir nicht mehr lange unbeantwortet lassen.



Jürgen Knirsch

Der Autor arbeitet seit 1999 zu Handelsfragen bei Greenpeace.

- 1 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0477+0+DOC+PDF+V0//DE>.
- 2 [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/september/tradoc\\_157331.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/september/tradoc_157331.pdf).
- 3 [http://international.gc.ca/gac-amc/campaign-campagne/wto-omc/discussion\\_paper-document\\_travail.aspx?lang=eng](http://international.gc.ca/gac-amc/campaign-campagne/wto-omc/discussion_paper-document_travail.aspx?lang=eng).
- 4 [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/november/tradoc\\_157514.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/november/tradoc_157514.pdf).
- 5 [https://g20.org/sites/default/files/buenos\\_aires\\_leaders\\_declaration.pdf](https://g20.org/sites/default/files/buenos_aires_leaders_declaration.pdf).



© Imami/Unsplash

Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Eine Kommerzialisierung von Wasser schränkt dieses Recht massiv ein.

# STEHT DIE KOMMERZIALISIERUNG DES WASSERS BEVOR?

## Tendenzen und Entwicklungen in Politik und Zivilgesellschaft

**In der Wasserpolitik der Europäischen Union (EU) und damit auch der von Deutschland wirbt niemand offensiv für die „Kommerzialisierung der Nutzung von Wasserressourcen“. Tatsächlich aber „schwingt“ die Kommerzialisierung des Wassers in vielen wasserpolitischen Themen immer mit. Das wird im Folgenden in einigen aktuellen Themen aufgezeigt. Aufgezeigt wird auch, dass die Zivilgesellschaft nicht nur reagiert, sondern agiert.**

**G**LEICH IM ersten Erwägungsgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) steht: „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“ Allerdings sieht die WRRL vor, dass die darin gesteckten Ziele bis 2027 erreicht werden müssen. Ob sie bis dahin und überhaupt irgendwann erreicht werden, hängt vor allem von den betroffenen AkteurInnen ab, die sich um die wirtschaftlichen Folgen einer zu strengen Umsetzung der WRRL fürchten. Erste Wirtschaftsbereiche wie die Landwirtschaft oder aus der Industrie bringen sich bereits argumentativ in Stellung, um die WRRL grundsätzlich in Frage zu stellen, um die Ziele zu schwächen und so ihre wirtschaftlichen und industriellen Interessen zu sichern. Damit es aber gar nicht

zu einer Abschwächung der WRRL kommt, haben 100 europäische Umwelt- und Naturschutzverbände die Kampagne ‚#ProtectWater‘ für den Erhalt und Umsetzung der WRRL gestartet. Dabei geht es auch um den Schutz von Wasser als Gemeingut.

Tendenzen, die dem entgegenstehen, sind bereits heute sichtbar. So ist zum Beispiel bekannt geworden, dass in dem kleinen Ort Vittel der Grundwasserspiegel dramatisch gesunken ist, weil vor allem Nestlé seit Jahren das Grundwasser entnimmt. Für die Menschen vor Ort muss zur Sicherstellung der Wasserversorgung aus der Nachbarschaft Quellwasser durch ein Pipeline angeschafft werden, während Nestlé weiter Wasser entnehmen darf. Beispiele struktureller Änderungen gibt es aber auch in der EU-Politik, im Folgenden werden einige dieser dargestellt.

### Wasserwiederverwendung

Ein aktuelles Beispiel für die Kommerzialisierung von Wasser ist der Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Wiederverwendung von Abwasser für landwirtschaftliche Bewässerung.<sup>1</sup> Der Anlass für diesen Vorschlag ist durchaus berechtigt: Dürre und Wasserknappheit in Europa schreiten voran. Die Auswirkungen des Klimawandels sind für alle spürbar. Zusätzlich zu fachlichen Fragen – vor allem der hygienischen – bleiben in dem Verordnungsvorschlag wichtige Fragen ungeklärt: Wer finanziert die Aufbereitung, wer trägt die Kosten und die Risiken? Das wiederverwendbare Abwasser reicht dafür auch mengenmäßig bei Weitem nicht aus. Dort wo solches Wasser am dringendsten benötigt wird, werden sich auch Fragen um die Erteilung von Wasserrechten zur Wiederverwendung von kostspielig aufbereitetem Abwasser stellen. In ersten Analysen des Verordnungsvorschlags wird nüchtern davon ausgegangen, dass „zumindest mittelfristig ein Markt für aufbereitetes Abwasser“<sup>2</sup> entstehen könnte, womit wir wieder bei der



Kommerzialisierung des Wassers wären. Es kann auch dazu führen, dass Wassernutzungsrechte versteigerbar bzw. handelbar werden. Deshalb ist es nur konsequent, wenn vor einer solchen Nutzung an erster Stelle die sparsame und effiziente Verwendung des Wassers in der Landwirtschaft, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, verbindlich wird und sie nicht nur eine unverbindliche Empfehlung der EU-Kommission in einer Mitteilung bleibt.<sup>3</sup> Es ist richtig, wenn deshalb die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) noch stärker an Maßnahmen zum Gewässerschutz gekoppelt wird, so wie es zahlreiche Umweltorganisationen fordern.

### Trinkwasser-Richtlinie

Ein weiterer Vorstoß der EU-Kommission in Richtung Kommerzialisierung zeigt sich in dem Vorschlag für eine Neufassung der EU-Trinkwasserrichtlinie.<sup>4</sup> Der Entwurf enthält nicht nur Regelungen hinsichtlich der Trinkwasserqualität. In Anlehnung an die erste erfolgreiche Bürgerinitiative ‚Right2Water‘ wird die Richtlinie nun u. a. um die Verbesserung des Zugangs zu Wasser für alle erweitert. Die Zivilgesellschaft drängt darauf, dass dies in der Richtlinie möglichst verbindlich geregelt wird. Tatsächlich bedeutet das Menschenrecht auf Wasser jedoch weit mehr, nämlich vor allem Ablehnung der Kommerzialisierung der Nutzung von Wasser sowie vorsorgender Ressourcenschutz unter Einbeziehung von sozialen Aspekten. Erschreckend ist, dass dieses von ‚Right2Water‘ geforderte Menschenrecht auf Wasser, das immerhin durch eine Resolution der Vereinten Nationen gedeckt ist und inzwischen auch in deren Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) Eingang gefunden hat, nun lediglich in einer Richtlinie als positive Reaktion auf die erfolgreiche EU-weite Bürgerinitiative gewürdigt wird. Das soll der normative Rang sein, dem das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung in der EU beigemessen wird. Wo bleibt der grundsätzliche Vorrang gegenüber rein kommerziellen Interessen?

### Handelspolitik

Besonders deutlich ist die Tendenz zu einer Kommerzialisierung des Wassers in der Handelspolitik der EU. Die neue Generation an Handelsabkommen folgt der Logik, alles was nicht ausdrücklich geschützt ist, ist Gegenstand

des Freihandels. Die Folge davon ist: Liberalisierung, Kommerzialisierung, Privatisierung. Im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das derzeit bereits vorläufig in Kraft getreten ist, musste deshalb ausdrücklich geregelt werden, dass Wasser keine Handelsware ist. Der letzte Absatz enthält davon jedoch eine Ausnahme, wonach bei einer kommerziellen Nutzung die ursprünglich genannte Kommerzialisierungslogik doch gilt. Gleichzeitig wird „kommerzielle Nutzung“ in dem Zusammenhang nicht klar definiert. Noch gravierender ist jedoch das aktuell in Diskussion befindliche EU-Japan-Abkommen, da es überhaupt keine Regelung über die Nutzung von Wasserressourcen enthält, ergo die Nutzung der Wasserressourcen sämtlichen Kapiteln des EU-Japan-Abkommens unterfällt und allenfalls den gleichen Schutz hat wie jede andere Naturressource. Das bedeutet auch, dass die kommerzielle Nutzung der Wasserressourcen Vorrang vor anderen Nutzungen und Bedürfnissen haben kann.

Auf internationaler Ebene wird es darauf ankommen, welche Verantwortung wir im Hinblick auf unseren Wasserfußabdruck übernehmen. Wichtig ist, wie wir mit unseren Möglichkeiten politischen Handelns (z. B. in der Handelspolitik) tatsächlich eine verbindliche nachhaltige und menschenrechtskonforme Wasserpolitik etablieren. Eine gute Grundlage dafür bilden die SDGs, die ganzheitlich betrachtet werden müssen.

### Die Zivilgesellschaft handelt

Trotz dieser aktuellen Entwicklungen gibt es Gegenwehr von den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Konkret handeln Bürgerbewegungen immer mehr mit den lokalen Kommunen und Städten zusammen, anstatt frustriert darauf zu warten, dass internationale Abkommen irgendwann verbindlich werden. So hat sich innerhalb kurzer Zeit die weltweite Initiative ‚Blue Community‘ durch lokale Bündnisse etabliert: Berlin, München, Augsburg, Marburg – und sicherlich noch weitere Städte werden folgen. Sie haben sich zu den Prinzipien der ‚Blue Community‘ bekannt. Diese beinhalten die Anerkennung des Wassers als Menschenrecht, die Zusicherung, dass Wasserdienstleistungen in öffentlicher Hand bleiben, die Aufforderung, Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser zu trinken und den Aufbau und die Pflege von

öffentlich-öffentlichen Partnerschaften mit internationalen PartnerInnen.

Bei der Diskussion um die Auswirkungen von Landwirtschaft, Spurenstoffen und Mikroplastik steht die Forderung nach Vermeidung und Verursacherverantwortung ganz vorne. Womöglich steht ein Paradigmenwechsel in der Wasserpolitik an, an dessen Ende die Menschen, Umwelt und Natur miteinander die nachhaltige Nutzung von Wasser erreichen können.

Die Meldungen um die Nitratwerte im Grundwasser und der Nicht-Umsetzung der Nitratrichtlinie hat der Öffentlichkeit gezeigt, in welche Richtung es beim Zustand der Gewässer in Deutschland geht. In die Köpfe dringt immer mehr, dass Wasser in immerhin Trinkwasserqualität nicht einfach so aus der Leitung kommt, sondern aus unseren Gewässern. Daher kann Gewässerschutz nicht punktuell, sondern nur ganzheitlich stattfinden – den Menschen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Dass bei den zahlreichen Wasserthemen die Kommerzialisierung des Wassers zulasten des Gemeinwohls und der Menschenrechte mitschwingt, sollte nicht aus den Augen verloren gehen. Die Zivilgesellschaft ist gefordert, diesen Aspekt noch stärker zu betonen.



Dr. Durmus Ünlü

Der Autor ist Koordinator der AG Wasser des Forum Umwelt und Entwicklung und stellvertretender Geschäftsführer der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V. (AöW).

- 1 EU-Kommission (28.05.2018): Verordnungs-Vorschlag über Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung. COM(2018) 337.
- 2 Janosch Neumann (04.10.2018): EU-Verordnungsentwurf zur Wiederverwendung von kommunalem Abwasser, letzter Absatz. Juris, <https://bit.ly/2PjzhMv>.
- 3 Vgl. Kommissionsmitteilung (18.07.2018): Antworten auf die Herausforderung von Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union. COM(2007) 414.
- 4 EU-Kommission (01.02.2018): RL-Vorschlag über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung). COM(2017) 753.



© Agrar Koordination

Die Agrar Koordination zu Gesprächen bei der Europäischen Kommission in Brüssel, um sich für eine nachhaltigere, ökologischere und faire Gemeinsame Agrarpolitik einzusetzen.

# EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK NACH 2020

## Klima- und Umweltschutz: Alles freiwillig?

**Anlässlich der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ist die Agrar Koordination vom 15. bis 18. Oktober 2018 mit 21 TeilnehmerInnen auf Einladung von Martin Häusling, Mitglied des EU-Parlaments (MdEP) im Agrarausschuss, Bündnis 90/Die Grünen nach Brüssel gefahren. Die GAP bestimmt über die Verteilung von Fördergeldern an die Mitgliedstaaten und steuert somit maßgeblich, wie Landwirtschaft in der EU betrieben wird. Derzeit gibt sie jährlich 58 Milliarden Euro und damit 39 Prozent des gesamten EU-Budgets für die Landwirtschaft aus. Mit diesem Geld könnte viel für den Klima- und Umweltschutz in der Landwirtschaft getan werden, doch hier hakt es in der GAP massiv. Bisher ist die Vergabe der Gelder hauptsächlich an die bewirtschaftete Fläche der LandwirtInnen gebunden. Daher profitieren vornehmlich Großbetriebe von dieser Förderpolitik.**

seitens der EU-Kommission 9 Ziele für die GAP definiert, 3 davon haben einen direkten Umwelt- und Klimabezug. Die Umsetzung obliegt allerdings den Mitgliedstaaten. Sie sollen ihren Status Quo evaluieren und nationale Strategiepläne vorlegen. In der 1. Säule soll die Förderung nun an die Einhaltung bestimmter Vorgaben gebunden werden, „Konditionalität“ genannt. Diese gehen allerdings im bisherigen Vorschlag kaum über gesetzliche Standards hinaus.

**A**LS VEREIN, der sich weltweit für eine nachhaltige Ernährung einsetzt, führte die Agrar Koordination in Brüssel Gespräche mit der EU-Kommission, Abgeordneten der SPD und CDU, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland und den Nichtregierungsorganisationen Friends of the Earth, NABU und Corporate Europe Observatory. Gezeigt hat dies vor allem eines: Der Vorschlag der EU-Kommission zur GAP nach 2020 ist unzureichend. Es fehlt an verbindlichen Fördergeldern für Umwelt- und Klimamaßnahmen.

Am 1. Juni 2018 hat Agrarkommissar Phil Hogan den Vorschlag für

die GAP nach 2020 vorgelegt. Kurz beschrieben beinhaltet der Vorschlag Folgendes: Das Zwei-Säulen-System der Förderung wird beibehalten: 60 Prozent der Gelder gehen in die 1. Säule, 40 Prozent in die 2. Säule. Über die 1. Säule erhalten die LandwirtInnen Direktzahlungen, die an die bewirtschaftete Fläche gebunden sind. Das heißt, je mehr Fläche ein Betrieb bewirtschaftet, desto mehr Fördergelder erhält er. Die 2. Säule fördert Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, hierunter fallen Maßnahmen zum Tierschutz, Natur- und Gewässerschutz und Ökolandbau. Für die neue Förderperiode (2021–2027) werden

**Eco-Schemes heißt das neue Greening** Mit dem „Greening“ wurden erstmals in der GAP Zahlungen aus der 1. Säule an bestimmte Bedingungen geknüpft, die einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten sollen. So wurden z. B. ökologische Vorrangflächen eingeführt. Zu viele Ausnahmen, Schlupflöcher und Bürokratie sorgten jedoch dafür, dass das Greening nicht greift. Deshalb sollen die Mitgliedstaaten nun „Eco-Schemes“ erstellen und den LandwirtInnen hierüber eine Finanzierung von Umwelt- und Klimamaßnahmen innerhalb der 1. Säule angeboten werden. Allerdings sind sie

für die LandwirtInnen freiwillig. Die EU gibt auch nicht vor, wie viel der Fördergelder aus der 1. Säule für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden müssen. In der 2. Säule müssen weiterhin 30 Prozent der Fördergelder für Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden.

### **Mehr Verantwortung für die Mitgliedstaaten?**

Nun möchte die EU den Mitgliedsländern mehr Verantwortung beim Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft übertragen. Doch es fehlt an finanziellen Anreizen, Maßnahmen hierfür zu ergreifen. Weiterhin ist nicht klar, wie eine Sanktion bei Nicht-Erreichen der gesetzten Ziele erfolgen kann, denn dass Fördergelder zurückgefordert werden, ist mit Blick auf die Vergangenheit sehr unwahrscheinlich.

Martin Scheele, Referatsleiter der Generaldirektion Landwirtschaft in der EU-Kommission warb für eine besonders flexible Art der Umsetzung, da durch das neue Fördersystem, die Bedingungen für die Förderung je nach örtlichen Gegebenheiten von den Mitgliedstaaten selbst in Plänen aufgestellt werden können. Ob sich hier die Mitgliedstaaten damit hervortun, ihren Bauern gegenüber besonders strenge Umweltstandards zu erheben, ist mehr als fraglich.

### **Umwelt- und Klimaschutz können nicht freiwillig sein**

Diese Kritik teilte auch Martin Häusling. Er sieht den Vorschlag als Re-Nationalisierung, die die GAP schwächen und zu einer Unterbietung der Mitgliedsländer bei der Umsetzung von Umwelt- und Klimamaßnahmen führen wird. Es verhindert jede EU-weite Anstrengung innerhalb des EU-Binnenmarktes, die Lebensmittelkette auf mehr Qualität, Umwelt-, Tier- und Klimaschutz auszurichten. Es werde so weder mehr Nachhaltigkeit noch mehr Wettbewerbsfairness geschaffen. Häusling fordert, dass die Eco-Schemes der 1. Säule mit mindestens 40 Prozent der Mittel verbindlich gemacht werden.

Auch Maria Noichl, MdEP im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, SPD, ließ kein gutes Haar an dem Vorschlag der EU-Kommission. Sie habe ihre Arbeit, die GAP zukunftsweisend zu gestalten, nicht getan. Allerdings sprach Noichl nicht von Re-Nationalisierung, da wir auch derzeit keine wirkliche

gemeinsame Agrarpolitik hätten. Dazu seien die 28 Mitgliedsländer zu unterschiedlich. Mehrheiten im EU-Parlament für eine gerechtere und am Gemeinwohl ausgerichtete Agrarpolitik zu schaffen, sei dementsprechend schwer. Sie plädiert für eine Kappung der Direktzahlungen bei 60.000 Euro und nicht erst bei 100.000 Euro. Dies wäre im Vergleich zu dem, was ein E-FacharbeiterIn in Deutschland verdienen, fair. Es sei gesellschaftlich schwer zu vermitteln, warum LandwirtInnen finanziell unterstützt werden und andere Branchen nicht. Hier müsse es eine klare Obergrenze geben und eine Verknüpfung der Fördergelder an die Einhaltung von starken Umweltmaßnahmen. So wirbt sie auch für eine Konditionalität innerhalb der 1. Säule, die eine Flächenbindung der Tierhaltung vorgibt.

Norbert Lins, MdEP im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, CDU, sprach sich gegen diese verpflichtende Konditionalität in der 1. Säule aus. Dafür forderte er, dass mindestens 50 Prozent der Gelder der 2. Säule für Umwelt- und Klimamaßnahmen (momentan sind es 30 Prozent) eingesetzt werden müssten.

Allerdings ist die 2. Säule schon jetzt schlecht finanziert und soll um weitere 15,3 Prozent gekürzt werden. Die 1. Säule hingegen nur um 3,9 Prozent. Für die Eco-Schemes hätte sich Lins allerdings auch eine Verbindlichkeit gewünscht.

André Prescher vom NABU machte deutlich, wie Zahnlos die Eco-Schemes in ihrer jetzigen Form sind. Für Deutschland wird das Landwirtschaftsministerium die Eco-Schemes erstellen. Diese wird jedoch seitens der EU nicht geprüft werden. Um überhaupt eine Wirkung zu erzielen, müssten die Eco-Schemes laut Prescher 50 Prozent der Gelder der 1. Säule ausmachen. Hier müsse angesetzt und im Parlament für eine Zweckbindung der Gelder geworben werden.

### **Die Zivilgesellschaft muss Druck machen**

Dass dies dringend notwendig ist, verdeutlichte uns eine lobbykritische Stadtführung durch Brüssel, vorbei an dem europäischen Dachverband der Landwirtschaft COPA COGECA. Diese größte agrarindustrielle Lobbygruppe dominiert häufig die Beratungsgruppen der EU-Kommission. Solche Gruppen richtet die Kommission vor allem dann ein, wenn

neue Richtlinien und Verordnungen erstellt werden sollen. Seit Jahren wird kritisiert, dass in diesen ExpertInnengruppen die Unternehmen massiv vertreten sind, die eigentlich reguliert werden sollen. Sie können damit schon frühzeitig ihre Interessen in die Gesetzgebung einbringen. AkteurInnen, die sich für Umweltschutz, Gesundheit und einen Erhalt der traditionellen Landwirtschaft einsetzen, sind ihnen gegenüber klar in der Unterzahl.

Umso wichtiger ist es, dass die Mobilisierung der Zivilgesellschaft läuft. In Deutschland unterstützen zahlreiche Organisationen die Kampagne *Meine Landwirtschaft* und schlagen mit tausenden UnterstützerInnen am 19. Januar 2019 bei der ‚Wir haben es satt‘-Demo in Berlin Alarm für eine Agrarwende. Noch ist Zeit, die GAP für den Klima- und Umweltschutz verbindlich zu machen. Die Verhandlungen zwischen Europäischem Rat und Parlament werden voraussichtlich erst im Herbst 2019 laufen.

Zum Aufbau einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion brauchen wir hohe Umwelt- und Tierschutzstandards und faire Preise. Öffentliche Gelder dürfen nur für öffentliche Leistungen gezahlt werden. Sinnvoll wäre es, die Direktzahlungen mit einem Punktesystem auf konkrete Leistungen für den Umwelt- und Klimaschutz auszurichten. Zudem brauchen wir klare Regelungen zur Verhinderung von negativen Auswirkungen von EU-Exporten und Importen in und aus Drittländern.

Die Gespräche in Brüssel haben gezeigt, dass hierfür noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Auch wenn die einzelnen GesprächspartnerInnen sich durchaus offen für die Diskussion präsentierten, wurde sehr deutlich, dass aus vielen Mitgliedsländern, Deutschland eingeschlossen, sehr viel Gegenwind gegen verpflichtende Umweltmaßnahmen zu erwarten ist. Einig waren sich alle GesprächspartnerInnen in der Dringlichkeit, für die Europawahl im Mai 2019 zu werben, um einen weiteren Rechtsruck im Parlament zu verhindern. Denn diese Kräfte verhindern jede konstruktive Zusammenarbeit.



*Mireille Remesch*

Die Autorin ist Referentin für Agrarpolitik bei der Agrar Koordination und leitete die Reise nach Brüssel.

# SCHÖNE NEUE WELT – EIN BLICK INS JAHR 2048

## Eine Konferenz als Zeitreise

Es war eine Zeitreise ins Jahr 2048, zu der das Forum Umwelt und Entwicklung am 8. und 9. November einlud – in die Schöne Neue Welt, die wir dann vorfinden werden. Mit diesem innovativen Konferenzprojekt wagten wir einen Blick in die Zukunft, allerdings in erster Linie um zu analysieren, wie sie so werden konnte wie sie im Jahr 2048 aussehen wird. Ein gewagtes, aber gelungenes Experiment mit vielen Aha-Effekten.

UMGEBEN VON einer futuristischen Videoinstallation wurde die Veranstaltung im Kuppelsaal des Berliner Kulturzentrums ‚Silent Green‘ von dem Zeitreisenden Aldous Huxley eröffnet, Autor des berühmten Romans, dem die Konferenz ihren Namen verdankte. Huxley wies gleich zu Beginn darauf hin, dass die Zeitreisetechnologie leider nicht perfekt funktioniert und wir deshalb in 2 verschiedenen Varianten von 2048 gelandet sind: „Eine utopische, eine positive Variante, nennen wir sie Plan A, und eine dystopische, negative Variante, nennen wir sie Plan B. Wir wissen aber nicht, welche die richtige ist. Es ist egal, was wir lieber hätten, was wir uns wünschen, was wir glauben. Möglich sind trotzdem beide Varianten.“

### Plan A vs. Plan B

Die Auseinandersetzung zwischen Plan A und Plan B bildete den Kern der Konferenz. Gefragt waren weniger visionäre Ideen, wie das Jahr 2048 wohl aussehen könnte, sondern vor allem plausible, schlüssige, nachvollziehbare Wege dahin: Wie kam es zu Plan A oder B, welche Akteure haben dafür gesorgt, welche Auseinandersetzungen fanden in den 30 Jahren bis dahin statt? Gleich nach Huxley betrat der Plan A die Bühne, repräsentiert von Herta Däubler-Gmelin. Die ehemalige Justizministerin trat als über 100jährige Aktivistin auf, und erklärte, wie nach den vielen Krisen und Katastrophen der 2010er Jahre die Welt im darauffolgenden Jahrzehnt die Kurve bekam: Die Erosion des Parteiensystems führte zu einem neuen Wahlrecht, und so kam es endlich zu den „systemrelevanten Veränderungen“, auch gegen bisher dominante wirtschaftliche Interessen. Am innovativsten war sicherlich, dass

Vorstände systemrelevanter Unternehmen vom Bundestag gewählt wurden. Anschließend betrat Karl-Mephisto Cassandra, gespielt von attac-Mitgründer Peter Wahl, als Plan B die Bühne und zeigte als zentrales Problem auf, warum es nichts wurde mit dem Plan A: Der Zeitfaktor. Man tat irgendwann zwar das Richtige, aber zu spät und zu halbherzig: „Bei Klimawandel oder Artensterben hat der Zeitfaktor eine ganz andere Qualität. Aufschub wird nicht gewährt. Und selbst wenn die richtigen Maßnahmen ergriffen werden, wenn der Bremsweg für eine Umkehr zu lang ist, kommt es trotzdem zum Crash.“

### Kreative Einblicke in die Zukunft

In 8 Themenforen nahmen sich die Zeitreisenden dann einzelne Aspekte der alternativen Realitäten des Jahres

2048 genauer vor: Digitalisierung, Demokratie, Bioökonomie und Landwirtschaft, Europa, Globalisierung, Urbanisierung und Landflucht, Soziale Ungleichheit, Klima und Energie. Die 16 Repräsentanten von Plan A und B bewiesen viel Fantasie bei der Wahl ihres fiktiven Charakters: Sie traten auf als lebender Algorithmus, gealterte Aktivistin, Wirtschaftsvertreter, Strippenzieher ... und entwickelten enorme Kreativität bei der Aufgabe, darzulegen, warum sich Plan A oder B durchgesetzt hatten. Auf den ersten Blick hatten es die Plan B-Darsteller einfacher, denn sie schrieben nur die bekannten heutigen Trends 30 Jahre weiter in die Zukunft fort. Was dann herauskommt, ist ein nachvollziehbarer Alptraum – aber zu begründen, warum diese Trends von einer kritischen Zivilgesellschaft trotz breiter gesellschaftlicher Unterstützung nicht wirklich geändert werden konnten, war die eigentliche Herausforderung. Eine Herausforderung waren aber erst recht die 8 Varianten des Planes A: Es ging nicht nur darum, aufzuzeigen, mit welchen Methoden



„Wir standen für die Veränderung, ausgerechnet wir als Konservative, und irgendwann glaubte die Mehrheit genau das“, Zeitreisende Margret Thatcher in der Schönen Neuen Welt.

© Stephanie von Becker

und in welchen Situationen es „uns“ gelang, das Ruder herumzureißen, sondern auch darzulegen, was dabei dann herauskommt.

Besonders pikant wurde es, wenn die Plan B-Protagonisten sich scheinbar auf „unsere“ Ziele beriefen: „Der Gläserne Bauer war immer, was die Umweltverbände (Gott hab’ sie selig) wollten, WIR haben ihn bereitwillig geschaffen. Nur WIR konnten noch besser mit den erhobenen Daten arbeiten und sie vor allem bearbeiten“, so der Algorithmus HAL-2040. „In den ländlichen Regionen wurde der motorisierte Individualverkehr durch die satellitenüberwachte 50-Kilometer-Regel deutlich eingeschränkt. Der individuelle Autobesitz wurde nicht verboten, doch die maximale Reichweite von Fahrten wurde begrenzt. Trotz des Ausbaus und der Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs konnten die Infrastrukturen die gestiegenen Passagierzahlen nicht bewältigen. In 70 Prozent der Verkehrszeiten wird die maximale Auslastungsquote erreicht, so dass vielen ihren Alltag gezielt nach den Kriterien der Mobilitätsvermeidung organisieren“, so die Realitäten der hyper-urbanen Stadt 2048.

### Besuch aus der Vergangenheit

Die vielfältigen Kulturelemente der ‚Schönen Neuen Welt‘ waren integraler Bestandteil des inhaltlichen Programms. Das Theaterstück ‚Avanti Popolo‘ (Vorwärts Volk), gespielt von der Schnellen Kulturellen Eingreiftruppe SKET, setzte sich mit einem politischen Minenfeld auseinander: Archetypen der Zivilgesellschaft streiten sich über ihr kompliziertes Verhältnis zum Volk und zum Populismus – und dem Wandel dieses Verhältnisses im Laufe der Zeiten: Die seit 50 Jahren an jeder Demo teilnehmende Alt-Linker ebenso wie der neoliberale junge Hipster und der naive-unpolitische Gutmensch, und alle wissen es immer besser. Zeitreisende aus der Vergangenheit traten in diesem Stück ebenfalls auf: Niccolò Machiavelli, Premierminister und weltberühmter Machttechnokrat in der Republik Florenz vor 500 Jahren, im Dialog mit Antonio Gramsci, einem Theoretiker der Linken aus dem 20. Jahrhundert, und auch Karl Marx.

Der zweite Konferenztag begann mit einer Provokation. Aus dem futuristischen Kuppel-Spektakel von Sound und Licht trat eine weitere Zeitreisende auf die Bühne, Mar-

garet Thatcher. Wie schon zu ihrer Regierungszeit als britische Premierministerin verstand sie es, das Publikum zu provozieren. „Wenn ich richtig informiert bin, sind Sie hier eine Versammlung von Weltverbesserern. Solche Leute kenne ich. Die gibt es überall. Wissen Sie überhaupt, was Sie vorhaben? Sie wollen die Welt verändern? Davon reden alle, aber nur den wenigsten gelingt es. Wenn Sie beim Thema Weltveränderung mitreden wollen, sollten Sie sich erstmal sachkundig machen. Also zum Beispiel mit jemandem reden, der wirklich die Welt verändert hat. Zum Beispiel mit mir. Eigentlich sollte ich Ihnen gar nicht verraten, wie man die Welt verändert, denn Sie sind ja meine Gegner. Aber besonders viel traue ich Ihnen nicht zu, deshalb rede ich hier ganz offen.“

In schonungsloser Offenheit präsentierte sie, wie sie in den 1980er Jahren oft allein gegen alle, mit aller machtpolitischen Konsequenz, ihre Ideen von der kompletten Umgestaltung des Landes von einer sozialen Marktwirtschaft zu einem neoliberalen, marktfundamentalistischen lupenreinen Kapitalismus durchgezogen hat. Das Publikum war beeindruckt, die Botschaft verfehlte ihre Wirkung nicht.

### Zukunft gestalten heißt Gegenwart verändern

„Aber Sie wollen ja wissen, wie das genau geht, die Welt zu verändern. Sie müssen die Unzufriedenen auf ihre Seite ziehen, mit den Zufriedenen erreichen sie gar nichts, die wollen nichts ändern. Sie müssen den Unzufriedenen das Gefühl geben, sie tun was für die, auch wenn es gar nicht stimmt. Es reicht, wenn die das glauben. Unsere Gegner standen für den schlechten Status quo, wir für die bessere Zukunft. Wir standen für die Veränderung, ausgerechnet wir als Konservative, und irgendwann glaubte die Mehrheit genau das, jedenfalls glaubten sie eher uns als den anderen.“

Nach der provokanten Rede von Lady Thatcher spielte die Frage, dass man Veränderungen aller Art sich nicht nur wünschen kann, dass Argumente allein nicht reichen, sondern man sie auch durchsetzen können muss, in der zweiten Serie der Themenforen eine dezidiert größere Rolle als am ersten Tag. Entsprechend kritische Fragen gab es vor allem an diejenigen, die Plan A-Varianten prä-

sentierten. Schnell drehten sich die Diskussionen nicht mehr um die Zukunft, sondern um die Veränderung der Gegenwart – wie es Huxley am Anfang sagte: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Dieses Zitat stammt von Willy Brandt, und er hat es stets so gemacht. Er gehörte zu den wenigen, die es getan haben. Vielleicht gehören Sie bald zu denjenigen, die es auch tun.

Auch beim Mittagessen gab es übrigens Plan A und Plan B: Neben dem regional-ökologischen Essen gab es Industrie-Food aus dem Jahr 2048, Biomassezylinder unterschiedlicher Farbe und Zusammensetzung. Erwartungsgemäß waren sie zwar genießbar, aber konnten geschmacklich nicht mit dem Plan A-Essen mithalten. Beendet wurde die Veranstaltung mit einem mitreißenden Poetry Slam – die 4 jungen Poeten trugen natürlich Kompositionen zum Thema Weltrettung vor. Wer so etwas noch nie miterlebt hatte, war erstaunt, wie begeisternd Gedichte sein können. Zum Abschluss reisten wir wieder ins Jahr 2018 zurück und luden 4 Repräsentanten der Zivilgesellschaft ein, Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung zu ziehen.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

Videos und Dokumentation sind verfügbar unter: [www.snw2048.de](http://www.snw2048.de) und auf Twitter: @SNW2048



# DER AGRARINDUSTRIE DEN GELDHAHN ABDREHEN!

Wir haben es satt! demonstriert im Januar für klimagerechte Landwirtschaft und eine zukunftsfähige EU-Agrarreform

**Gutes Essen, eine klimagerechte Landwirtschaft und der Erhalt der Bauernhöfe – das steht momentan auf dem Spiel. 2019 entscheidet die Bundesregierung bei der EU-Agrarreform maßgeblich mit, welche Landwirtschaft die Europäische Union (EU) Jahr für Jahr mit 60 Milliarden Euro unterstützt. Daher gehen am 19. Januar zum mittlerweile 9. Mal Zehntausende auf die Straße – für den Umbau hin zu einer bäuerlichen und ökologischeren Landwirtschaft.**

**D**AS DÜRREJAHR 2018 hat gezeigt, dass es so nicht weitergeht. Bäuerinnen und Bauern mussten aus Futtermangel Tiere notschlachten, Äcker und Wiesen sind vertrocknet und an den um 50 Prozent gestiegenen Kartoffel-Preisen merken wir alle, dass die Klimakrise mittlerweile auch hierzulande auf den Tellern ankommt. Die Dürre in Deutschland, die Überschwemmungen in Italien, diese unmissverständlichen Zeichen der menschengemachten Klimaüberhitzung sind die Vorboten dessen, was kommen wird, wenn wir jetzt nicht umsteuern.

## Landwirtschaft muss Teil der Lösung der Klimakrise werden

Die Landwirtschaft ist Treiberin und Opfer der Erdüberhitzung zugleich – aber sie kann auch Teil der Lösung werden. Europaweit binden hunderttausende bäuerliche Betriebe mit fruchtbaren Böden CO<sub>2</sub> und halten nur so viele Tiere, wie es ihre Flächen erlauben. Sie stellen regionale und saisonale Lebensmittel her, durch deren Konsum wir helfen können, das Klima zu schützen. Doch die Politik lässt diese Betriebe im Stich. Die Bäuerinnen und Bauern, die dafür ackern, dass die Landwirtschaft fit für die Zukunft wird, erhalten nicht die notwendige Unterstützung. Im Gegenteil: Die Bundesregierung und die Politik in Brüssel werfen ihnen mit ihrer verfehlten Subventionspolitik regelmäßig Knüppel zwischen die Beine.

Das Geld ist da, es wird nur falsch verteilt. Mit 60 Milliarden Euro Subventionen bestimmt die EU jedes Jahr, welche Landwirtschaft sich lohnt. Damit könnte jetzt die Agrar- und Ernährungswende gestemmt wer-

den. Doch aktuell versagt das System: Über 70 Prozent der Subventionen belohnen Landbesitz – unabhängig davon, ob zukunftsfähig gewirtschaftet wird. Die Folgen der fatalen Subventionspraxis: Über 100.000 Betriebe mussten bei uns in den letzten 10 Jahren dichtmachen. Gleichzeitig reißen sich außerlandwirtschaftliche InvestorInnen mit EU-Subventionen immer mehr Land unter den Nagel. Dazu sprießen immer mehr Tierfabriken aus dem Boden, zu viel Gülle verschmutzt das Grundwasser und vielfach sieht man so weit das Auge blickt Agrarwüsten. Mit den so produzierten Billigexporten aus der EU werden bäuerliche Existenzen in Ländern des globalen Südens zerstört – subventioniert durch die EU.

## Mit der Agrarreform den Umbau der Landwirtschaft finanzieren

In Brüssel und in den EU-Mitgliedsländern wird zur Zeit, weitgehend hinter verschlossenen Türen, über die nächste Förderperiode der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) diskutiert, die 2020 in Kraft treten soll. Über die GAP wird unter anderem die Verteilung der 60 Milliarden Euro im Jahr geregelt. Die Steuermilliarden könnten also bald umgewidmet werden und so der Umbau der Landwirtschaft hin zu umwelt- und klimaschonender Bewirtschaftung und artgerechter Tierhaltung finanziert werden – in ganz Europa. Doch die Vorschläge der EU-Kommission verheißen nichts Gutes. An der bisherigen Förderpraxis soll sich kaum etwas ändern: Wer Land besitzt, dem wird gegeben, ohne genaues Hinschauen, was dort passiert. Noch dazu stemmt sich Deutschland gegen Veränderung. Mit aller Macht

will Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner die vorgeschlagene Kappung der pauschalen Flächensubvention bei 100.000 Euro pro Betrieb verhindern, die Großbetriebe treffen würde. Julia Klöckner kann jetzt beweisen, dass sie heute schon an Morgen denkt. Sie muss sich an die Seite der Bäuerinnen und Bauern stellen, die Tiere gut halten, insektenfreundliche Landschaften schaffen und gut erzeugtes, pestizidfreies Essen herstellen.

## Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen!

Jetzt muss Schluss sein mit der staatlichen Unterstützung für die industrielle Landwirtschaft. Schon der gesunde Menschenverstand sagt: Öffentliches Geld nur für Leistungen, die uns als Gesellschaft weiterbringen. Der Raubbau an Umwelt, Tieren und Klima gehört nicht dazu. Deswegen fordert das Wir haben es satt!-Bündnis, dass bei der GAP-Reform der Agrarindustrie endlich den Geldhahn zugedreht werden muss. Also: Gelder nur noch für umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft und für artgerechte Tierhaltung. Und um das Höfesterben zu stoppen und die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten, braucht es mehr Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe, die gute Lebensmittel für uns alle erzeugen! Dafür gehen wir am 19. Januar in Berlin auf die Straße.



Christian Rollmann

Der Autor verantwortet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Meine Landwirtschaft und Wir haben es satt!



## SO GEHT NACHHALTIGKEIT!

Deutschland und die globale Nachhaltigkeits-Agenda 2018

Bereits zum 3. Mal veröffentlicht ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Schattenbericht zum Umsetzungsstand der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) in Deutschland. Im diesjährigen Bericht ‚So geht Nachhaltigkeit!‘ werden 17 Vorzeige-Initiativen und Projekte vorgestellt, die sich in Deutschland und global für mehr Nachhaltigkeit einsetzen. Durch den Bericht werden die Ziele für nachhaltige Entwicklung greifbar gemacht und damit konkrete Ansätze für eine politische Kehrtwende gesetzt.

Download unter:  
[www.forumue.de/so-geht-nachhaltigkeit/](http://www.forumue.de/so-geht-nachhaltigkeit/)



## DAS EU-ASSOZIATIONSABKOMMEN MIT DEM MERCOSUR

Frontalangriff auf bäuerliche Landwirtschaft, Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz

Seit 20 Jahren verhandelt die Europäische Union schon mit den Staaten des Mercosur (Teilnehmende: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über die Beseitigung von Handelsschranken. Für das internationale Agrobusiness und die Lebensmittelindustrie stellt das Mercosur-Abkommen einen der wichtigsten Handelsverträge der EU dar. Kommt es zustande, könnten u. a. die Lebensmittelimporte des Mercosur in die EU bis 2025 von derzeit 17 auf 25 Prozent anschwellen. Für Landwirtschaft, Menschenrechte, Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz wäre das Abkommen ein Rückschritt – und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Das Fact Sheet zum EU-Mercosur Abkommen beleuchtet die Hintergründe.

Download unter:  
[https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/06/factsheet\\_mercosur\\_web.pdf](https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/06/factsheet_mercosur_web.pdf)



## POSITIONSPAPIER FÜR DIE 14. KONFERENZ DER CBD-VERTRAGSPARTEIEN

vom 17.–29. November 2018 in Sharm El Sheikh, Ägypten

Dieses Positionspapier richtet sich an die deutsche und die EU-Delegation zur 14. Vertragsparteienkonferenz des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (CBD COP 14), welche vom 17.11. bis 29.11.18 in Ägypten stattfand. Es stellt den gemeinsamen Input der AG Biodiversität des Forum Umwelt und Entwicklung zu den Konferenzthemen dar und fußt im Wesentlichen auf den veröffentlichten Beschlussentwürfen zur COP 14.

Download unter:  
[https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/11/FuE-Positionspapier-f%C3%BCr-COP-14-final\\_2.pdf](https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/11/FuE-Positionspapier-f%C3%BCr-COP-14-final_2.pdf)

## SUSTAINABLE DIGITALIZATION

Joint Discussion on Guidelines for a Sustainable Digitalization – Let's get involved!

## SUSTAINABLE DIGITALIZATION

Joint Discussion on Guidelines for a Sustainable Digitalization

Das Forum Umwelt und Entwicklung bemängelt im Rahmen des in Paris stattfindenden UN Internet Governance Forum (IGF) die Einseitigkeit der deutschen Digitalpolitik und startete aus diesem Anlass eine öffentliche Online-Diskussionsplattform. Anhand umfassender Nachhaltigkeitskriterien soll eine Digitalisierung diskutiert werden, die weder Mensch noch Umwelt schadet. Digitalisierung muss so gestaltet werden, dass durch eine technische Weiterentwicklung dem Gemeinwohl gedient und gleichzeitig Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und planetarischen Grenzen respektiert werden. Um eine breite, öffentliche Debatte zu Vorstellungen, Erwartungen und Herausforderungen der Digitalisierung herzustellen, wurde zeitgleich zum IGF in Paris die interaktive Debattenplattform online geschaltet.

Die interaktive Diskussion findet online statt unter:  
[www.sustainable-digitalization.net](http://www.sustainable-digitalization.net)

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt & Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage [www.forumue.de](http://www.forumue.de).

Bestellungen online oder postalisch an:  
Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)

GESTALTUNG: BIRGIT KROHN

U.S.D.P.: SASKIA RICHARTZ, MEINE LANDWIRTSCHAFT, MARENSTR. 19-20, 10117 BERLIN

WIR HABEN ES SATT!

ESSEN  
POLITISCH!

IST  
SCH!

19.1.2019  
DEMO

GUTES ESSEN FÜR ALLE – REGIONAL,  
SAISONAL & KLIMAGERECHT!

12 UHR BERLIN  
BRANDENBURGER TOR

UNSERE DEMO IST KEIN ORT FÜR NAZIS UND RASSISTINNEN.  
NEIN ZUR DIFFAMIERUNG VON BÄUERINNEN UND BAUERN.

TRÄGERINNEN:



FÖRDERINNEN:



MEDIENPARTNERINNEN:



INITIATORIN:



WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE